NEUE ZEIT

MAI 1980

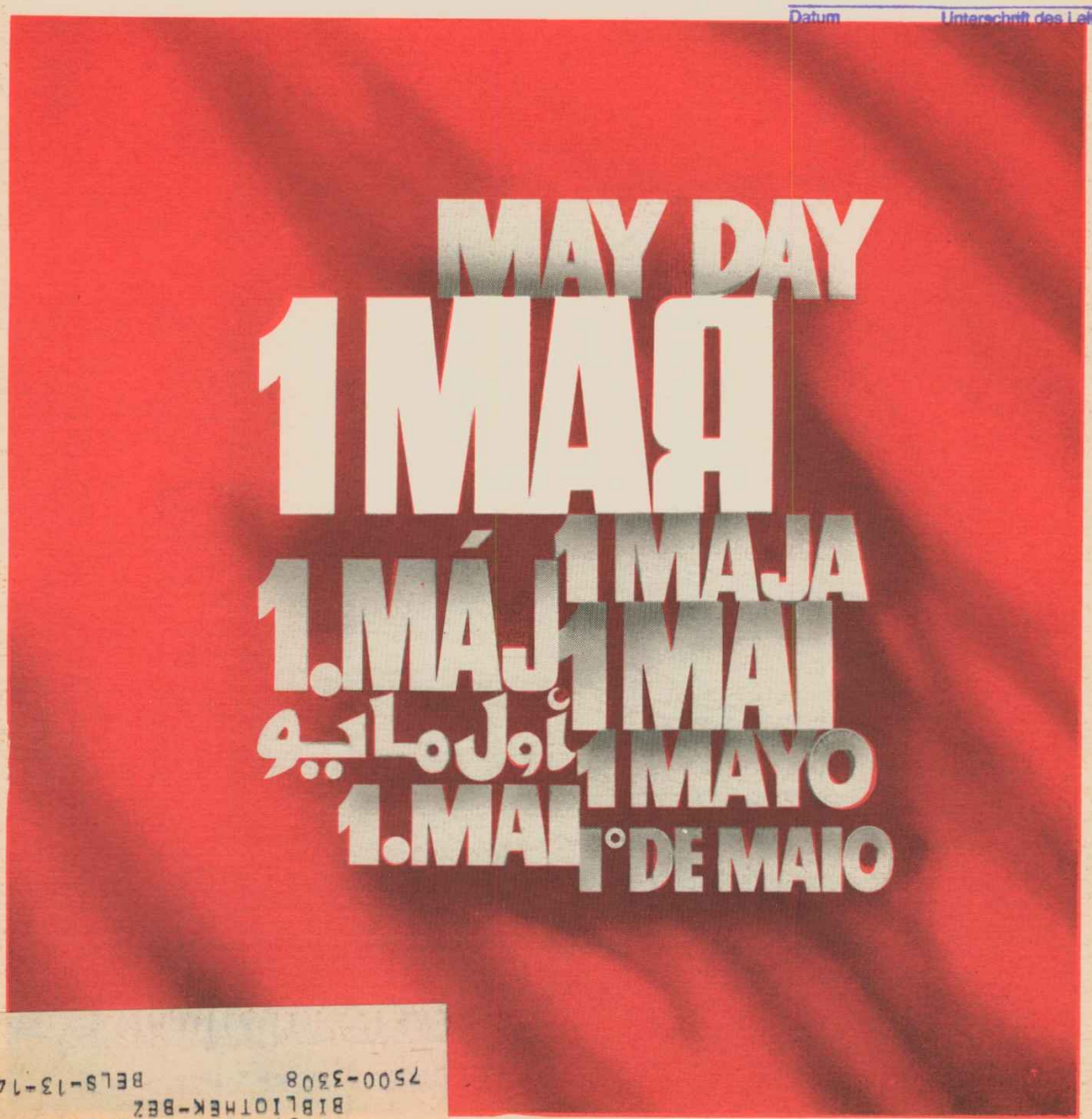
18

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
– Hauptbibliothek –
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305

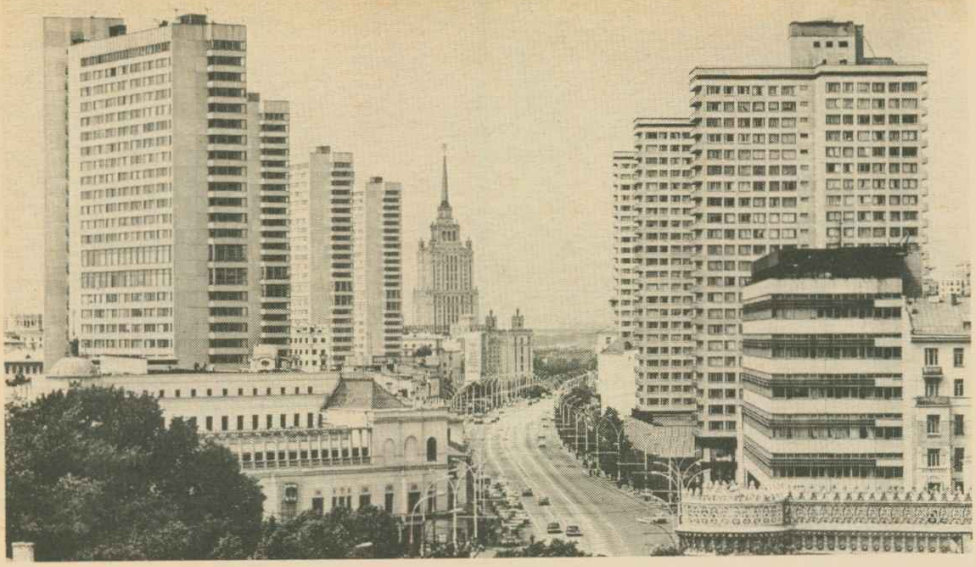
Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK



14159-18 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-3308 BELS-13-14



Der Kalinin-Prospekt, eine Hauptstraße Moskaus

SOWJETUNION IM BILD

Moskau, Tallinn, Leningrad, Kiew und Minsk erwarten Sportler, offizielle Persönlichkeiten, Ehrengäste und Journalisten sowie die zahlreichen in- und ausländischen Touristen zur Olympiade 1980.



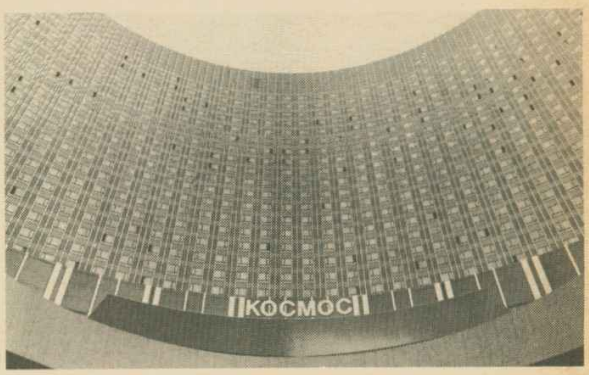
In einem Raum des Hauptpressezentrums

Zur Vorbereitung auf die XXII. Olympischen Spiele in Moskau wurden 25 bedeutende Sportstätten errichtet oder modernisiert — darunter das größte überdachte Stadion Europas, ein Schwimmbassin, der Ruderkanal und eine überdachte Radrennbahn, die Mehrzwecksporthalle „Drushba", das Fußball- und Leichtathletikstadion des Zentralen Sportklubs der Armee (ZSKA), der Dynamo-Sportpalast und Anlagen des Lenin-Zentralstadions. Im Südwesten Moskaus wurde das Olympische Dorf hochgezogen. Die neuen Hotels „Kosmos", „Salut" und „Sewastopol", die Touristenherberge und der Hotelkomplex in Ismailowo wurden fertiggestellt. Mehr als 300 Restaurants, Cafés und Kantinen werden die Olympiadegäste und Touristen versorgen.

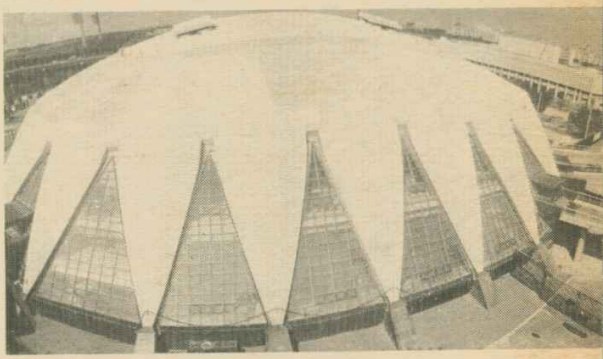
In Moskau ist ein Pressezentrum am Sadowoje Kolzo für mehr als 3500 Korrespondenten entstanden.

Charakteristisch für die neuen Objekte ist, daß viele von ihnen im Zentrum errichtet wurden, in unmittelbarer Nachbarschaft historischer Bauten. Die Architekten wollten nicht nur originelle und komfortable Objekte entwerfen, sondern sie taten alles, damit diese architektonisch harmonierten.

Jetzt, da die Arbeit an den olympischen Objekten fast abgeschlossen ist, läßt sich mit Gewißheit sagen, daß sie Moskau neue, attraktive Züge verleihen.



Das Hotel „Kosmos" erwartet die Gäste der Olympiade





Die Mehrzweck-sporthalle „Drushba"

Das olympische Volleyballfeld



Olympisches Gold

Fotos: TASS

DER 1. MAI IN DER WELT VON HEUTE

In einer schwierigen Situation feiert die Welt dieses Jahr den Tag der internationalen Solidarität aller Werktätigen im Kampf gegen Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Außenpolitisch hat der Imperialismus eine gefährliche Kehrtwendung ausgeführt, die Reaktion hat offen einen Feldzug gegen die Entspannung angetreten. Der Westen hat einen neuerlichen Anfall von antisowjetischer Hysterie, einen jener Anfälle, die Lenin „Tobsuchtsausbrüche der Bourgeoisie" nannte. Die Außenpolitik des Diktats, die Politik der Gewalt und Kriegsvorbereitung lastet schon in Friedenszeiten schwer auf den Werktätigen.

Unter diesen Umständen muß jetzt nachdrücklicher denn je das Wort Solidarität als Kampfparole hervorgehoben werden.

In der Weltpolitik kann es verschiedenen Sinn haben. Mit dem Ausdruck „atlantische Solidarität" täuschen die Partner im aggressiven NATO-Block Einmütigkeit vor. Obwohl die scharfen Differenzen zwischen den Imperialisten kaum beigelegt werden können, versuchen die Länder des Westens, in einer Einheitsfront gegen den Weltsozialismus, gegen das Weltproletariat und die nationale Freiheitsbewegung vorzugehen. Je weniger Möglichkeiten der Imperialismus hat, andere Länder und Völker zu beherrschen, desto verbissener maßt er sich das an. Die USA haben den Ländern Westeuropas ihre Meinung aufgenötigt, daß das Wettrüsten eskaliert werden müsse, sie haben sie gezwungen, manchmal sehr unsanft, Einmütigkeit zu mimen, weil das im gemeinsamen Interesse des ganzen Westens sei. Washington scheut, wie die jüngsten Ereignisse zeigen, auch vor notorischem Betrug nicht zurück und oktroyiert seinen Verbündeten eine antiiranische Solidarität auf. Es gibt sogar eine antiolympische Solidarität, die, genau besehen, dieselbe antisowjetische ist.

Es gibt aber auch eine andere Solidarität: die der sozialistischen Länder, deren Erfolge und Stärke es beim Zusammenstehen aller friedliebenden Kräfte ermöglichen, einen Weltkrieg aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft zu verbannen. Es gibt die Solidarität der Werktätigen aller Länder im Kampf für ihre Rechte, für sozialen Fortschritt und Frieden. Es gibt die Solidarität mit den antiimperialistischen Bewegungen, mit den siegreichen Völkern von Vietnam, Laos, Kampuchea, Äthiopien, Angola, Moçambique, Südjemen und Nikaragua, mit den Revolutionen in Afghanistan und im Iran sowie mit den Patrioten Simbabwes.

Wie wir sehen, handelt es sich in beiden Fällen um einen Zusammenschluß von Kräften: auf der einen Seite denen des Imperialismus, auf der anderen der wichtigsten revolutionären Kräfte unserer Epoche. Wenn der Imperialismus alle am Angriff auf die Entspannung Teilnehmenden zusammenzieht, so ist es an den sozialistischen Ländern und den Werktätigen der ganzen Welt, völlige Einheit im Denken und Tun, eine wirkliche Interessengemeinschaft an den Tag zu legen.

In Krisenzeiten, wenn es darauf ankommt, die aggressiven Umtriebe des Imperialismus und Hegemonismus zurückzuweisen, wenn die Zukunft der jetzigen und kommenden Generationen bedroht ist, darf man sich nicht in die Büsche schlagen, darf man nicht unentschlossen handeln, nicht abwarten und lavieren und erst recht nicht vor den Washingtoner oder Pekinger Hegemonisten zu Kreuze kriechen. Die Geschichte kennt keine Wartezeit, wenn Klassensolidarität bekundet werden muß. Wie Leonid Breshnew hervorhob, kann die aggressive Macht des Imperialismus „nur durch die Macht und die vernünftige Politik der friedliebenden Staaten sowie durch die Entschlossenheit der Völker aufgehalten werden, die gefährlichen Pläne der Weltherrschaftsanwärter zu durchkreuzen".

Das Pariser Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas für Frieden und Abrüstung hat bestätigt, daß die Kommunisten im Kampf der Fortschrittskräfte der Arbeiterklasse gegen den Krieg in der Avantgarde marschieren. Sie sind die unversöhnlichsten und konsequentesten Kämpfer gegen die aggressive Politik des Imperialismus, gegen die Herrschaft des Monopolkapitals, für die Befreiung der Menschen vor der Ausbeutung jeder Art, für wahre Demokratie, die den Werktätigen reale Rechte und Freiheiten gäbe, für den Sieg des Sozialismus. Sie weisen die Völker darauf hin, von wo eine Kriegsgefahr ausgeht, wer am Wettrüsten schuld ist und Konflikte anfacht. Die Kommunisten sind es, die die Volksmassen in den Kampf führen, zur Solidarität anhalten und sich dafür einsetzen, daß die Menschheit vor einer Atomraketenkatastrophe bewahrt bleibt. Ihre Einheit beruht auf dem Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus, dieser erprobten mächtigen Waffe der internationalen Arbeiterklasse.

Der 1. Mai und die Solidarität der Werktätigen. Wie immer sind diese beiden Begriffe auch dieses Mal in unserem Denken eins. Die Solidarität der Werktätigen ist unüberwindlich. Ihr können die Bajonette des Imperialismus nichts anhaben. Die „Neue Zeit" gratuliert allen ihren Lesern und Freunden herzlich zum Fest.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 18 MAI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Der 1. Mai in der Welt von heute 1

P. Pimenow — Träger des Fortschritts 5

A. Iljin — Schwerpunkt: Frieden 7

V. Gribatschow — USA—Iran. Scherben eines Abenteuers 8

W. Kusnezow — Der „Korb zwei" für Europa 10

A. Uswatow — Krieg gegen die UNO! 11

S. Goljakow — Afghanistan. Perspektive abgesteckt 12

W. Bondartschuk — UdSSR—Kuba. Stabil, nutzbringend, aussichtsreich (Interview) 14

W. Gawilewski — Gegen Ausbeutung in jeder Form 15

Notizen ◆ Glossen 16

T. Hajková, J. Knorre — Die Schätze von Nukus 18

A. Minejew — Vietnam. Als der Lotos aufbrach 20

W. Boikow — Fortschritt à la Pentagon 22

L. Besymenski — Berliner Finale (Dokumentarbericht) 24

N. Jakowlew — Auf fremdem Boden 29

Biographisches: Marc MacGuigan 30

Diskussion mit dem Leser 31

PS 32



Die fortschrittliche Menschheit begeht den 1. Mai, den Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Titelbild: O. Besuchow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud", Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■

Am 27. April beging das Volk Afghanistans feierlich seinen Nationalfeiertag, den zweiten Jahrestag der Aprilrevolution. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an Babrak Karmal, den Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, den Vorsitzenden des Revolutionsrates und den Ministerpäsidenten der Demokratischen Republik Afghanistan, Glückwünsche: „Die Sowjetunion ist voll solidarisch mit dem Kampf des brüderlichen afghanischen Volkes und seiner Regierung zum Schutz der Errungenschaften der Aprilrevolution, für den Aufbau einer neuen Gesellschaft, bei der Abwehr der anhaltenden Aggressionsakte und der Einmischung imperialistischer und reaktionärer Kräfte von außen." An den Feierlichkeiten in Kabul nahmen Delegationen der befreundeten Länder teil, darunter eine sowjetische Partei- und Regierungsdelegation unter dem Sekretär des ZK der KPdSU, Michail Simjanin (siehe S. 12).

■

Leonid Breshnew richtete Glückwünsche an den Generalsekretär des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei; Ali Nasser Mohammed, zu seiner Wahl. Er verlieh der Überzeugung Ausdruck, daß sich die Beziehungen zwischen der UdSSR und der VDRJ auch in Zukunft im Interesse der Völker der Sowjetunion und des demokratischen Jemen, des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit entwickeln und festigen werden.

■

Leonid Breshnew richtete zum 35. Jahrestag der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus und der Wiederherstellung der Republik Österreich eine Gratulation an den Bundespräsidenten der Republik Österreich, Rudolf Kirchschläger. Alexej Kossygin sandte eine Grußbotschaft an Bundeskanzler Bruno Kreisky.

■

Vom 23. bis 25. April hielt sich Andrej Gromyko zu einem Arbeitsbesuch in Paris auf Einladung der französischen Regierung auf. Der sowjetische Außenminister hatte Gespräche mit dem Präsidenten Frankreichs, Valéry Giscard d'Estaing. Andrej Gromyko sprach ferner mit Außenminister Jean François-Poncet. Verschiedene Aspekte der bilateralen sowjetisch-französischen Beziehungen, der jetzige Stand der internationalen Beziehungen sowie Fragen der Vorbereitung und der Aussichten des Madrider Treffens wurden erörtert. Die Seiten bekundeten ihr beiderseitiges Interesse an einer Fortführung der Kontakte zwischen beiden Ländern.



Moskau vor den Feiertagen

■

Am 23. April empfing Boris Ponomarjow das in der Sowjetunion weilende Mitglied des ZK der FLN-Partei, den Minister der Demokratischen Volksrepublik Algerien, Hadj Jala, der eine Grußbotschaft vom Generalsekretär der FLN-Partei und Präsidenten der DVR Algerien, Bendjedid Chadli, an Leonid Breshnew überbrachte.

■

Am 28. und 29. April fand in Paris das Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien für Frieden und Abrüstung statt. An dem Treffen nahmen Delegationen und Vertreter von 22 Parteien teil. Der Delegation der KPdSU unter Boris Ponomarjow gehörten ferner die ersten stellvertretenden Abteilungsleiter des ZK der KPdSU, Wadim Sagladin und Oleg Rachmanin, an (siehe S. 7).

■

Am 25. April wurde nach Abschluß des Programms für den gemeinsamen Raumflug der automatische Raumfrachter Progress 8 vom Orbitalkomplex Salut 6—Sojus 35 abgekoppelt. Am 26. April ging Progress 8 auf eine Fluglandebahn über, trat in dichte Schichten der Atmosphäre über der angegebenen Region des Pazifiks ein und verglühte. Am 27. April wurde in der Sowjetunion der automatische Raumfrachter Progress 9 gestartet: Verschiedene Frachten sollen auf die wissenschaftliche Orbitalstation Salut 6 transportiert werden.

■

Der Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, und der FKP-Generalsekretär Georges Marchais trafen in der DDR-Hauptstadt zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten beide Parteien ihre Entschlossenheit, alles zu tun, damit die 80er Jahre zu Jahren der Entspannung, auch der militärischen Entspannung, zu Jahren der Abrüstung und der Herstellung eines dauerhaften Friedens werden.

■

Vom 22. bis 24. April stattete Todor Shiwkow, der Erste Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzende des Staatsrates der VR Bulgarien, Syrien einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. In dem gemeinsamen Kommuniqué, nach den Gesprächen zwischen Todor Shiwkow und Hafis al-Assad bekundeten die Seiten ihre feste Überzeugung, daß in der heutigen komplizierten internationalen Lage die Festigung der Geschlossenheit und der Aktionseinheit der arabischen progressiven und patriotischen Kräfte, ihre Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft besondere Bedeutung erlangen. Die Seiten verurteilten die aggressive und provokatorische Politik der USA gegenüber dem Iran.

■

Vom 22. bis 25. April fand in Belgrad die Weltgewerkschaftskonferenz für Entwicklung statt (siehe S. 15).

■

Die Werktätigen Frankreichs führten auf den Aufruf der CGT am 24. April einen nationalen Aktionstag gegen die arbeiterfeindliche Politik der Regierung und der Unternehmer durch. Tausende Fabriken wurden bestreikt. Im ganzen Land fanden ferner Massendemonstrationen für die Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Anhebung der Löhne statt, nach Garantien gegen die Massenentlassungen. An der Demonstration in Paris nahmen 100 000 Menschen teil.

■

In der Nacht zum 25. April unternahm die Carteradministration einen militärischen Diversionsakt auf dem Territorium des Iran, wobei Flugzeuge, Hubschrauber und Fallschirmjägertrupps eingesetzt wurden. Die Provokation endete mit einem vollen Fiasko (siehe S. 8).

■

In der vergangenen Woche waren die Hochschulen des Iran Schauplatz blutiger Zusammenstöße. Der Teheraner Presse zufolge wurden auf Anweisung von Präsident Bani Sadr Einheiten der „Wächter der islamischen Revolution" sowie Mitglieder extremistischer religiöser Gruppierungen und Parteien in die Universitäten geschickt. Bei den Zusammenstößen mit den Studenten gab es viele Tote und mehr als 1000 Verletzte. Die Studentengruppe der Volkfedayins gab eine Erklärung ab, daß mit diesen Maßnahmen die Bemühungen der fortschrittlichen Studentenschaft zur Konsolidierung der demokratischen Rechte und Freiheiten vereitelt werden sollten.

■

In Lausanne (Schweiz) tagten vom 21.—23. April das IOC-Exekutivkomitee und führende Funktionäre internationaler Sportfachverbände. Ignati Nowikow, der Vorsitzende des Organisationskomitees der Olympiade 80 und stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, betonte, daß der Bericht des Organisationskomitees mit Genugtuung aufgenommen wurde. In ihrer Resolution verurteilten die Spitzenfunktionäre der 26 internationalen Sportfachverbände entschieden die Versuche eines politisch bedingten Boykotts der Olympiade. Das Internationale Olympische Komitee gab eine Erklärung ab, in der es den einstimmig gefaßten Beschluß seiner 82. Tagung von Lake Placid bekräftigte, die Spiele in Moskau durchzuführen. Das IOC erklärte ferner, alle Anstrengungen würden unternommen, um den Nationalen Olympischen Komitees zu helfen, die an den Spielen teilnehmen wollen und dabei mit Hindernissen und Druck konfrontiert werden.

■

Nach Abschluß seines China-Aufenthalts besuchte die Delegation des ZK der IKP unter Generalsekretär Enrico Berlinguer die Koreanische Volksdemokratische Republik.

■

Der UNO-Sicherheitsrat schloß die Debatte über die Klage Libanons wegen des bewaffneten Eindringens Israels auf libanesisches Territorium ab. In einer mit Stimmenmehrheit angenommenen

Resolution verurteilte der Sicherheitsrat die militärische Intervention Israels in Südlibanon, die Verletzung der Souveränität des Landes und seiner territorialen Integrität sowie die Militärhilfe für die Khaddad-Separatisten (siehe S. 11).

■



Die israelische Artillerie nimmt südlibanesische Städte und Dörfer weiter unter intensiven Beschuß. Friedliche Einwohner kommen ums Leben, Schulen, Krankenhäuser und Wohnhäuser werden zu Ruinen. TASS-Foto: Das Dorf Kfar-Roumman nach einem Artillerieangriff

■

Am 22. April ging in Luxemburg eine Tagung des EG-Ministerrats auf Außenministerebene zu Ende. Die Gespräche standen unter stärkstem Druck der USA. Die Minister gaben dem Druck Washingtons nach und erklärten sich zu einigen Sanktionen gegen den Iran bereit. Die EG-Staaten beschlossen, die Zahl des diplomatischen Personals ihrer Länder in Teheran und des iranischen diplomatischen Personals in den EG-Ländern zu verringern, eine strenge Visapflicht für iranische Bürger einzuführen und einige Maßnahmen zu ergreifen, um die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zum Iran zu drosseln.

■

Am 24. April scheiterte nach drei Tagen die Brüsseler Tagung des EG-Ministerrats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister, auf der es um die Ankaufspreise für Agrarerzeugnisse im Zeitraum 1980/81 ging. Man versuchte, den sich in die Länge ziehenden britisch-französischen Konflikt über den Handel mit einigen Arten tierischer Erzeugnisse zu regeln. Großbritannien aber blockte alle Kompromißversuche ab. Daraufhin beschloß man, die Frage der Agrarpreise auf die bevorstehende Tagung des Europäischen Rates zu verschieben.

■

Am 27. April wurde in Luxemburg eine Tagung des Europäischen Rates der EG auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs eröffnet.

■

Vom 21. bis 27. April fand in Lagos, der Hauptstadt Nigerias, eine außerordentliche Tagung des Ministerrats der Organisation der Afrikanischen Einheit statt.

■

Der Präsident Tunesiens, Habib Bourguiba, bildete eine neue Regierung unter Ministerpräsident Mohamed Mzali. Außenminister blieb Hassan Belkhodja.

■

Die neue Regierung Liberias verkündete den Kriegszustand. „Bis auf weitere Anweisungen" wurde die Geltung der Verfassung ausgesetzt. In einem Erlaß des Nationalen Rettungsrates heißt es, daß von nun an die gesamte legislative und exekutive Macht auf dieses oberste Machtorgan übergeht, das das Oberkommando der Streitkräfte nach dem Umsturz geschaffen hat. Vorsitzender des Nationalen Rettungsrates ist Staatschef und Premierminister Samuel Doe.

■

Das griechische Parlament suchte am 23. April im ersten Wahlgang den neuen Präsidenten zu bestimmen. Die erste Abstimmung blieb ergebnislos. Für die Kandidatur von Ministerpräsident Konstantin Karamanlis stimmten 179 Abgeordnete (ein neuer Präsident braucht eine Mehrheit von 200 Stimmen).

■

Im Baskenland wurde die erste Regionalregierung nach dem Bürgerkrieg unter Carlos Garaikoetxea, dem Führer der Baskischen Nationalistischen Partei, gebildet. In Barcelona wählte das Parlament Kataloniens Jordi Pujol, den Führer der nationalistischen Partei Demokratische Konvergenz Kataloniens, zum Vorsitzenden der Regionalregierung.

■



Die Akropolis in Athen. Die Zeit ist an ihren weitberühmten Denkmälern nicht spurlos vorübergegangen. Das Erechtheion und viele andere Tempel bedürfen dringend einer Restauration. Griechische Wissenschaftler haben mit der Restaurierung der Zeugen der Antike begonnen. Die Arbeiten werden an die drei Jahre dauern.

Foto: TASS

NZ POST

Der Westen benutzt das Wettrüsten als politisches und ökonomisches Druckmittel gegen die sozialistischen Staaten. Darüber hinaus glaube ich, der US-Imperialismus, der an zwei Weltkriegen gehörig verdient hat, ist unter Umständen nicht abgeneigt, einen dritten vom Zaune zu brechen, außerhalb der USA, versteht sich. Im Fortschritt der sozialistischen Länder sehen die Imperialisten eine Bedrohung für die Existenz des Kapitalismus.

CHARLES FRÉCHARD
La Chapelle-St. André, Frankreich

Ich bin für die internationalistische Hilfe der Sowjetunion für Afghanistan. Die Versuche der Reaktion, das afghanische Volk von seinen revolutionären Errungenschaften abzubringen, werden scheitern. Wenn seinerzeit die Blockade gegen das kleine Kuba mißlang, was hat Carter dann von seinen Sanktionen gegen die Sowjetunion zu erwarten?

JOSÉ LUIS ARAMBURI
Baracaldo, Spanien

Ich habe gehört, Kenia und Oman haben der Errichtung von US-Stützpunkten bei sich zugestimmt. Sollte den herrschenden Kreisen dieser Länder nicht klar sein, daß damit nicht nur ihre eigenen Völker, sondern auch die Nachbarländer in Gefahr sind, wieder unter das Kolonialjoch zu fallen? Den Imperialisten in die Fänge zu geraten, ist nicht allzu schwer, wohl aber, wieder herauszukommen.

Sinowi MORGUNOW
Gebiet Charkow, Ukrainische SSR

Die auf unbestimmte Zeit vertagte Ratifizierung des SALT-II-Vertrages durch das Weiße Haus und das Säbelrasseln im Nahen und im Mittleren Osten sind empörend. Von seinem harten Kurs verspricht sich der Chef der US-Administration politisches Kapital und möglichst viele Wählerstimmen. Wir hören aber, daß das Vertrauen der Amerikaner zu ihrer Regierung täglich abnimmt. Geschieht ihr recht!

Juri TRUBAKOW
Leningrad, UdSSR

TRÄGER DES FORTSCHRITTS

Pjotr PIMENOW, Sekretär des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR

In diesem Jahr begeht man den 1. Mai, den Tag der Internationalen Solidarität der Werktätigen, zum 90. Male.

Die 1.-Mai-Feier ist eine wichtige Etappe bei der Entwicklung der proletarischen Solidarität. Ihre Hauptlosung wurde von Karl Marx und Friedrich Engels formuliert: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" In den Schriften Wladimir Iljitsch Lenins, in seiner ganzen titanischen revolutionären Tätigkeit erfuhren diese Ideen der proletarischen Solidarität eine schöpferische Weiterentwicklung.

Die 90 Jahre nach den ersten Maidemonstrationen waren eine Zeit der Konsolidierung der Arbeitereinheit und der anschwellenden Klassenkämpfe. In diesen Jahren siegten die Revolutionen zuerst in Rußland und später in mehreren Ländern Europas, Asiens und Lateinamerikas.

Bei den Manifestationen zum 1. Mai zeigt sich besonders deutlich die Entschlossenheit der Arbeiter aller Länder, ihre grundlegenden Interessen und Ziele zu verfechten. Einen zentralen Platz nimmt unter den Mailosungen der letzten Jahre der allen Formationen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gemeinsame Aufruf ein, den Frieden und die Entspannung zu behaupten und eine Einstellung des Wettrüstens zu erreichen. Der Kampf für die Völkersicherheit, für die Eliminierung der Kriege aus dem Leben der Menschheit ist heute die verbindende Kraft der proletarischen Solidarität.

Lenin schrieb, „daß es auf der Welt keinen anderen Verteidiger von Frieden und Freiheit gibt als das internationale revolutionäre Proletariat". Die Arbeiterklasse, die Werktätigen verkörpern schon ihrer Natur nach das konstruktive und nicht das destruktive Prinzip, sind Träger der Ideen von Frieden und Zusammenarbeit der Völker. Ihnen steht das Kapital entgegen, für welches nur zwei Werte — Macht und Geld — ewig sind. Ihretwegen riskiert der Imperialismus alles, bis zur Vernichtung von Millionen Menschen, nicht nur von Soldaten, sondern auch von Frauen, alten Leuten und Kindern. Nicht selten wird das mit demagogischem Gerede vom Schutz der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte bemäntelt.

Lenin durchschaute solche Manöver und sagte, daß der wahre Grund der ist: „Ein goldener Regen fließt direkt in die Taschen der bürgerlichen Politiker, die eine verschworene internationale Bande bilden, die die Völker zu einem Rüstungswettbewerb aufstachelt... Die Regierungen sind Sachwalter der Kapitalistenklasse. Sachwalter werden gut bezahlt. Die Sachwalter sind selbst Teilhaber. Die Schäfchen aber werden gemeinsam geschoren, während man große Reden über ‚Patriotismus' schwingt." Wie aktuell klingt das heute, da die Washingtoner Administration unter dem Vorwand, „die Lebensinteressen Amerikas" schützen und „das nationale Prestige" und „die Sicherheit" gewährleisten zu müssen, erneut eine Kriegshysterie schürt.

Die Entstehung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt, das weitere Wachstum der Kräfte des Sozialismus, die Siege der nationalen Befreiungsbewegung und der Zusammenschluß der antimonopolistischen Front haben die militärischen Möglichkeiten des Imperialismus stark eingeengt. Doch nachdem er nicht mehr nach Belieben Raubkriege entfesseln kann, verlegt er sich auf kalte Kriege, auf das Wettrüsten und die Steigerung der internationalen Spannungen. Das sind die Mittel, die er im Kampf um die Macht und die Erhaltung hoher Profite einsetzt. Beim Schutz ihrer Klassenpositionen erfüllen die Imperialisten vor allem den Auftrag des Militär-Industrie-Komplexes. Auf die Gefahr, die die Verschmelzung von Militärkamarilla und Geschäftswelt in sich birgt, verwies Lenin schon vor dem ersten Weltkrieg. Die bürgerliche Propaganda aber, die den Machthabern zu Diensten steht, stellt diesen Komplex nachgerade als den Ernährer und Wohltäter der Werktätigen hin: Die Militarisierung der Wirtschaft und das Wettrüsten nähmen den Krisen ihre Schärfe und erlaubten es, die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen. Doch Tatsachen zeugen vom Gegenteil.

Unlängst wurden in den USA bei 169 Rüstungsgesellschaften des Landes Untersuchungen durchgeführt. Es erwies sich, daß die Profite bei 164 Gesellschaften bis zu 200%, bei drei weiteren über 500% und bei einer Gesellschaft sogar 2000% betrugen. In der Atmosphäre des militaristischen Taumels haben die Monopole die Möglichkeit, die Waffenpreise praktisch unkontrolliert hochzuschrauben. Für die Werktätigen der kapitalistischen Länder aber bedeutet das Wettrüsten wachsende Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandard. Das beweist das Beispiel der USA. Infolge der steigenden Rüstungsausgaben werden die Sozialausgaben im laufenden Finanzjahr um 2,6 Md. und im nächsten Jahr um 17,2 Md. Dollar gekürzt. Weiteren Tausenden Menschen droht Arbeitslosigkeit. Angesichts des heutigen Wettrüstens darf das nicht wundernehmen. Wissenschaftler verschiedener Länder, auch viele bürgerliche Ökonomen, wiesen an Tatsachen nach: Die in der Rüstungsproduktion angelegten Mittel ergeben viel weniger neue Arbeitsplätze, als wenn sie friedlichen Zwecken zugeführt würden. Eine solche Berechnung, aufgestellt von einer Expertengruppe in Michigan, besagt: Eine in der Rüstungsindustrie investierte Milliarde Dollar sichert 35 000 Arbeitsplätze, während es z. B. im Maschinenbau 80 000, im Bauwesen 100 000 und im Gesundheitsschutz 140 000 wären.

Der enge Zusammenhang des Friedenskampfes mit der Herbeiführung günstigerer Bedingungen für die Aufbauarbeit in den sozialistischen Staaten, mit der Lösung sozialökonomischer Probleme der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, den demokratischen sozialen Umgestaltungen in den jungen freien Staaten und mit dem Schutz der Völkersicherheit bewirkt, daß die Werktätigen aller Länder objektiv Bundesgenossen sind, und steigert ihre Stärke im Widerstand gegen die Umtriebe der Militaristen.

In der Vorhut des Friedenskampfes marschiert heute der Sozialismus. In der Nachkriegszeit unterbreiteten die sozialistischen Länder etwa 100 Vorschläge zur Abrüstung. Dank ihren Bemühungen wurde die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, eine der bedeutendsten Aktionen der letzten Jahre, ein Erfolg.

Seit ihrer Entstehung unterstützen die Gewerkschaften der UdSSR die Außenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates. Nach wie vor setzen sie sich für Frieden und friedliche Koexistenz

ein. Der Sozialismus, unter dessen Verhältnissen sie wirken, erweitert ihre diesbezüglichen Möglichkeiten.

Als Hauptform ihres Kampfes für die Völkersicherheit betrachten die sowjetischen Gewerkschaften die Teilnahme am Aufbauwerk in der UdSSR. Die sowjetischen Werktätigen wissen genau: das Anwachsen der Stärke ihres Landes ist die beste Garantie, um die aggressiven Vorhaben des Imperialismus zu unterbinden, und trägt zum Erfolg von Aktionen der Werktätigen in den kapitalistischen und den Entwicklungsländern bei.

Das Beispiel des Sozialismus fördert in hohem Maße das Selbstbewußtsein der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern. Durch ihre Teilnahme an der Errichtung der neuen, gerechten Gesellschaft demonstrieren die Gewerkschaften der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder der internationalen Arbeiterbewegung eine weite soziale Perspektive und helfen ihr, die richtigen Ziele zu setzen und die schweren Aufgaben im Kampf gegen das Kapital und die Aggressionskräfte zu lösen. Im Kampf für die Entspannung gehen die sowjetischen Gewerkschaften Schulter an Schulter mit den Verbänden der anderen sozialistischen Länder vor. Unsere zahlreichen gemeinsamen Initiativen bestärken die werktätigen Massen in ihren Antikriegsstimmungen und fördern die Vereinigungsprozesse in der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften der UdSSR tun viel, damit die Bewegung für die Völkersicherheit solidarisch mit anderen Massenbewegungen vorgeht. Zusammen mit den anderen Gewerkschaftsformationen fordern sie beharrlich, daß ein Weltkongreß und ein Weltforum der Friedenskräfte, eine Weltkonferenz der nationalen Friedensbewegungen, eine Weltkonferenz für die Einstellung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung, eine Weltversammlung der Erbauer des Friedens und ein Weltforum gegen die Neutronenbombe abgehalten werden. Gegenwärtig unterstützen die Gewerkschaften der UdSSR einmütig den Aufruf des Weltfriedensrates, 1980 Massenaktionen für eine militärische Entspannung durchzuführen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist sich ihrer Verantwortung für die Völkersicherheit zutiefst bewußt. Ein weiterer Beweis dafür ist eines der größten internationalen Gewerkschaftstreffen, das vor kurzem in Belgrad abgehalten wurde. Vertreten waren über 130 nationale, regionale und internationale Gewerkschaftsorganisationen. Ihre Abgesandten betrachteten die Entwicklungsprobleme in engem Zusammenhang mit der Forderung nach Entspannung und der Einstellung des Wettrüstens.

In der internationalen Gewerkschaftsbewegung gibt es Kräfte, die mit dem Kapitalismus verkettet sind, sich zu ihm als Weltanschauung bekennen und Angst vor der Zukunft haben. Mit Betrug und Demagogie versuchen sie die Massen vom Klassenkampf und folglich auch vom Friedenskampf abzulenken. Die sowjetischen Gewerkschaften sehen es als eine grundsätzliche Aufgabe an, die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung von heute zu festigen sowie die Fortschrittskräfte, vor allem die im Weltgewerkschaftsbund vereinigten, weiterhin zusammenzuschließen. Wir wirken aktiv an dieser internationalen Klassenorganisation mit, die über 190 Millionen Werktätige vereinigt. Wir unterstützen den Kurs des WGB auf den Zusammenschluß der internationalen Gewerkschaftsbewegung, seinen Kampf für die Einstellung des Wettrüstens.

Auf die Festigung der Positionen des Sozialismus, den Aufschwung des Befreiungskampfes der Völker und das Anwachsen der allgemeinen Krise des Kapitalismus antwortet der Imperialismus mit einer gefährlichen Zickzackpolitik. Deren jüngste Äußerungen sind die Erhöhung der Militärkredite, die Hortung der Rüstungen, die Umtriebe gegen den Abschluß von SALT II, der Beschluß, in Europa gegen die UdSSR gerichtete USA-Kernwaffen zu stationieren, sowie die Eskalation der aggressiven Handlungen am Persischen Golf.

Unter diesen Umständen gilt es, die Traditionen der proletarischen Solidarität zu pflegen und zu mehren. Leonid Breshnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, betonte, daß die Arbeiterbewegung zu einem immer wichtigeren Faktor des sozialen Fortschritts wird. Ihre Verantwortung gegenüber der Geschichte nimmt zu. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Einheit aller Werktätigen der Welt im Kampf für sozialen Fortschritt, für Frieden und Völkersicherheit weiterhin zu festigen. ■



Die Rechtskräfte in Portugal treten gegen die fortschrittlichen Umgestaltungen, die Agrarreform und andere Errungenschaften der Aprilrevolution 1974 auf. In den beiden letzten Monaten wurden den landwirtschaftlichen Genossenschaften über 20 000 ha, alles die besten Böden, weggenommen und den Großgrundbesitzern wieder übereignet. Landarbeiter demonstrierten im ganzen Land dagegen. In vielen Industriebetrieben fanden Solidaritätskundgebungen und -streiks statt. Auf Initiative von Intersindical wurden Tage des Kampfes für die Agrarreform durchgeführt.

Foto: „Avante!" (Portugal); TASS

Schwerpunkt: Frieden

Alexej ILJIN

Das Pariser Hotel Méridien liegt unweit des Triumphbogens, wo sich die Straßen vom Zentrum zu den Boulevards kreuzen. Eine günstige Lage. Deshalb ist es immer voll belegt, und seine Gäste bilden eine bunte, vielsprachige Menge.

Im Konferenzsaal des Méridien haben schon vielerlei Treffen, Konferenzen und sogar Kongresse stattgefunden. Aber heute, am 28. April, sind ihm besonders viele Blicke zugewandt, denn hier hat das Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas für Frieden und Abrüstung begonnen. Vom Interesse der Öffentlichkeit Europas für dieses Forum zeugt vieles, besonders die große Zahl der Reporter, die darüber berichten werden.

Wie immer bei Zusammenkünften der Bruderparteien, so hat die bürgerliche Presse auch dieses Mal schon einige Wochen vor Eröffnung des Treffens eine lautstarke Verleumdungskampagne dagegen geführt. Hier wenigstens ein Beispiel. Der italienische „Corriere della Sera" schrieb am 24. April übrigens auf einen Beitrag der „NZ" eingehend, von einem „Fiasko des in Paris bevorstehenden Treffens kommunistischer Parteien". Die bürgerlichen Journalisten hängen ihre düsteren Voraussagen meistens an der Tatsache auf, daß im Méridien nicht alle kommunistischen Parteien Europas vertreten sind. Nun, jeder wird nach seiner eigenen Fasson selig.

Natürlich wäre es besser, wenn alle Bruderparteien Europas bei dem Treffen vertreten wären. Wenn aber eine oder die andere aus irgendwelchen Gründen — jede aus ihren eigenen — beschlossen hat, keine Delegierten nach Paris zu entsenden, so bedeutet das nur eins: Sie macht von ihrem Recht Gebrauch, selbständig zu entscheiden, wie sie es für richtig hält, für den Frieden zu kämpfen.

Die Teilnehmer des Pariser Treffens gehen davon aus, daß die Ziele, die sie sich gesteckt haben, Ziele aller kommunistischen Parteien Europas sind. Das stand auch in der Einladung des ZK der FKP und des ZK der PVAP an die Kommunisten der anderen Länder. Darin hieß es, daß die Konsultationen dieser beiden Parteien folgendes bestätigt haben: „Zu dieser Frage von Frieden und Abrüstung haben alle kommunistischen und Arbeiterparteien Europas trotz der Verschiedenheit ihrer Lage und der Maßnahmen, die sie in ihren Ländern treffen, einen weitgehend übereinstimmenden Standpunkt eingenommen."

Im selben Einladungsschreiben haben die Veranstalter des Treffens betont, daß die Entwicklung in Europa und in der ganzen Welt das Treffen notwendig gemacht hat. Das einzige Ziel der im Méridien versammelten Delegierten sind sofortige Konsultationen, ein möglichst flexibler und offener Meinungsaustausch, der einen Aufruf an die Völker Europas ermöglichen soll.

In allen Reden wird betont, wie wichtig diese Konsultationen über Frieden und Abrüstung in Europa sind. Das sagte in der Eröffnungsansprache auch Maxime Gremetz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der FKP. Ebenso ein Delegierter unserer Partei, der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU Boris Ponomarjow.

Er charakterisierte die begonnenen Konsultationen wie folgt: „Zusammenkommen, um zügig und sachlich über die entstandene politische Situation und vor allem über Schritte zu beraten, die gegen die auf Europa und der ganzen Welt lastende Kriegsgefahr unternommen werden könnten."

„Das Anwachsen der internationalen Spannungen", fuhr Boris Ponomarjow fort, „macht das allen politischen Kräften, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, zur Aufgabe. Erst recht gilt das für die Kommunisten, die immer die standhaftesten Kämpfer für den Frieden und die Sicherheit der Völker waren und es auch bleiben. Als Internationalisten und Patrioten können sie nicht schweigen, können sie keine passiven Beobachter sein. Sie haben die Pflicht, die Völker vor der anwachsenden Gefahr zu warnen, Alarm zu schlagen, zu Taten zu rufen, ehe es zu spät ist."

Alle Redner hoben hervor, daß Einheitsaktionen der Kommunisten Europas für Frieden und Abrüstung günstige Voraussetzungen für einen Dialog über gemeinsame Aktionen mit anderen politischen, sozialen und religiösen Kräften in jedem Land und in ganz Europa schaffen werden.

Der Zweck dieser Aktionen liegt auf der Hand: die Gefahr für den Frieden in Europa zu bannen und Europa von amerikanischen Atomraketen freizuhalten.

Mit gewichtigen Argumenten erklären die Delegierten, daß die USA — ein Land in Übersee, in dem seit mehr als einem Jahrhundert kein Krieg getobt hat — schon lange darauf Kurs genommen haben, sich die Kastanien von anderen aus dem Feuer holen zu lassen. Auf diese Weise wollen die reaktionären und aggressiven Kreise der USA ihre Hegemonieansprüche in die Tat umsetzen, so daß ihre Alliierten, vor allem die Europäer, die Lasten tragen müssen. In Übersee kümmert sich niemand darum, daß diese Einstellung Europa damit bedroht, alles, was es hat, vernichtet zu sehen.

Aber selbst wenn man vom Krieg absieht, den abzuwenden es, wie alle hoffen, gelingen wird, denn Kräfte sind dafür vorhanden, so fügen die Kriegsvorbereitungen und das Wettrüsten den Völkern Europas schon jetzt enormen Schaden zu. Die Redner sagen besorgt, falls es dem US-Imperialismus gelingen sollte, Europa wieder in einen kalten Krieg zu verstricken, dann werde der Lebensstandard der Werktätigen sinken. Es wäre ein schwerer Schlag für die Weltwirtschaft im allgemeinen und für die Wirtschaft Europas im besonderen, wenn die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Ländern abgebrochen oder geschwächt werden würden, wenn der Imperialismus, namentlich der amerikanische, den an Rohstoffen und Erdöl reichen Ländern gegenüber eine abenteuerliche Politik betriebe.

Was soll man unter den jetzigen Umständen tun? Das fragen alle Redner und antworten: Handeln, um die gefährlichen Pläne der NATO zu durchkreuzen, auf unserem Kontinent neue amerikanische Raketen zu stationieren; handeln, um eine neue Runde im Wettrüsten zu verhüten; handeln, um die Angriffe auf die Schlußakte von Helsinki abzuschlagen und nicht zuzulassen, daß die friedliche Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten Europas sabotiert wird; handeln, um die tückischen Absichten der Feinde des Friedens und der Entspannung, ihre militaristischen Pläne bloßzustellen.

In diesem Zusammenhang erwähnten die Redner namentlich, daß die Europäer ebenso wie die Völker der übrigen Welt schon in einigen Tagen den 35. Jahrestag des Kriegsendes begehen werden. Man darf nicht vergessen, daß die Vorbereitungen zum zweiten Weltkrieg mit einer Aufrüstungskampagne begannen (die Aufrüstung nannte man damals übrigens auch Nachrüstung, bloß nicht der NATO, sondern Hitlerdeutschlands). Man darf nicht vergessen, daß das Wettrüsten damals ebenso wie jetzt mit einem Antikommunismus und

einem Antisowjetismus verbrämt wurde, daß es aber eine Tragödie für den ganzen Kontinent zur Folge hatte. Zu dieser Tragödie darf es nie wieder kommen. Das sagen alle Teilnehmer des Treffens.

Die Delegation der KPdSU und die Delegationen der anderen sozialistischen Länder haben betont, daß ihre Regierungen ein System von Vorschlägen vorgebracht haben, das ausnahmslos alle Aspekte der Einstellung des Wettrüstens, alle Aspekte der Abrüstung umfaßt. Im Gegensatz zur Aggressivität des Westens schlagen die sozialistischen Länder allen Staaten vor, darauf hinzuwirken, daß die Entspannung auch in den 80er Jahren in den internationalen Beziehungen dominiert.

Die Probleme können aber durch alleinige Bemühungen der Regierungen der sozialistischen Länder nicht gelöst werden. Not tun gemeinsame Aktionen aller, die für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas sind. Vereinigen müssen sich alle, die gegen den Krieg sind.

In den letzten Monaten haben sich die großen Möglichkeiten der Kämpfer für Frieden und Abrüstung in Europa deutlich gezeigt. Eine Nutzung dieser Möglichkeiten bietet die greifbare Aussicht darauf, daß die Kriegsgefahr gebannt werden wird. Die Teilnehmer des Treffens betonen, daß der begonnene Meinungsaustausch bestimmt dazu beitragen wird, dieses Ziel zu erreichen.

Heute verläuft der Meridian des Friedens durch Paris. Wenn man sich auf die Ziele orientiert, von denen die dort versammelten Kommunisten Europas sprechen, dann kann unser Kontinent tatsächlich ein Kontinent des Friedens und der Sicherheit werden. Möge das geschehen!

Paris, den 28. April

USA—IRAN

SCHERBEN EINES ABENTEUERS

Viktor GRIBATSCHOW

„Geehrter Herr Präsident!" schrieb die Einwohnerin eines Bundesstaates des Mittelwestens an den Chef des Weißen Hauses. „Mein Mann hat im zweiten Weltkrieg gekämpft. Unser Land hat an diesem Krieg teilgenommen. Doch jetzt geschieht etwas, was ich nicht verstehe. Warum nur?"

Der Präsident zitierte diesen Brief in seiner Rede. Und das antwortete er: „Dreimal in meinem Leben — in zwei Weltkriegen und während des Koreakrieges — sind die Amerikaner in ferne Länder gezogen, um für die Freiheit zu kämpfen. Einen furchtbaren und grausamen Preis haben wir gezahlt, um zu verstehen: Ein Rückzug bringt keine Sicherheit, und Schwäche trägt nicht Frieden in sich. Und diese Lektion hat uns nach Vietnam gebracht."

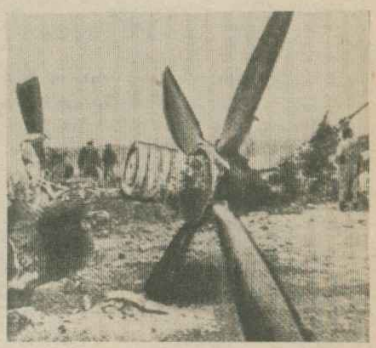
In dieser Rede vom 29. Juli 1965 wurde das umfassende „Engagement" der USA in den schmutzigen Vietnamkrieg bekanntgegeben. Drei Jahre später erklärte der Chef des Weißen Hauses, er werde sich nicht ein weiteres Mal um die Präsidentschaft bewerben.

Die Leute, die im Weißen Haus sitzen und auf eine Wiederwahl aus sind, wollen offenbar die Lehren der amerikanischen Geschichte nicht beherzigen.

Wenn der jetzige, der 39. Präsident der USA den Wählern seine wirtschaftlichen Erfolge vorweisen müßte, dann würde er wohl schon nach den ersten Primariers ausscheiden müssen. Doch etwas anderes geschah. Carter appellierte statt dessen von einer Plattform des „amerikanischen Patriotismus", genauer gesagt des offenen Chauvinismus an seine Landsleute. Die Mitarbeiter der US-Botschaft, die als Geiseln im Iran festgehalten werden, wurden nur zu Bauern auf dem strategischen Schachbrett.

Das iranische Vok verlangt von der US-Regierung im Austausch für die Freilassung der Geiseln vor allem die Auslieferung des Schahs und die Rückgabe des von ihm zusammengeraubten Vermögens. Hätte die Erfüllung dieser Bedingung die USA „in die Knie gezwungen? Hätte das Amerikas „nationalem Stolz und seiner Würde" Abbruch getan? Nein. Das sind legitime, gerechte Forderungen des Volkes. Und das Volk hätte sein Ziel erreicht, wenn Washington nicht den Ex-Monarchen unter seine Fittiche genommen hätte — und das in einer provozierenden, für Iran beleidigenden Weise.

Es geht hier weniger um den Schah und um die starke Sympathie, die man in Washington für den gestürzten Monarchen empfindet. Für die USA bedeutet der Sturz des Schahregimes den Verlust einer hochwichtigen Bastion in ihrer imperialistischen Globalstrategie. Die iranische Revolution sollte von Anfang an mit allen Mitteln zerschlagen werden. Die Vereinigten Staaten setzten alle erlaubten und unerlaubten Mittel ein: die Einfrierung der iranischen Staatsguthaben, ein faktisches Lebensmittelembargo, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Entsendung eines Navygeschwaders vor die iranische Küste. Der letzte Schritt war das militärische Abenteuer, dessen Einzelheiten bereits wohlbekannt sind.



Die Trümmer der C 130 an der Stelle, wo der Landetrupp abgesetzt wurde

Telefoto: AP—TASS

Vom Flugzeugträger „Nimitz" (aus dem Golf von Oman) stiegen acht Spezialhubschrauber der Airforce auf. Sie landeten in der Wüste Desht-i-Kavir, etwa 200 Meilen vor Teheran. Dort sollten sechs schwere Transportmaschinen vom Typ C 130 auf sie warten. Nach dem Auftanken der Hubschrauber sollte der Kommandotrupp nach Teheran vorstoßen und die Mitarbeiter der Botschaft befreien. Den Befehl für diese Operation gab der Oberkommandierende der US-Streitkräfte, Präsident Carter, höchstpersönlich.

Es war natürlich nicht seine Schuld, daß drei Hubschrauber kaputtgingen und ein vierter bei dem Zusammenstoß mit der C 130 verbrannte. Die Operation wurde abgeblasen. Ihe Ergebnisse: acht Tote, einige Verwundete sowie in der Wüste zurückgelassene zerstörte militärische Ausrüstungen. (Nach offiziellen iranischen Angaben liegt die Zahl der Toten des Kommandounternehmens bedeutend höher, und der „Zusammenstoß" erfolgte, als die iranische Luftwaffe eingriff.)

Der Präsident berichtete in einer Ansprache an die Nation von dem erfolglosen Versuch, einen Landetrupp abzusetzen und die Geiseln zu befreien. Der Präsident zog es vor, all das als „humanitäre Mission", als Operation zur „Rettung von Amerikanern" zu bezeichnen.

Doch wie sich der Präsident auch ausgedrückt haben mag — in der ganzen Welt und auch bei vielen in den USA selbst wurde seine Aktion übereinstimmend als militärisches Abenteuer qualifiziert. Die Kommentatoren verwiesen sogleich auf die ganze Sinnlosigkeit des vom Präsidenten sanktionierten Unterfangens, da selbst Elitekommandotrupps in der entstandenen Situation machtlos sind. Vertreter der iranischen Regierung erklärten: Selbst wenn sich die Killertrupps bis zum Botschaftsgebäude hätten durchschlagen können, hätten sie die Geiseln schon als Leichen vorgefunden.

Der Präsident ließ sich nicht von der Sorge um das Leben der Geiseln leiten, sondern vor allem von seinen persönlichen Interessen als Präsidentschaftskandidat. Das meint man übereinstimmend in der Presse der USA und Westeuropas. Das Kommandounternehmen sollte dem Präsidentschaftsbewerber ermöglichen, als Sieger nach Washington einzuziehen. Der Iran steht jetzt im Mittelpunkt des amerikanischen Wahlkampfes — die künstlich beschworene „Einheit der Nation um den Präsidenten". Die Nation soll in einen euphorischen Taumel versetzt werden. Um wie viele Punkte wären wohl die Aktien des Präsidenten an der politischen Börse Amerikas gestiegen, wenn das Kommandounternehmen „erfolgreich" abgeschlossen worden wäre? Statt dessen ist das totale Scheitern der Politik der Stärke offenbar geworden. Und das kann auch zu großen Verlusten für Carter führen.

Gestern noch emporgetragen von Euphorie, muß die Nation jetzt einen schweren Schock verkraften. Carter fand nicht einmal Unterstützung bei den Angehörigen der Geiseln, die er aus der Botschaft in Teheran befreien wollte. „Er wollte sie töten", erklärte die Mutter eines Mitarbeiters der amerikanischen Botschaft. „Wir hatten so gehofft, daß alles ohne Blutvergießen abläuft", sagte die Frau einer anderen Geisel.

„Unterstützen sie uns, und alles wird ohne Blutvergießen abgehen", verlangte Washington von seinen Verbündeten. Und intrigierte sogar: Wenn die USA in ihren Aktionen gegenüber dem Iran allein dastünden, würden die Verbündeten trotzdem das Öl verlieren, das die Ursache dafür ist, daß sie nicht mitmachen — und zwar weil die USA intensive militärische Aktionen unternehmen werden, deren Einzelheiten schon seit langem festgelegt sind. Die Verbündeten gaben nach. (Zum wievielten Mal schon: im Streit über die Stationierung neuer US-Raketen in Westeuropa, teilweise in der Diskussion über einen Boykott der Olympiade ...) Kürzlich verkündete die EG bei ihrem Luxemburger Treffen diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen gegen den Iran. Als Hauptargument wurde angeführt, dies werde dazu beitragen, eine militärische Aktion zu verhindern. Doch das war nicht der Fall.

Das Weiße Haus hat es nicht einmal für nötig erachtet, seine Verbündeten über das bevorstehende Kommandounternehmen zu unterrichten, um sich deren Unterstützung zu versichern. In der Bundesrepublik kam diese Aktion, wie es hieß, für den Kanzler und das ganze Kabinett völlig überraschend. Ein offizieller Sprecher des Elyséepalastes erklärte, der Präsident der Französischen Republik und die Regierung seien über die US-Aktion nicht informiert worden.

Man hat also die westeuropäischen Verbündeten betrogen. „Durch ihre Worte und Taten hat die Administration", schrieb die „Washington Post", „die Aufmerksamkeit der Welt auf Mitte Mai gelenkt, indem sie andeutete, daß erst nach diesem Termin militärische Aktionen gegen den Iran viel wahrscheinlicher sein würden." Am 12. April — einen Tag, nach dem die Vorbereitungen der Operation gebilligt waren — hielt der Präsident für westeuropäische Journalisten eine Pressekonferenz ab, der eine „Schlüsselrolle zukam, um die Aufmerksamkeit von entschiedenen Operationen im April abzulenken".

Die „Lehren Vietnams", wie in den USA die schmachvolle Niederlage der amerikanischen Interventen in Südostasien genannt wurde, sind offenbar von jenen vergessen worden, die sich an diese Lehren erinnern sollten. Das „Vietnamsyndrom" wurde von ihnen verdrängt, und die heutigen Führer des Landes, die noch kürzlich stolz verkündeten, daß jetzt kein G.I. mehr außerhalb der Vereinigten Staaten kämpft, versuchen, die Politik der USA in die üblichen Bahnen militärischer Abenteuer zu lenken. Jene, die gestern noch zweifelten oder es verzogen, zu schweigen, um nicht als „Verräter" dazustehen, beginnen jetzt zu sprechen. „Carter soll erklären, daß er nicht mehr für die Wiederwahl kandidiert. Seine Amtszeit soll er ohne derartige impulsive Aktionen zu Ende führen", erklärte der Kongreßabgeordnete Reuss vor Reportern. ■



In den USA werden die Bürgerrechte immer mehr mit Füßen getreten. Millionen Amerikanern ist das wichtigste genommen — das Recht auf Arbeit. Besonders schwer betroffen sind die Afroamerikaner und die Puertorikaner.

„Nein zu Rassismus und Rassendiskriminierung!", „Verbietet den Ku-Klux-Klan!" forderten die Teilnehmer eines großen Protestmarsches in Greensboro (North Carolina), wo Faschisten im vorigen Jahr 5 Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung getötet hatten.

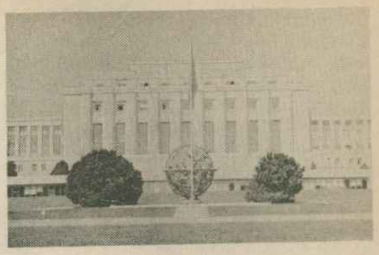
Die Behörden von North Carolina forderten zusätzliche Polizeieinheiten, Nationalgarde und Hubschrauber an. Über Greensboro wurde der Ausnahmezustand verhängt.

So wird in den USA versucht, mit dem Gummiknüppel „die Menschenrechte zu sichern".

Foto: TASS



DER „KORB ZWEI" FÜR EUROPA



Von unserem Sonderberichterstatter
Wladlen KUSNEZOW

80% der Industrieproduktion und fast 75% des Handelsumsatzes der Welt. Rund 80% der auf unserem Planeten verbrauchten Energiemenge. Rund 80% des wissenschaftlich-technischen Potentials der Welt: Auf dieser Basis wirkt die UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE). Ihr gehören 32 Staaten Europas sowie die USA und Kanada, d. h. alle Teilnehmer der Helsinki-Konferenz, an. Vom 15.—26. April hielt die ECE in Genf ihre 35. Tagung ab.

In Genf über Helsinki

Gewöhnlich haben die Massenmedien für die ECE nicht viel übrig. Dabei ist die Materie interessant. Tagaus, tagein leistet die Kommission eine Arbeit, die vielleicht unscheinbar, aber der Entwicklung Europas und nicht nur dieses Kontinents förderlich ist. Hier in Genf, im Palais des Nations, wo die ECE ihren Sitz hat, laufen von überall die Fäden zusammen, die das feste materielle Gewebe der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, ja sogar der Entspannung bilden.

Die ECE ist insofern einmalig, als nirgendwo sonst die Mechanismen für die Ost-West-Zusammenarbeit in der Wirtschaft und verwandten Zweigen in so großem Umfang abgestimmt werden. In Genf sagt man dazu: Zusammenarbeit zwischen den Ländern mit Marktwirtschaft und denen mit zentralgeleiteter Planwirtschaft. Die ECE ist eine Art Labor, eine Experimentierbasis und zugleich Schmiede dieses Zusammenwirkens. Hier entstehen Erfahrungen, die auch für andere Länder und Regionen (die ECE ist eine der fünf regionalen UNO-Organisationen für wirtschaftliche Zusammenarbeit), vor allem für die Entwicklungsstaaten, von Interesse sind. Sie ist eines der wenigen Organe, in denen heute die Empfehlungen der Schlußakte vollständig realisiert werden — und dies zu einer Zeit, da die Entspannungsgegner nur noch von Sanktionen und Embargos reden. Dabei können diese der heutigen Welt mit ihrer ständig zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit zwischen den einzelnen Teilen nur schaden.

Ich will nicht übertreiben, die ECE ist nicht der Brain Trust, denn die Ideen werden wohl meistens nicht in Genf generiert, sondern in den Hauptstädten der ECE-Staaten. Außerdem enthält die Schlußakte so viele Initiativen, Entwürfe und Empfehlungen, daß diese für Jahre ausreichen dürften. Nicht selten figuriert unter den vollziehenden Organisationen die ECE. Es wurde festgestellt: In dem Abschnitt der Schlußakte „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt" (bzw. im „Korb zwei") wird das Forum für die europäische regionale Wirtschaftszusammenarbeit 14mal erwähnt. Das zeigt, welche Rolle der ECE in Europa und außerhalb Europas beigemessen wird.

Nicht von ungefähr sprach man in Genf vor allem über Helsinki. Das taten die sowjetische Delegationsleiterin Soja Mironowa und Vertreter vieler anderer Länder.

Es ging darum, was man unternehmen muß, um die Empfehlungen der Helsinki-Charta für friedliche Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft mit realem Inhalt zu erfüllen und die schon nach der KSZE ausgesprochenen wertvollen Ideen zu realisieren, damit der Geist von Helsinki sich durchsetzt und triumphiert. In erster Linie bezieht sich das auf den 1975 eingebrachten Vorschlag Leonid Breshnews über die Abhaltung dreier gesamteuropäischer Kongresse (Konferenzen): über den Umweltschutz, die Energetik und den Transport.

Die 35. Tagung konstatierte mit Genugtuung: Eine dieser Maßnahmen ist schon Tatsache. Im November 1979 wurde in Genf im ECE-Rahmen eine Konferenz über den Umweltschutz auf hoher Ebene durchgeführt. Sie brachte allen Teilnehmern Nutzen und war ein treffendes Argument für weitere ähnliche Beratungen. Ihr Erfolg entwaffnet die sturen Skeptiker, die noch immer daran zweifeln, ob die drei Kongresse, die die UdSSR vorschlägt, notwendig seien. Die Konferenz über den Umweltschutz wurde im Bericht des ECE-Exekutivsekretärs als „das bedeutendste Ereignis" im Wirken der Kommission 1979 bezeichnet. Die ECE-Vertreter dürfen dem im Herbst bevorstehenden Madrider Treffen der KSZE-Staaten stolz über diesen Erfolg berichten. Unter der ECE-Ägide werden heute 400 Projekte betrachtet, die der Festigung der Ost-West-Zusammenarbeit dienen sollen.

Nunmehr soll ein Kongreß über die Energiewirtschaft stattfinden (parallel dazu werden auch Probleme des Kongresses über das Transportwesen besprochen, aber das ist eine entferntere Perspektive). Die ECE hat alle notwendigen Angaben über die Energieressourcen und die allgemeine Orientierung der entsprechenden nationalen Programme. Die Teilnehmerstaaten haben Daten über ihre vorrangigen Aufgaben, über die Bedingungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Staaten vorgelegt. Das Hilfsorgan „Oberberater der Regierungen der ECE-Staaten für Energiefragen" wurde gegründet und mit der Vorbereitungsarbeit betraut. 1980 muß ein Modell der Energiebilanz für die ECE-Region vollendet werden. Im gleichen Jahr sind drei große Seminare über Fragen der Energiewirtschaft geplant. Übrigens gilt diesen Fragen etwa ein Drittel aller Vorhaben, die ins Aktionsprogramm der ECE aufgenommen sind.

All das betont, wie akut das Problem ist. Freilich verschieden akut für die einzelnen Staaten. Die sowjetischen Vertreter und Experten — Igor Ornatski, Wladimir Posharski und Juri Tschestnoi — umrissen mit Sachkenntnis die gegenwärtige Situation und zeigten an beredten Beispielen, wie viel den westeuropäischen Partnern an der Beseitigung des Treibstoffmangels liegt, der in den kommenden Jahren noch zuzunehmen droht. Tatsache bleibt, daß Westeuropa zu 90% vom Treibstoffimport abhängt.

Trotzdem lassen sich gewisse Leute aus den einen oder anderen Gründen (oder auch grundlos) gelinde gesagt Zeit und zerreden die Idee eines Kongresses über Energiefragen.

Meine Gesprächspartner in Genf sagten mir, was die sowjetischen Delegierten darauf antworten: Wir haben es nicht nötig, uns zu beeilen. Die UdSSR besitzt ausreichende Vorräte an notwendigen Rohstoffen, sie und ihre Bündnispartner sind gegen die heutige und gegen eventuelle künftige Folgen der Treib- und Heizstoffkrise gefeit.

Die UdSSR schlug ein Forum über Energiefragen nicht vor, um sich Vorteile und Vorrechte zu verschaffen. Profitieren werden gerade diejenigen, deren energetische Gesundheit zu wünschen übrig läßt. Die UdSSR aber ist vor allem an Frieden und Stabilität auf dem Kontinent interessiert, daran, daß Europa nicht zu Konfrontation und Streitigkeiten abgleitet, sondern sicheren Schrittes auf dem Weg

vorankommt, der in Helsinki gebahnt wurde. Moskau schlägt vor, das Problem kardinal zu lösen und dazu die Energiesysteme zusammenzulegen und gemeinsam Großvorhaben bei der Entwicklung und Ausbeutung der Energieressourcen zu realisieren.

Zwei Handelskriege

Das ECE-Programm ist reichhaltig und vielfältig, der Umfang ihrer Tätigkeit beeindruckt. Kein nennenswerter Rohstoff, kein wichtiges Erzeugnis, kein halbwegs ernstes Wirtschaftsproblem, mit denen sich dieses Forum und seine Hilfsorgane (die Komitees für Kohle, Gas, Strom, Wohnungsbau, Bauwesen und Planung, Außenhandel, Landwirtschaft, Wasserressourcen usw.) nicht beschäftigt hätten. Entsprechend sind auch die Dokumentationen: 32 725 Seiten im Jahre 1979!

In Genf besteht auch eine gemeinsame Wirtschaftsperspektive für die ECE-Region bis 1990, sie gilt also sowohl für das kapitalistische als auch für das sozialistische Europa. Einigen Kräften paßt es jedoch nicht, daß die beiden Teile Europas bei voller Wahrung ihrer Interessen auch gemeinsame Prognosen und Programme aufstellen, gemeinsam die langfristigen Wirtschaftstendenzen und breitangelegte Geschäfte analysieren, gemeinsam Orientierung und Struktur der künftigen Warenströme untersuchen und langfristige Perspektiven, die sich auf die Schlüsselsektoren — Handel, Energiewirtschaft, Beschäftigung — konzentrieren, entwerfen.

In Genf habe ich mir sagen lassen, Washington stehe ziemlich gleichgültig zur ECE-Tätigkeit. Offene Sabotage betreiben seine Vertreter allerdings selten. Sie halten sich im Schatten und agieren am liebsten hinter den Kulissen, über NATO- und EG-Kanäle. In den Vordergrund treten sie erst, wenn ihnen kein anderes Mittel bleibt, um ein gesamteuropäisches Vorhaben zu vereiteln. In letzter Zeit, nach der Verhärtung des Washingtoner Kurses gegenüber der UdSSR, handeln besagte Vertreter immer unverfrorener.

Mit wem und in welchem Umfang Washington handelt und Geschäftskontakte unterhält, ist schließlich seine Sache. Aber dort ist man der Meinung: Wenn wir nicht Handel treiben, dürfen es die anderen auch nicht. Mit welchem Recht zwingen die USA andere zu Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR? Ein solches Recht kann es in der Gemeinschaft souveräner Staaten nicht geben. Der Handelsgott Merkur wohnt schließlich nicht im Weißen Haus.

Die westeuropäischen Länder exportieren weit mehr Industrieerzeugnisse in die Sowjetunion als die USA. Je größer der Export, um so höher die Auslastung der Betriebe und die Einkünfte, um so niedriger die Arbeitslosigkeit; um so stabiler folglich auch die Position im Konkurrenzkampf. Wenn Washington seine NATO-Partner auffordert, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR zu drosseln, will es sie eigentlich um die Gewinne bringen, die ihnen die Zusammenarbeit mit dem Osten bringt, vor allem um den aufnahmefähigen und stabilen Absatzmarkt und die Rohstoffquellen. Dieser Markt ermöglicht eine bessere Auslastung der Produktionskapazitäten, die Senkung der Arbeitslosigkeit und ein Wirtschaften auf fester, planmäßiger und langfristiger Grundlage.

Washington erleidet dabei Verluste, möchte aber, daß die anderen noch größere Verluste haben. Je schlimmer für die westeuropäischen Konkurrenten, desto besser für die USA.

Gegenwärtig führt Washington zwei Handels- und Wirtschaftskriege zugleich: gegen die UdSSR und gegen seine Bündnispartner. Eigentlich besteht kein nennenswerter Unterschied zwischen den Sanktionen gegen die UdSSR und dem Protektionismus gegenüber Westeuropa.

Wem nützt das? Nicht der Sowjetunion, auch nicht Westeuropa. Nur denjenigen, die es sich während der militärisch-politischen Konfrontation der 50er und 60er Jahre angewöhnt hatten, den Verbündeten die Wirtschaftspolitik zu diktieren. Das Weiße Haus stachelt sie an, ihre Geschäftsbeziehungen zum Osten einzuschränken, und trifft zugleich protektionistische und diskriminierende Maßnahmen gegen sie, um seine verlorene führende Stellung im kapitalistischen Welthandel wiederzuerlangen. Erstaunlich, wie einige westeuropäische Politiker immer wieder die andere Wange für einen Schlag aus Übersee hinhalten.

Jeder Zwei-Fronten-Krieg ist schwer, erst recht für das Land mit einer beileibe nicht florierenden, eher von abermaliger Rezession angeschlagenen Wirtschaft. An der „Ostfront" ist die USA-Offensive aussichtslos, wie auch alle bisherigen Blockaden, Embargos usw. aussichtslos waren. Wie es an der „westlichen Front" weitergeht, wird in vieler Hinsicht davon abhängen, wie weit man in Westeuropa das Manöver des Washingtoner Strategen durchschaut und eine feste Verteidigung aufbaut.

Die UNO-Wirtschaftskommission für Europa entstand 1947, überlebte den kalten Krieg und wird zweifellos auch jene Schwierigkeiten überdauern, die ihrem Wirken jetzt bereitet werden. Die höchsten Interessen und das Wohlergehen der europäischen Völker verlangen, den „Korb zwei" mit realem Inhalt zu erfüllen.

Genf—Moskau

NZ KOMMENTAR

KRIEG GEGEN DIE UNO?

Ende April bestätigte der Sicherheitsrat der UNO eine Resolution, in der die neuerliche Invasion der israelischen Soldateska in Südlibanon, deren Militärhilfe für die libanesischen Separatisten und alle feindseligen Akte gegen die zur Aufsicht über die Feuereinstellung zeitweilig in Libanon stationierten UNO-Truppen verurteilt werden.

Anlaß dafür war unter anderem der Mord, den Angehörige der rechtsgerichteten christlichen „Armee zur Verteidigung des Südens" an zwei irischen UNO-Soldaten begingen.

Die Haddad-Milizen werden völlig von Israel ausgehalten. Der Aggressor bewaffnet nicht allein die Söldner, sondern zahlt ihnen auch den Sold.

Seit langem schon möchten die libanesischen Separatisten die im Süden stehenden UNO-Truppen, die den Frieden in diesem Raum aufrechterhalten sollen, zurückdrängen. Immer wieder beschoß Haddads (richtiger gesagt: israelische) Artillerie das Hauptquartier der UNO-Truppen in Naqura. Ebenfalls im April unternahmen die Handlanger Israels einen direkten Angriff auf die irischen Blauhelme im Flecken At-Tiri. Sie nahmen mehrere gefangen und töteten zwei von ihnen.

Das von Tel Aviv geäußerte „Bedauern" über den „traurigen Zwischenfall" kann niemanden täuschen. Verteidigungsminister Weizmann hat ja danach — am 19. April — besonders hervorgehoben, daß Israel Haddad auch weiter „nach Kräften" helfen wird.

Schon seit Jahren setzt sich Israel über die Resolutionen, Beschlüsse und Forderungen der UNO und ihrer Organe hinweg. Jetzt hat es eigentlich einen regelrechten Krieg gegen die größte Weltorganisation vom Zaun gebrochen und seine Marionetten einen Terror gegen die Blauhelme entfesseln lassen.

Natürlich erlaubt sich der Aggressor solche Schandtaten, weil er von Washington Rückendeckung hat. Nicht von ungefähr weigerte sich der US-Vertreter im Sicherheitsrat, Israels Aggressionshandlungen im Süden Libanons zu verurteilen und Tel Aviv für den Terror seiner Haddad-Söldlinge verantwortlich zu machen.

A. USWATOW

PERSPEKTIVE ABGESTECKT

Von unserem Sonderberichterstatter
Sergej GOLJAKOW

Wenn man früh nicht vom Lautsprecher auf dem nahen Stadtplatz, sondern von Vogelgezwitscher geweckt wird, wenn die Morgenluft frisch und klar ist und die weißen Hindukuschgipfel, die auf die Stadt von allen Seiten hinabblicken, breite schneefreie Streifen zeigen, ist es Frühling in Kabul.

Im Frühling schöpft der Landwirt neue Hoffnung auf eine reiche Ernte. Die Nomaden treiben die im Winter abgemagerten Schafe wieder auf die frischen Weiden. Kaufleute stellen neue Karawanen zusammen, die über die wieder passierbaren Gebirgspässe ziehen sollen.

Die weißrosa Blütenpracht in den Gärten, die bunten Blumen der Anlagen, die strahlende Sonne und der klare Himmel machen den Frühling in Kabul stets zu einem Fest der Natur. Ebenso farbenfroh und voller Düfte ist er auch in diesem Jahr, obwohl er mit Verspätung anfing. Doch heißt es im Volksmund, daß ein später Frühling nicht täuscht.

Auch der neue Frühling der Revolution hat die Hoffnungen der Afghanen nicht getäuscht. Das Land zeigt in diesen Apriltagen neuen Elan. Seine Quelle sind die außerordentlich wichtigen Beschlüsse und Dokumente des unlängst abgehaltenen ZK-Plenums der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und einer Sitzung des Revolutionsrates der Republik. Die Thesen des ZK der Partei zum 2. Jahrestag der Aprilrevolution finden ebenfalls allgemeines Interesse.

Nasir Shaladar, der Gouverneur der Ostprovinz Nangarhar, sagte mir: „Wir nennen diese Beschlüsse und Dokumente historisch, und dies zu Recht. Niemals hat unser Volk so umfassende demokratische Rechte und eine so exakt umrissene Perspektive gehabt."

Ich lernte diesen jungen, energischen Mann beim Festakt zum Aufziehen der neuen, schwarzrotgrünen Flagge der Demokratischen Republik Afghanistan kennen. Mein Gesprächspartner erläuterte:

„Die schwarze Bahn ist unsere schwere Vergangenheit, die grüne ein Tribut an unsere islamischen Traditionen und das Rot wie überall ein Symbol des Kampfes für eine lichte Zukunft, auch das ehrende Andenken an unsere Landsleute, die gefallen sind, sich aber den Feinden Afghanistans nicht ergeben haben."

Auf dem ZK-Plenum, auf dem Babrak Karmal den Vorsitz führte, wurde offen über die begangenen Fehler und über Abweichungen vom gewählten Weg sowie über objektive und subjektive Gründe der negativen Erscheinungen im Leben von Partei und Gesellschaft gesprochen. Die Demokratische Volkspartei zog einen Schlußstrich darunter und bekundete feierlich ihre Treue zu den revolutionären Idealen und ihre Entschlossenheit, alle Kräfte im Kampf für das Wohl und das Glück des Volkes einzusetzen.

Ein festes Fundament für die weitere Konsolidierung der revolutionären Avantgarde ist das auf dem Plenum angenommene neue Parteistatut. Es verankert die organisatorische Einheit und Geschlossenheit von unten bis oben, reglementiert die Normen des Parteilebens und bestimmt die Hauptmission der Partei als Führer aller Werktätigen Afghanistans. Wie im Statut betont wird, ist die Demokratische Volkspartei eine Partei neuen Typs, die von der wissenschaftlichen revolutionären Theorie ausgeht.

Ein weiteres sehr wichtiges Dokument, das auf dem Plenum gebilligt und vom Revolutionsrat angenommen wurde, heißt „Grundprinzipien der Demokratischen Republik Afghanistan". Im Grunde ist es eine provisorische Verfassung des Landes. Das Dokument fixiert legislativ die Unumkehrbarkeit der vor sich gehenden positiven Prozesse und umreißt die Perspektive für den Vormarsch beim Aufbau der neuen Gesellschaft. Ferner legt es die Grundrechte und -pflichten der Bürger, die Funktionen der obersten und örtlichen Machtorgane, des Gerichts und der Staatsanwaltschaft fest.

Die „Grundprinzipien" schaffen Klarheit in vielen Fragen, die von der Revolution selbst hervorgebracht wurden oder unter dem Einfluß der feindseligen imperialistischen Propaganda auftauchten. Beispielsweise: Welche Zukunft hat ein Kleinhändler, der von früh bis spät in seinem Kramladen (Zahnbürsten, Schuhkrem, Transistorbatterien, Gewürze u. ä.) hockt? Allein in Kabul beträgt ihre Zahl Zehntausende, im ganzen Land etwa eine Million. Unter ihnen gibt es prosperierende Kaufleute, daneben aber auch Menschen mit sehr bescheidenem Einkommen. Insgesamt ist das ein wichtiger Wirtschaftssektor, und der Staat kann heute, wie man eingesehen hat, ohne ihn nicht auskommen.

Dabei gab es um die Frage, was aus dem Privatunternehmer und Kaufmann wird, bis zuletzt nicht wenig Gerüchte, z. B.: Der Privatsektor werde demnächst nationalisiert, alle Waren würden beschlagnahmt und die Ladenbesitzer an den Bettelstab gebracht.

Nun ist Schluß mit all diesen Lügenmärchen. Die „Grundprinzipien" erkennen das Bestehen verschiedener Eigentumsformen im Lande an und verpflichten die Regierung, all diese Formen zu bewahren und zu verteidigen. Die Entwicklung der Wirtschaft und der Produktivkräfte soll in einer planmäßigen, dynamischen Zusammenarbeit zwischen staatlichem, gemischtem und privatem Sektor erfolgen. Der staatliche Sektor erfaßt hauptsächlich die Produktion von Produktionsmitteln, die Energiewirtschaft und das Verkehrswesen. Der Privatsektor kümmert sich nach wie vor um die traditionellen Gewerbeartikel, die Dienstleistungssphäre, den mittleren und kleinen Handel. Der Staat verpflichtet sich, den Einzelhändlern Waren zu liefern. Wer von den Vertretern des Privatsektors sich am Bau von Industrieobjekten, Gaststätten, Dienstleistungsbetrieben bzw. an der Gründung von Transportgesellschaften beteiligen will, dem gewährt der Staat Kredite, Steuervergünstigungen sowie Rechtsschutz.

Die Frage aller Fragen ist die Religion. Für ein Land, wo sich die überwiegende Bevölkerungsmehrheit zum Islam bekennt, ist es äußerst wichtig, wie die Volksmacht zu den religiösen Traditionen und Überzeugungen steht. Die zutiefst demokratische Aprilrevolution schmälert in keiner Weise die Interessen der Moslems in Afghanistan. Ihr Hauptziel, jedem Mitglied der Gesellschaft ein würdiges und glückliches Leben zu gewährleisten, stimmt mit den Prinzipien des Islam überein. Doch wurden zu Beginn der Revolution Zuspitzungen in der Einstellung zu Geistlichen zugelassen, einige Mollas und Ulemas (Koran- und Moslemrechtsgelehrte) unbegründeterweise schikaniert und verfolgt. Dabei sind die Geistlichen in einem Land, dessen Bevölkerung, besonders im Dorf, fast 100prozentig aus Analphabeten besteht, gegenüber den Organen der Volksmacht beim Formen der öffentlichen Meinung offensichtlich im

Vorteil. Hinzu kommt, daß die westliche Wühlpropaganda das Thema Islam ausschlachtet. Glaubensfanatiker werden ins Land eingeschleust. All das hinterließ natürlich seine Spuren, und aufkommende Fragen mußten beantwortet werden.

Das ist jetzt geschehen. Art. 5 der „Grundprinzipien" lautet: „In der DRA werden die Achtung und der Schutz der geheiligten Religion des Islam garantiert. Allen Moslems wird die volle Freiheit der Ausübung der Islam-Kulthandlungen garantiert und gesichert." Eine ebensolche Freiheit ist auch den Anhängern anderer Glaubensbekenntnisse garantiert.

Die Volksmacht schafft eine günstige Atmosphäre für die patriotische Tätigkeit der Geistlichen und Ulemas; diese können ihren Obliegenheiten nachgehen. Da aber die imperialistische Agentur unter der Flagge des Islam immer wieder versucht, die Moslems irrezuführen und gegen die Ideale der Revolution aufzubringen, wird in den „Grundprinzipien" die Entschlossenheit des Staates betont, nicht zuzulassen, daß die Religion ein Instrument der volksfeindlichen Propaganda wird.

Die absolut eindeutig formulierte Einstellung der Volksmacht zu den religiösen Bräuchen und Traditionen der afghanischen Moslems wird bestimmt denjenigen den Boden entziehen, die Islam und Aprilrevolution gegeneinander ausspielen wollen.

Die „Grundprinzipien" formulieren die Position der Partei und des afghanischen Staates zu vielen weiteren überaus wichtigen Problemen. So wird darin die wahre Gleichberechtigung aller großen und kleinen Völkerschaften und Stämme garantiert. Ihnen werden gleiche Möglichkeiten für die Entwicklung von Sprache, Traditionen, Literatur und eigenständiger Kultur gewährleistet. Verboten ist die Diskriminierung nach dem Merkmal der nationalen Zugehörigkeit, der Sprache, der Rasse oder des Stammes bei der Einstellung sowie bei der Entlohnung bzw. Rentenberechnung.

Die Volksmacht respektiert die zahlreichen Puschtustämme in den südlichen und südöstlichen Gebieten Afghanistans; gemeinsam mit den anderen Völkerschaften und Stämmen haben sie sich in den drei britisch-afghanischen Kriegen mehrfach ausgezeichnet. Die Regierung der Republik achtet die Traditionen und Sitten der Puschtu und wird die Beziehungen zu ihnen auch künftig auf Vertrauen, Frieden und Zusammenarbeit aufbauen.

Die „Kabul New Times" stellte in einem redaktionellen Artikel fest, daß die „Grundprinzipien" den allgemeingültigen Völkerrechtsnormen und der Deklaration der Menschenrechte der UNO entsprechen. Die Landesbevölkerung habe, betonte das Blatt, die Möglichkeit erhalten, alle Bürgerfreiheiten zu genießen und werde verpflichtet, unmittelbar an der Entwicklung der Heimat, an der Errichtung der neuen Gesellschaft teilzunehmen.

Für viele Bewohner des Landes, in dem im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zum Teil noch feudale und sogar vorfeudale Zustände herrschten, ist es nicht so leicht, eine solche Pflicht zu verstehen. Dazu ist eine Umkrempelung der jahrhundertealten Mentalität vonnöten, dazu gilt es, die Ignoranz und Abkapselung zu überwinden.

Im vorrevolutionären Afghanistan war die Arbeiterklasse erst im Entstehen begriffen. Eine feste Gewohnheit zur kollektiven Arbeit gab es praktisch nicht. Um so erstaunlicher ist die Begeisterung, mit der jeder afghanische Werktätige der Aufforderung Folge leistet, zur allgemeinen Sache beizusteuern.

Hier konkrete Beispiele. Die Arbeiter des Wohnungsbaukombinats Kabul leisten seit Anfang d. J. um 50% mehr als geplant. Die Bauern, die im vorigen Herbst so verunsichert waren, daß sie nicht einmal die Wintersaat vornahmen, holen heute das Versäumte eifrig nach. Freiwillige Arbeitseinsätze sind nun eine Massenerscheinung, was im alten Afghanistan undenkbar gewesen wäre.

Das kulturelle Leben der Republik hat sich merklich aktiviert.

Viele Probleme der afghanischen Wirklichkeit harren noch ihrer Lösung. Die Last der Vergangenheit ist schwer. Doch stark ist auch der Wunsch der Revolution, sich von dieser Last zu befreien. Selbstverständlich wäre der Vormarsch größer, müßten die Afghanen nicht die Aggression zurückweisen.

Die Demokratische Volkspartei und die Regierung der DRA bekunden mit revolutionärer Entschlossenheit ihren festen Willen, gegen den Feind bis zum Sieg zu kämpfen. Diese Entschlossenheit der afghanischen Patrioten findet Verständnis und Unterstützung bei ihren wahren Freunden, vor allem in der UdSSR. Ihrer internationalistischen Pflicht getreu, wird sie dem befreundeten afghanischen Volk auch künftig allseitig helfen.

Kabul, im April

Rote Fahnen und Kampflosungen überfluten die Straßen japanischer Städte. Die traditionelle Frühjahrsoffensive des Proletariats ist in vollem Gange.

Fast 9 Millionen Arbeiter und Angestellte, die die führenden Verbände des Landes vertreten, gehören dem Vereinigten Ausschuß für die Frühjahrsoffensive 1980 an.

Zu der Kundgebung im Tokioter Yoyogi-Park, mit der die diesjährige Frühjahrsoffensive eingeleitet wurde, stellten sich 150 000 ein. Dort wurden entschieden die Hauptforderungen der Arbeiter unterstützt: höhere Löhne und Sozialaufwendungen, Eindämmen der Inflation und Teuerung. Die politischen Losungen der Frühjahrsoffensive sind gewichtig wie immer: Annullierung des japanisch-amerikanischen „Sicherheitsvertrages", Zurückweisung der Pläne für die Militarisierung des Landes und für die Erhöhung der Militärausgaben, Kampf gegen die volksfeindliche Politik der konservativen Regierung.

Aus: „Akahata"



STABIL, NUTZBRINGEND, AUSSICHTSREICH

Am 8. Mai vor 20 Jahren nahmen die Sowjetunion und Kuba diplomatische Beziehungen zueinander auf. NZ-Korrespondentin Irina Chusemi sprach mit W. Bondartschuk, verantwortlicher Sekretär der sowjetischen Seite in der sowjetisch-kubanischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, über Stand und Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und der Republik Kuba.

Die westliche Propaganda versucht hartnäckig, die sowjetisch-kubanischen Beziehungen zu entstellen. Sie behauptet sogar, wir wollten mit unserer Politik Kuba unterdrücken. Ich glaube, wir sollten diese Verleumdungen nicht einfach überhören. Sie werden in der bürgerlichen Presse absichtlich verbreitet, um die Menschen irrezuführen.

Zunächst sei gesagt, daß der proletarische Internationalismus, auf den sich die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern gründen, jeden einseitigen Vorteil oder ökonomische Abhängigkeit ausschließt. Dieser Grundsatz gilt auch für die sowjetisch-kubanischen Beziehungen unverrückbar. Aber das Volumen unserer gegenseitigen Warenlieferungen war nicht immer ausgewogen, denn Kuba hatte, besonders im ersten Jahrzehnt, infolge der USA-Blockade, wegen der Stärkung seiner Verteidigungsbereitschaft und der beträchtlichen Aufwendungen für die Beseitigung des sozialen Erbes, des Analphabetentums und der wirtschaftlichen Rückständigkeit, große wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden.

So konnte Kuba der Sowjetunion nicht so viel Waren liefern, daß der Warenaustausch ausgewogen war. Um aber das kubanische Volk in jeder Weise zu unterstützen, lieferte die Sowjetunion unvermindert Erdöl, Erdölprodukte, Schnittholz, Getreide, Maschinen und Anlagen, Waren also, die für die kubanische Wirtschaft lebenswichtig waren.

1972 vereinbarten führende sowjetische und kubanische Persönlichkeiten, daß Kuba seine Schulden ab 1986 im Verlaufe von 25 Jahren zinsfrei mit Warenlieferungen tilgt.

Gleichzeitig wurde vertraglich festgelegt, daß die Sowjetunion für Rohzucker und Nickelkobaltkonzentrat höhere als die Weltmarktpreise zahlt. Kuba hat für Aufbau und Modernisierung von Industrie-, Verkehrs- und anderen Objekten 300 Mio Rubel Kredit zu besonders günstigen Bedingungen erhalten.

Beim Besuch L. I. Breshnews im Januar/Februar 1974 in Havanna wurden die Generalrichtungen für die Zusammenarbeit 1975—1980 und danach vereinbart.

Im Februar und April 1976 schlossen unsere Länder ein Handelsabkommen und ein Abkommen über Wirtschaftshilfe für Kuba. Sie haben bewirkt, daß der bilanzierte Außenhandelsumsatz zwischen unseren Ländern 1980 mit gut 4 Md. Rubel 25mal so groß sein wird wie 1960. Großen Anteil am Handel haben komplette sowjetische Ausrüstungen für Bau und Modernisierung kubanischer Kraftwerke, Zucker- und Maschinenfabriken, Eisenbahnen, Energieübertragungsleitungen u. a.

Das beweist doch wohl überzeugend, daß in den 20 Jahren in unseren Beziehungen die gegenseitigen Interessen gewahrt wurden, Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und Streben nach einseitigem Vorteil fehlten. Die auf der Insel der Freiheit mit sowjetischer Unterstützung errichteten Betriebe sind ausnahmslos Eigentum des kubanischen Volkes, werden von Kubanern geleitet und die Erzeugnisse für die Entwicklung der kubanischen Wirtschaft genutzt.

Die sowjetisch-kubanischen Wirtschaftsbeziehungen dienen, wie die zwischen den sozialistischen Ländern überhaupt, dem gegenseitigen Vorteil. Welchen Nutzen zieht die Sowjetunion aus der Zusammenarbeit mit Kuba?

Der gegenseitige Vorteil ist nicht nur kaufmännisch zu sehen. Unsere Zusammenarbeit stärkt die Positionen des Weltsozialismus und fördert den Ausbau der materiell-technischen Basis des revolutionären Kuba.

Natürlich hat auch die Sowjetunion davon einen materiellen Nutzen. So helfen die sowjetischen Kredite Kuba, die Zuckerindustrie zu modernisieren. Mehr Zucker wird produziert, und Kuba kann uns mehr Rohzucker liefern. Dadurch kann der Bedarf der Sowjetmenschen immer besser gedeckt werden. 1960 erhielt die Sowjetunion 700 000 t kubanischen Rohzucker, 1979 wurden fast 4 Mio Tonnen in sowjetischen Häfen gelöscht.

Natürlich konnte die praktisch völlige Umstellung der kubanischen Außenhandelsbeziehungen nach der Revolution nicht ganz reibungslos verlaufen. Was gab es für Schwierigkeiten, und was wurde dagegen unternommen?

Diese Schwierigkeiten hatten objektive Ursachen. In der ersten Zeit wurden z. B. die Wirtschaftsbeziehungen nicht richtig gesteuert. Die sowjetische Industrie baute die meisten Maschinen, Mechanismen und Anlagen nach ganz anderen Standards als in Kuba gebräuchlich sind.

Es versteht sich, daß diese Probleme nicht im Handumdrehen gelöst werden konnten. Die Einführung sozialistischer Planung und der Aufbau von Außenwirtschaftsreglements erleichterten Kuba die Erschließung neuer Märkte, auch des sowjetischen. Die sowjetische Industrie wiederum baute nunmehr die wichtigsten Maschinen und Anlagen nach kubanischen Standards.

Eine der größten Schwierigkeiten ist die große Entfernung zwischen Kuba und den anderen sozialistischen Ländern. Die Häfen mußten wesentlich erweitert, die Rohstoffvorräte für die Produktion vergrößert werden, mehr Transportmittel, vor allem Handelsschiffe, wurden gebraucht. Heute kann man sagen, diese Schwierigkeiten sind beseitigt. Trotz der großen Entfernung wird Kuba ununterbrochen mit sowjetischem Erdöl, Erdölprodukten und anderen lebenswichtigen Waren versorgt.

Viele Probleme bringt die zügige Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit sich. Im vorigen Jahr lieferten wir Kuba z. B. für 270 Mio Rubel die kompletten

Anlagen für den Bau von Produktionsobjekten. Natürlich steigen die Transportkosten erheblich, wenn große und schwere Güter in den Hafen von Havanna und dann auf die Baustellen in verschiedenen Landesteilen befördert werden müssen. Um sie zu verringern, haben die sowjetischen und die kubanischen Seeleute spezielle Frachtrouten direkt in die Häfen nahe den Baustellen eingerichtet. So kommen praktisch alle Ausrüstungen und Baustoffe für die in Kuba mit der Hilfe der Sowjetunion und anderer RGW-Länder entstehenden Nickelfabriken direkt in Moa an.

Ich möchte hervorheben, daß in den sowjetisch-kubanischen Wirtschaftsbeziehungen alle Schwierigkeiten effektiv und zum beiderseitigen Vorteil gelöst werden.

Vor der Revolution war Kubas Wirtschaft bekanntlich praktisch ganz und gar vom Zucker abhängig. Wie hat das Land diese Einseitigkeit überwunden und welchen Anteil hatte die Sowjetunion daran?

Die zunehmenden Rohzuckerlieferungen in die Sowjetunion zu garantierten Preisen, die wesentlich über den Weltmarktpreisen liegen, geben der Zuckerproduktion größere Bedeutung für Kubas Wirtschaft. Die sowjetischen Importe lassen die kubanischen Exportressourcen stabil wachsen und ermöglichen es, mehr Waren zu importieren, die für die Entwicklung der Volkswirtschaft gebraucht werden.

Mit Unterstützung der Sowjetunion sind leistungsfähige Maschinenbaubetriebe für Anlagen und Ersatzteile für die Zuckerindustrie, ein Werk für Zuckerrohrerntemaschinen mit einer Jahreskapazität von 600 Maschinen, Werke für chemische Düngemittel, Hüttenwerke u. a. entstanden.

Die Sowjetunion hilft, Betriebe der Nickelindustrie zu modernisieren und zu bauen. Dadurch kann Kuba in den nächsten Jahren den Export von Nickelkobaltkonzentrat mehr als verdoppeln.

Natürlich ist es nicht leicht, die Wirtschaft umzustellen, wenn Brennstoffen, Energie und anderen Ressourcen Grenzen gesetzt sind. Das Volk muß viel leisten, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder müssen unterstützen.

Zwischen 1981 und 1985 wird die Sowjetunion ein Kernkraftwerk für 880 MW, ein Hüttenwerk für 1,3 Mio t Stahl jährlich bauen, die Modernisierung der Eisenbahnlinie Havanna—Santiago de Cuba beenden, die Zuckerindustrie weiter entwickeln, u. a. 23 Zuckerfabriken modernisieren und 11 bauen, und andere wichtige Objekte errichten helfen. Unsere Zusammenarbeit ist jetzt schon so umfangreich, daß wir es bei der Koordinierung der Fünfjahrpläne nicht bewenden lassen können. Auf lange Sicht müssen Prognosen gestellt und die Entwicklungsrichtungen bestimmt werden. Deshalb sind die Planungsorgane unserer Länder übereingekommen, einen Generalplan für die Entwicklung der kubanischen Wirtschaft bis zum Jahr 2000 aufzustellen, der Spezialisierung, Kooperation und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion berücksichtigt.

Soviel steht fest: Die brüderliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern wird es dem kubanischen Volk wesentlich erleichtern, die Aufgaben zu lösen, die ihm seine Kommunistische Partei gestellt hat. ■

GEGEN AUSBEUTUNG IN JEDER FORM

Vom 22. bis 25. April fand in Belgrad eine Weltgewerkschaftskonferenz zu Entwicklungsfragen statt. Gewerkschaftsdelegationen aus aller Welt nahmen daran teil. Unter verschiedenen Vorwänden waren aus den USA und einigen westeuropäischen Ländern, den Staaten also, die für koloniale Ausbeutung, Armut und Rückständigkeit der Entwicklungsländer am meisten verantwortlich sind, keine Vertreter gekommen. Damit haben sich gewisse westliche Gewerkschaftsfunktionäre ihren Regierungen angepaßt.

Großes Interesse fand der Beitrag des Sekretärs der Sowjetgewerkschaften, Pjotr Pimenow. Mit Hilfe der UdSSR wurden bzw. werden in Entwicklungländern über 1100 volkswirtschaftliche Objekte gebaut, darunter gut 500 Industriebetriebe, sagte er.

Zunehmende Bedrohung für nationale Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit der Entwicklungsländer geht von den Multis, dem Stoßtrupp des heutigen Neokolonialismus, aus, fuhr er fort. Sie sabotieren die Pläne für die nationale Entwicklung, schaden dem staatlichen Sektor und behindern die Arbeitsplatzbeschaffung, die Entwicklung des nationalen Bildungssystems und den Schutz der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten.

Jugoslawiens Regierungschef Veselin Djuranović äußerte sich über die derzeitige Zuspitzung der internationalen Lage höchst besorgt. Er nannte die ausstehende Lösung der brennenden Probleme der Entwicklungsländer eine Ursache für die Spannung.

Jan Pawlak sprach für die polnischen Gewerkschaften. Die Werktätigen dürften nicht zulassen, daß über die neue Weltwirtschaftsordnung ausschließlich die Multis und die Finanzoligarchie befinden, sagte er.

Wie ein ehemals unterdrücktes Land aus der Rückständigkeit herausfindet, berichtete der Vertreter Vietnams. Trotz der Aggression des US-Imperialismus und der chinesischen Intervention habe sich das heldenhafte vietnamesische Volk grundlegende Veränderungen erkämpft.

Die Deklaration der Konferenz nennt den Standpunkt der Weltgewerkschaftsbewegung zu aktuellen Gegenwartsfragen. Beseitigung der Überreste des Kolonialismus, der imperialistischen Herrschaft, aller Formen von Ausbeutung und Diskriminierung werden zur Aufgabe gemacht. Das Recht aller Völker auf Unabhängigkeit, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung, wirkliches Verfügungsrecht über ihre Naturreichtümer und ihre Wirtschaft müssen respektiert werden. Entschieden sprachen sich die Konferenzteilnehmer für die Festigung der friedlichen Koexistenz, die Vertiefung der Entspannung und die Einstellung des Wettrüstens aus.

W. GAWILEWSKI
Eigenbericht

Belgrad, im April

NOCH EIN KENNER

Nach dem Erscheinen seiner Broschüre „Die Italiener" gilt ihr Autor, der Journalist Luigi Barzini, als Kenner der italienischen Seele. Kürzlich unternahm er in einem neuen Essay im „Corriere della Sera" den Versuch, auch die rätselhafte „russische Seele" zu ergründen.

Barzini rührte im Kaffeesatz, studierte die „Richtungen" der sowjetischen „Expansion" und erinnerte sich an den Geschichtsunterricht in seiner Penne. Dann stellte er sich die Frage: Warum greifen die Russen eigentlich nicht Westeuropa an? Besonders jetzt, da Europa ihnen wie ein reifer Apfel zu Füßen fallen würde?

Nach Meinung des Maestros gibt es dafür mehrere Gründe.

Einer von ihnen sei der russische Charakter. Jahrhundertelang sei Rußland von einem Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Westen gequält worden — weil der ja so gebildet sei, wegen seiner Mode, seines Geistes. Deshalb erkläre sich die forcierte sowjetische Rüstung nicht allein mit Invasionsplänen, sondern auch mit dem Wunsch, ebendiesen Komplex zu kompensieren.

Der intelligente Barzini, der Mitleid mit dem ach so ungebildeten Iwan hat, fährt fort:

„Ja, und was würde die Rote Armee erobern? Eine nutzlose Wüste radioaktiver Asche und phosphoreszierender Leichen..." Moskau aber brauche im Grunde „nur die Macht über ein unangerührtes Europa", wodurch die UdSSR dann die USA isolieren und sich selbst die Weltherrschaft sichern könne.

Es gibt laut Barzini noch einen anderen Grund — die tiefsitzende „Angst" der Russen, einen dritten Weltkrieg zu entfesseln. Bei den Russen ist die Erinnerung daran, welchen Preis sie in den letzten beiden Kriegen zahlen mußten, noch lebendig. Und der nächste Krieg kann der schrecklichste dieser drei Kriege werden."

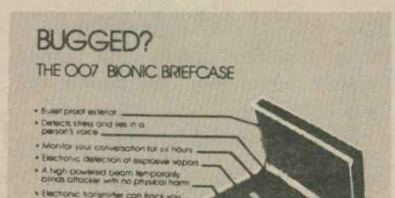
Doch das bedeute keineswegs, daß die Russen nun friedliebend sind. Im Gegenteil, behauptet der „Kenner der russischen Seele", haben sie sich stets durch Schlauheit, Vorsicht und Hinterlist ausgezeichnet. Ob nun derartige Argumente den Italienern helfen werden, Rußland ebenso zu „verstehen" wie Barzini?!

L. NIKOLAJEW



„Folgt mir", ruft Washin

FÜR GENTLEMEN



Das Foto macht nicht gleich deutlich, was sich in dem Diplomatenkoffer befindet. Wir haben es einer Anzeige der CCS Communication Control Inc. in der „International Herald Tribune" entnommen. Ein Diplomatenkoffer für alle Fälle des Lebens — ob nun in den USA oder auf den Britischen Inseln, wo die Firma ihre Filialen hat. Engländer und Amerikaner müssen ja ständig

wachs
abgehö
„We
CCS. D
ein 00
Bond).
wendig
oder
tragba
Tonrec
ein Ge
Explosi
einem
die Se
chanisn
schalte



„Warum hat man dich eingesperrt?" „Ich bin Läufer."



„Ist denn das ein Verbrechen?" „Ja, wenn man an der Olympiade teilnehmen will."

Aus „Globe and Mail" (Kanada)

„GEHEIMSACHE"

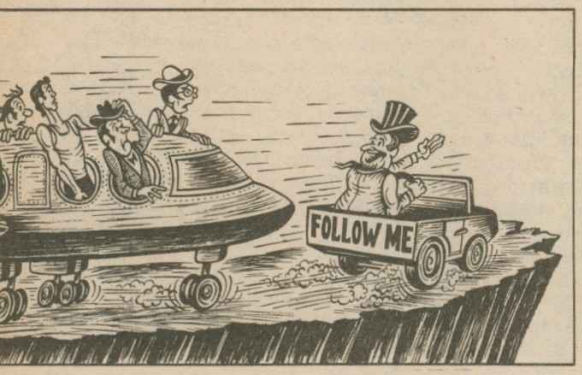
Die „freundschaftlichen" Beziehungen zwischen der chinesischen Führung und der chilenischen Junta sind für niemanden ein Geheimnis. Doch in Peking wie in Santiago möchte man die vielen konkreten Fakten der Zusammenarbeit geheimhalten. Das ist nicht gelungen.

Die Zeitung „Nhan Dan" veröffentlichte kürzlich Fotokopien von drei geheimgestempelten Dokumenten: erstens eine ausführliche Instruktion, die der Chef des Polizei- und Spionageamtes, General Mena, am 9. Januar 1978 von Pinochet erhielt. Der Juntachef konstatierte den „großen Nutzen" der Kontakte zwischen den Geheimdiensten Chiles und Chinas, besonders was „den Widerstand gegen die Wühltätigkeit des Weltkommunismus" angeht.

Zweitens eine Dienstanweisung von Ex-DINA-Chef General Contreras an den chilenischen Innenminister vom 18. März 1975. Der General bezeichnet die Kontakte zwischen dem chilenischen und dem chinesischen Geheimdienst als effektiv und lobt Peking dafür, daß es

Angaben übe
Emigranten
überläßt.

Doch das in
Dokument ist
Pinochets vo
bruar 1978 an
Juntamitglied,
Leigh. Der D
seinen Kolle
fenbar an der
keit" Pekings
von der Zu
der „chinesisc
de" zu über
nochet erinne
gerade die
Botschaft in S
Putschisten I
über die
Linksorganisati
vollständige
sten überlasse
verfolgt voll
den Werde
neuen Demok
humanen Staa
Chile. Es gibt



ne Verbündeten auf.

Zeichnung: W. Tschakiridis

— stets können sie
en.
e abgehört?" fragt
tet sich als Rettung
an (à la James
n gehören so not-
e wie Zahnbürste
ose, doch auch ein
ügendetektor, ein
nit 6 Std. Laufzeit,
Aufspürung von
n, ein Etwas, das
fer vorübergehend
eit nimmt, ein Me-
r eine Sirene ein-
jemand den Koffer
an sich reißen will. Ein eingebautes Lämpchen leuchtet auf, sobald eine „Wanze" entdeckt wird oder jemand insgeheim ein Gespräch mitschneiden will. Zudem ist der Koffer kugelsicher...

Doch mit dem 007-Koffer sind die Möglichkeiten der Firma noch nicht erschöpft. Bereitwillig schickt sie für 25 Dollar einen umfangreichen Katalog derartiger Waren, mit denen wohl die „Menschenrechte" geschützt werden sollen, für die man sich im Westen so stark macht.

G. VIKTOROW

sche
Chile
este
Brief
Fe-
eres
eral
ucht
of-
htig-
elte,
gkeit
eun-
Pi-
daß
sche
den
nen
chen
und
dsli-
China
thie
der
eines
in
rbe-
haltlos äußerst wichtige Unterstützung auf höchsten internationalen Foren. Die chinesische Regierung hat schnell die Barrieren für eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen beseitigt und seit 1975, als Chile eine internationale Blockade drohte, gewährt sie uns große Kredite." In seinem Brief berichtet Pinochet von einem geheimen Briefwechsel zwischen der chinesischen und der chilenischen Führung. „Deng Xiaoping informiert uns ständig über die wichtigsten Aktionen Pekings gegenüber den Ländern nicht nur Lateinamerikas, sondern auch Asiens und Afrikas. „Die strategische Linie der Politik der VR China", betont der Juntachef befriedigt, „deckt sich fast vollständig mit unseren politischen Zielen." Ferner führt Pinochet Beispiele dafür an, daß die Zusammenarbeit Santiago—Peking beiderseitig von Vorteil ist. Peking schlug vor, Chile bei der Forcierung seines Nuklearprogramms wissenschaftliche und technische Hilfe zu leisten. „Eine solche Zusammenarbeit wird zur Verstärkung unserer militärischen Macht beitragen. Wir verstehen sehr wohl, daß uns dieses große und starke Land offen die Hand zu Freundschaft und Zusammenarbeit bietet", schreibt Pinochet gerührt.

„Bund der Ehrlosen" — so bezeichnete ein politischer Flüchtling aus Chile die sich ausweitende Zusammenarbeit Santiago—Peking.

V. CHREKOW

Hanoi

ENDE EINES UNIKUMS



Die hier abgebildete Briefmarke ist einmalig in der Geschichte der Philatelie: Sie zeigt die Symbole der staatlichen Souveränität zugleich von zwei Ländern. Exotische Palmen und andere lokale Motive werden von Medaillons mit den Initialen der Französischen Republik sowie von dem Wappen Großbritanniens und dem Monogramm des britischen Monarchen flankiert.

Wie erklärt sich dieses Paradoxon? Vor uns liegt ein Postwertzeichen der Neuen Hebriden. Diese Inselgruppe ist bislang noch ein Kondominium Großbritanniens und Frankreichs — und zwar seit 1906.

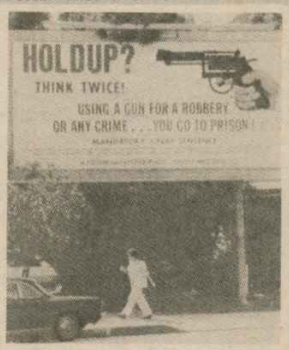
Als die Kolonialmächte die Erde unter sich aufteilten, beschlossen sie, die Neuen Hebriden zu ihrem gemeinsamen Besitz zu erklären. Und deshalb erscheinen die Briefmarken dieser Kolonie im Namen Großbritanniens und Frankreichs.

Doch mit dieser philatelistischen Rarität wird es ebenso wie mit dem kolonialen Status der Inselgruppe bald zu Ende sein, wenn die Unabhängigkeit der Neuen Hebriden proklamiert wird. Und das wird außer einigen passionierten Philatelisten wohl kaum jemandem weh tun.

A. TSCHLENOW

KULTUR DER ARMUT

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in den USA bei 19,3% — doch bei den schwarzen US-Bürgern ist sie mit 38,8% doppelt so hoch. Das sind die Ergebnisse einer kürzlichen Untersuchung des US-Arbeitsministeriums. Die Verfasser des Reports geben dem veralteten Schulsystem die alleinige Schuld. Die Schule, sagen sie, gibt den jungen Leuten keinen Beruf, vermittelt ihnen keine Arbeitsfertigkeiten. Viele, die im Lernen keinen praktischen Nutzen sehen, verlassen die Schule vorzeitig, können dann keine Arbeit finden und werden kriminell. So entstehe in den USA eine „ständige Unterklasse der Entrechteten, eine sich selbst reproduzierende Kultur der Armut".



Aus „Economist" (Großbritannien)

Doch hat etwa nur der amerikanische Bildungsnotstand diese Kultur der Armut geschaffen? US-Pressemeldungen zufolge sind die jungen Leute jetzt bereit, jede Arbeit selbst zu niedrigsten Löhnen anzunehmen. Angesichts der heraufziehenden Krise können selbst hochqualifizierte Fachleute oft keine Stellung finden.

Statt der jungen Generation Berufsbildung zu vermitteln und einen Arbeitsplatz zu geben, „finanzieren" die Behörden lieber den Kampf gegen die Kriminalität ... und das durch billige Hinweisschilder.

„Denkt zweimal nach, bevor Ihr einen Raubüberfall macht!" lautet dieses Schild im Bundesstaat Kalifornien. „Für einen Raubüberfall oder für ein anderes Verbrechen kommt Ihr ins Gefängnis!"

P. ANDREJEW

DIE SCHÄTZE VON NUKUS

Táňa HÁJKOVÁ, Jelena KNORRE

Als wir nach Karakalpakien reisen wollten, wunderten sich viele unserer Bekannten: „Was gibt es da schon zu sehen? Nichts als Schafe, Sand und Salz, bestenfalls die Kästen von Standardhäusern. Fahren Sie doch lieber nach Samarkand oder Buchara mit ihrer orientalischen Romantik und ihren uralten Schätzen!"

Uns aber ging es dieses Mal nicht um orientalische Romantik. Wir wollten sehen und zu schildern versuchen, was der Sozialismus den einst rückständigsten und armseligsten Außengebieten des Russischen Reiches gebracht hat.

Das Gesetz der Wüste

Nukus, die Hauptstadt der Karakalpakischen Autonomen Sowjetrepublik, liegt in der Kysylkum-Wüste, erwies sich aber als eine hübsche, von Bäumen beschattete und so unwahrscheinlich proppere Stadt, daß der Wind auf dem Pflaster nichts findet, womit er spielen könnte, und sich mit Spritzern der kleinen Springbrunnen begnügen muß, die Plätze und Straßenkreuzungen zieren. In der Wüste sind Reinlichkeit und Anpflanzungen besonders wichtig, und um zu überleben, muß man sich strikt an die Gesetze halten, die von vielen Generationen geprägt worden sind. Das wichtigste verlangt Gemeinschaftssinn. Der Einzelgänger kommt um. Wahrscheinlich haben die Karakalpaken eben dank dieser gegenseitigen Hilfe viel Unheil und Entbehrungen überstehen, die Unterdrücker abschütteln und Überfälle von Feinden abschlagen können.

Die Große Oktoberrevolution und der Beistand der Brudervölker hat diesem schwergeprüften Volk den Aufbau eines neuen Lebens ermöglicht. Die Wandlungen, die der Sozialismus mit sich brachte, waren nicht nur radikal, sondern — am geschichtlichen Maßstab gemessen — ganz rapide. Vor noch nicht langer Zeit standen, wo jetzt Nukus ist, Filzzelte und feuchte Lehmhütten ohne Fenster und Öfen und mit ungedielten Fußböden. In den kalten Nächten und grimmigen Wintern der Wüste wärmte man sich an Feuern, die auf dem bloßen Fußboden angezündet wurden. Der Rauch biß in die Augen, fast alle litten an Trachom. Tuberkulose und Malaria forderten zahlreiche Opfer.

„Ich habe kein einziges auch nur halbwegs gesundes Gesicht, keinen einzigen Körper gesehen, der nicht ausgemergelt gewesen wäre", schrieb der fortschrittliche russische Forscher, Maler und Schriftsteller Nikolai Karasin 1875 über die Karakalpaken. Nach einer Wirtschaftsstatistik von 1912/13 waren „90% der Bauernwirtschaften winzig, und 75% der Bauern konnten sich vom Ertrag ihrer Parzellen nicht ernähren". Wie denn auch anders? An landwirtschaftlichen Geräten gab es ja nur hölzerne Hakenpflüge mit Eisenzinken, schwere Bretter statt Eggen sowie Spaten, und auch die hatten nicht alle. Die Statthalter des Zaren kümmerten sich nicht darum, wie die Bauern mit ihrer größten Sorge fertig wurden, den Boden zu bewässern. Wasserwirtschaftliche Anlagen wurden nicht gebaut. Wasser für die Felder wurde mit Wasserrädern gewonnen, die Kamele oder Stiere in Bewegung setzten. Im Spätherbst und Vorfrühling mußte von jedem Wohnzelt eine Person Zwangsarbeit beim Reinigen der Wassergräben von Schlamm und Schmutz leisten. Es war jedes Mal wie ein Abschied fürs Leben, denn die Aufgebotenen bekamen nichts, sie mußten zu Fuß manchmal 250—300 km auf aufgeweichten Pfaden zur Arbeitsstelle gehen, trotz der Witterungslaunen im Freien leben, und das in Schwerarbeit gewonnene kostbare Wasser floß in erster Linie auf die Felder der reichen Beis.

Im Jahre 1913 machten alle Grundfonds der handwerklich betriebenen Fabriken und Werkstätten zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe in Karakalpakien nur 183 000 Rubel und die Leistungen aller mechanischen Triebwerke nicht mehr als 160 PS aus. Heute kommen auf jeden Beschäftigten in der Republik fast 14 PS, und die Kolchose und Sowchose haben einen jährlichen Reingewinn von 300 Mio Rubel.

Wir waren in vielen modernen Betrieben. Besonders stark war unser Eindruck von den hochleistungsfähigen Pumpwerken, dank denen die Wasserkollektoren und Verteilungsanlagen reibungslos funktionieren. Das ist ein überzeugender Beweis dafür, wie befolgt worden ist, was Lenin 1921 schrieb: „Die Bewässerung ist dringender als alles andere und wird mehr als alles andere das Gebiet umgestalten, es aufleben lassen, die Vergangenheit begraben und den Übergang zum Sozialismus festigen."

„Im Durchschnitt kommen jetzt 25 m Bewässerungsanlagen auf jeden Hektar. Der Nutzeffekt der Bewässerung konnte in den letzten Jahren von 30—40 auf 80—81% des verwendeten Wassers erhöht werden", sagte uns Kaipbergen Jussupow, der Sekretär des karakalpakischen Gebietskomitees der KP Usbekistans. „Hier verdunstet an Feuchtigkeit das 15- bis 16fache der Niederschlagsmenge. Dabei bleiben im Boden Salze zurück. Bewässern müssen wir, aber dazu gehört besondere Erfahrung und wissenschaftliche Kenntnis. Sonst löst das Wasser nämlich diese Salze wieder auf, und der Boden wird unfruchtbar. Wenn wir uns an diese Regeln halten, lohnt uns das der Boden hier hundertfach. Noch 1964 waren 18 von den 37 Kolchosen der Republik wirtschaftlich schwach. Der Baumwollertrag war nie höher als 15 dt vom Hektar. In den 70er Jahren waren es schon 30 dt. Der Ertrag an Reis und Gemüse ist auf das 5fache, der an Melonen, Kürbissen usw. auf das 2,5fache angewachsen."



Der Hirt Sarsengalijew

Davon haben wir uns in der 1968 gebildeten Vereinigten Sowchose „Kommunismus" im Bezirk Nukus selbst überzeugt. Da wird Reis und beste Feinfaserbaumwolle gepflanzt. Der Direktor Reimbai Shapakow führte uns durch grüne Gärten, wo wir uns andauernd bücken mußten, weil sich die Äste unter der Last der Früchte bogen.

„Es ist kaum zu glauben, daß wir mitten in der Wüste sind. Das ist ja das reinste Paradies!"

„Dabei haben wir das alles auf Sand gepflanzt", sagt Shapakow.

Vielfarbiges Vlies

Schwarze und farbige Persianerfelle aus Karakalpakien gelten als die besten der Welt.

Die Sowchose „40 Jahre Karakalpakische ASSR" hält 61 000 Karakulschafe.

Kusbergen Jesnasarow, der viel davon versteht, sagte uns: „Im Jahre 1979 übernahmen die Hirten der Sowchose die Verpflichtung, von je 100 Muttertieren 126 Lämmer zu erzielen. Sie haben sogar je 130 aufgezogen."

Eine Karakulschafsowchose zu leiten, ist gar nicht so einfach. Man kann die Schafe nur weit weg von Behausungen und Gewässern, im Innern der Wüste weiden lassen. Durch die Kysylkum ziehen 87 Herden. Und was machen inzwischen die Frauen und Kinder der Hirten? In den Sommerferien sind die Kinder bei den Eltern und helfen, so gut sie können. Die Ferien dauern aber wie überall im Land nur 2—3 Monate, der Sommer in der Wüste dagegen 3,5mal so lange. Die Sowchose muß also gute Internate mit tüchtigen Lehrkräften und Erziehern haben.

Der 52jährige Hirt Samin Sarsengalijew hat sieben Kinder. Ein Sohn erwartete uns an der Chaussee, um uns zwischen Sicheldünen hindurch zum Wohnzelt zu führen. Die jüngeren Geschwister weideten eine Kamelkuh mit Kälbern. Die Familie hat immer frische Kamelmilch und die sehr gesunde Sauermilch. Sie hat zwar einen Moskwitschwagen und kann auch einen Wagen der Sowchose benutzen, aber ohne Kamel als Verkehrsmittel geht es in der Wüste nicht. Nur das Wüstenschiff kommt überall durch und fürchtet auch Sandstürme nicht.

Von den beiden Zelten der Familie ist eins für die Wirtschaft und das andere zum Wohnen da. Die Wände sind ganz mit Teppichen und handgewebten Decken behängt. Die Karakalpakinnen sind für guten Geschmack bei Farbzusammenstellungen und der Wahl von Webarten bekannt. Eine kleine Kraftmaschine gibt Strom, so daß der hier unentbehrliche Kühlschrank funktioniert. Ein elektrischer Herd ist da. Wasser kommt in Zisternen aus dem Hauptanwesen. Das Fernsehgerät funktioniert tadellos. Und doch! Es ist schwer ohne den Verkehr mit anderen Leuten, ohne Theater und Kino. Die Jugend verzichtet lieber auf das hohe Gehalt von 400—500 Rubeln und allerlei Vergünstigungen, als den Hirtenberuf zu ergreifen, und den Hirten kann keine Maschine ersetzen.

„Früher hätte es keiner geglaubt, daß jemand solchen Lohn und solche Vergünstigungen nicht will", sagt Jussupow. „Aber verstehen kann man es. Die Leute wollen die Vorzüge der Kultur und Zivilisation eben nicht entbehren. Bedenken Sie doch! Vor der Sowjetmacht konnten von 1000 Karakalpaken nur zwei oder drei lesen und schreiben. Von den 118 Kindern, die vor 1917 die städtische Schule in der ehemaligen Hauptstadt Turtkul absolvierten, gehörten nur 17 den hiesigen Völkerschaften an und waren obendrein nur Kinder von Beis und Beamten. Jetzt haben von je 1000 Bewohnern der Republik 600 Hoch- oder Mittelschulbildung. Die pädagogische Hochschule in Nukus hat 5000 Studenten. Zur karakalpakischen Zweigstelle der AdW Usbekistans gehören ein naturwissenschaftliches Komplexinstitut sowie ein Institut für Geschichte, Sprache und Literatur. Forschungszentren des Landes helfen ihnen ständig. Eine karakalpakische Literatur und Kunst wird geschaffen, es gibt begabte Dichter, Prosaiker, Schauspieler, Regisseure und Maler. Überall bauen wir Bibliotheken, Kinos, Klubs und Kulturpaläste. Natürlich wollen alle etwas davon haben. Vielleicht stellen wir Hirtenbrigaden auf, die einander ablösen werden. Wir werden sie wie Geologen und Erdölarbeiter zur Arbeitsstelle und zurück befördern.

Wir werden zusammen schon einen Ausweg finden", fügt er lächelnd hinzu und sagt unvermittelt: „Kommen Sie, ich fahre Sie zu unserem Museum der Künste. Das müssen Sie gesehen haben, sonst würde es ihnen ewig leid tun, daß ihnen das entgangen ist."

Persianerfelle werden sortiert

Fotos: J. Knorre



Gehütete Schätze

Hier am Unterlauf des Amudarja, wo es vor noch nicht langer Zeit nicht einmal Lesefibeln gab, besteht ein wunderbares Kunstmuseum. Schon seinetwegen lohnt die Reise nach Nukus. Und viele machen die über 1000 km weite Reise aus Moskau, Leningrad, Alma-Ata und Kiew, von den Bewohnern der Republik ganz zu schweigen.

Schon die Entstehungsgeschichte des Museums ist charakteristisch dafür, was man die sowjetische Lebensweise zu nennen pflegt.

Aus Moskau kam 1950 mit einer ethnographischen Choresm-Expedition der Kunsthistoriker und Maler Igor Sawizki in diese Gegend. Er bewunderte das originelle Kunstgewerbe, das noch kaum erforscht war. Er sammelte Stickereien, Webarbeiten und Schmuck. Zehn Jahre später kam der Gedanke auf, ein Museum zu gründen. Er fand wärmste Unterstützung bei den Parteiorganen Usbekistans und Karakalpakiens und bei dessen Ministerrat. Am 1. Mai 1966 wurde es in Nukus eröffnet.

Die gemusterten Stoffe, flauschigen Teppiche, Holzschnitzereien und -einlegearbeiten, Drucke und Stickereien auf Leder sind sehr dekorativ und können als moderner Zimmerschmuck verwendet werden. Bei traditionellen Ornamenten haben die Teppichweberinnen ein Problem gelöst, das die modernen Maler noch beschäftigt. Sie verstehen es ausgezeichnet, Farbtöne und -schattierungen endlos zu variieren, ohne daß auch nur einer oder eine aus dem Rahmen fällt. Dadurch ist selbst der einfachste Teppich von einer einmaligen Schönheit. Originell sind auch die Wirkteppiche aus Seiden-, Woll- und Baumwollgarn. Jetzt erforschen Wissenschaftler und Kunsthistoriker die karakalpakische Stickerei- und Juwelierkunst.

Reichhaltig ist die Abteilung alter und mittelalterlicher Kunst. Bei ihr gehen die sehenswertesten Funde der archäologischen Choresm-Expedition ein, die zum Ethnographischen Institut der AdW der UdSSR und zur karakalpakischen Zweigstelle der Usbekischen Akademie gehört. Die Abteilung enthält jetzt über 5000 Stücke, darunter viele, die vom Standpunkt der Geschichte und der Kunst nicht ihresgleichen haben.

Ebenso sehenswert ist die Abteilung Bildende Künste. Da sind Gemälde von Alexander Schewtschenko, Wassili Roshdestwenski, Robert Falk, Pawel Kusnezow und anderen bekannten Malern. In den anderen Sälen sind Bilder ganz junger karakalpakischer Maler zu sehen.

„In der Wüste sollst du einen See zu schätzen wissen, auf Erden die Menschen", so lautet ein karakalpakisches Sprichwort. Gemeinsam können Menschenhände alles schaffen. ■

ALS DER LOTOS AUFBRACH

Alexander MINEJEW

Am Morgen des 30. April 1975 rüstete man im „Unabhängigkeitspalais" von Saigon zur Vereidigung eines neuen „Ministerkabinetts". Präsident Duong Van Minh, der diesen Posten erst zwei Tage innehatte, stand in einem kleinen Raum am Fenster und blickte auf das vergitterte Stahltor, hinter dem der in Grün gebettete Prospekt Thong Nhat begann. Duong Van Minh wartete auf die Rückkehr einer Delegation, die er zu Verhandlungen mit dem Kommando der Befreiungsarmee entsandt hatte. Diese Kräfte hielten schon den größten Flugplatz von Saigon, Tan Son Nhut, etwa 15 Fahrtminuten vom Palais entfernt, in ihren Händen. Der „Große Minh" wußte bereits, daß um 3.30 Uhr frühmorgens vom Dach der USA-Botschaft ein Hubschrauber mit den letzten Diplomaten gestartet war. Die Amerikaner hatten bei der Flucht nur gerade Zeit, Mappen mit Geheimpapieren und ihre Stars-and-Stripes-Flagge mitzunehmen.

Alle Bemühungen, „den Kommunismus einzudämmen", waren vergeblich. Während des Krieges wurden auf Vietnam über 10 Mio t Bomben abgeworfen, in den angespanntesten Zeiten beteiligten sich an den Kampfhandlungen bis zu 60% der USA-Infanterie, die Hälfte ihrer strategischen Luftwaffen und 15 von 18 Flugzeugträgern. Sechs Millionen Amerikaner hatten die Hölle der Kämpfe im vietnamesischen Dschungel durchgemacht, die Steuerzahler etwa 300 Md. Dollar zahlen dürfen. Und das Ergebnis? Der USA-Botschafter Martin beeilte sich, mit dem Hubschrauber „Lady 09" den auf ihn wartenden Träger zu erreichen. Er aber, Duong Van Minh, der letzte „Freund Amerikas", kontrollierte lediglich das Territorium des Präsidentenpalais.

Zwei Tage früher hatte man den „großen Minh" zum Chef des in allen Fugen krachenden Regimes gemacht, denn man wollte seinen Ruf eines „Gemäßigten" ausnutzen, Verhandlungen mit Kommunisten aufnehmen und ihre Offensive aufhalten. Einmal war der „große Minh" bereits Chef des Saigoner Regimes. Im Jahre 1963 hatte er mit dem Segen der USA einen Militärputsch gegen deren Marionette Ngo Dinh Diem verübt, der sich durch seine Repressalien und Korruption viel zu stark kompromittiert hatte. Doch bald darauf beschlossen die Amerikaner, Minh der Macht zu entheben. Sie brauchten einen „stärkeren und treueren" Mann. Die Wahl fiel auf Nguyen Van Thieu. Jetzt aber war der „Starke und Treue" noch vor dem USA-Botschafter aus Saigon geflohen und hatte Gold und Edelsteine mitgehen lassen. Dafür durfte der „große Minh" der Steuermann des sinkenden Schiffes sein.

Der letzte Marionettenpräsident Südvietnams wurde in seinen Gedanken vom französischen General a. D. Vanuxem gestört. Dieser gab sich neuerdings für einen Korrespondenten der französischen „Carrefour" aus, obwohl seine Verbindungen zur CIA bekannt waren.

„Man darf keinesfalls vor den Kommunistentruppen kapitulieren", sagte General Vanuxem. „Sie werden Saigon nicht nehmen. Aus höchst zuverlässigen Quellen in Washington und Peking weiß man, daß China die restlose Eroberung Südvietnams durch die Kommunisten nicht unterstützt, und Sie müssen das zu nutzen wissen. Entscheiden Sie sich, Herr Präsident!"

„Welche Entscheidung kann jetzt in Frage kommen?" Der „große Minh" blickte apathisch drein.

„Man muß eine antisowjetische Erklärung abgeben und Peking auffordern, die Offensive der Kommunisten aufzuhalten. China wird sich einmischen, und Sie bleiben an der Macht."

„Ich habe keine Kontakte zu Peking."

„Aber ich", beharrte Vanuxem.

Der Präsident schüttelte ablehnend den Kopf, Vanuxem warf die Tür verärgert hinter sich zu.

Minh wandte sich an seine nächsten Beamten Nguyen Van Huyen und Vu Van Mau und sagte langsam:

„Ich habe das Land an die Amerikaner verkauft, jetzt will er, daß ich es an China verkaufe..."

Zu einer „Vereidigung der Regierung" war es nicht gekommen. Panzer der Befreiungsarmee rollten vor das Präsidentenpalais, einer walzte das Gittertor nieder und fuhr auf den Bilderbuchrasen vor dem Springbrunnen. Vom Panzerturm sprang Leutnant Bui Quang Than, eine Flagge in der Hand. Punkt 11.30 Uhr wehte die Siegesfahne über dem Palais.

Über all das berichtete vor kurzem der Journalist Thanh Nam, der sich seinerzeit viel mit Duong Van Minh, Nguyen Van Huyen und Vu Mau unterhalten hatte, in der Zeitung „Nhan Dan". Die beiden letzteren ließen sich nach der Befreiung in der Ho-chi-Minh-Stadt, ehemals Saigon, nieder.

Operation „Ho chi Minh"

Das Ende kam blitzschnell und besonders für diejenigen überraschend, die an die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der beiden Teile Vietnams nicht glauben wollten.

Ein britischer Diplomat in Hanoi sagte mir im März 1974: „Glauben Sie denn wirklich, daß sie sich in den nächsten Jahrzehnten wiedervereinigen? Beide Vietnams bestehen real. Der Süden ist ein Teil der freien Welt, er wird nie die Macht der Kommunisten zulassen".

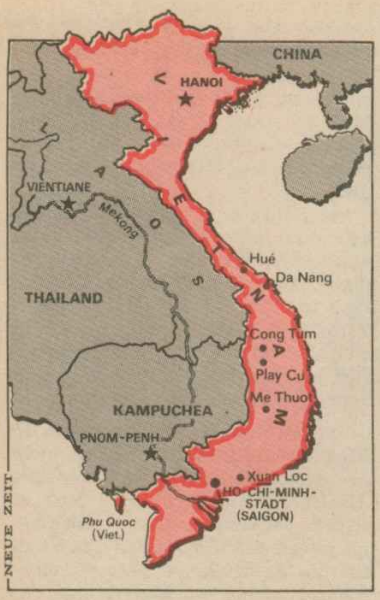
Genauso dachte man in China. Mao Zedong sagte seinerzeit bei einem Pekinger Treffen mit Pham Van Dong, Ministerpräsident der SRV: „Euer Besen ist zu kurz, um Thieu aus Südvietnam hinauszufegen."

In Wirklichkeit kam der Sieg gar nicht überraschend: Objektive Beobachter waren sich darüber klar, daß das Regime in Saigon passé und sein Fall nur eine Frage der Zeit war. Und doch waren die Ereignisse der ersten fünf Monate 1975 wirklich stürmisch und aufregend.

Jenes Jahr begann wie üblich. Wir ausländischen Korrespondenten in Hanoi gaben die schon gewohnten Mitteilungen über bewaffnete Zusammenstöße in Südvietnam, über immer frechere Einfälle der Saigoner Truppen in die von den Patrioten kontrollierten Gebiete durch. Saigon strebte hartnäckig einen neuen großen Krieg an.

Elf von den dreizehn Divisionen der regulären Armee Saigons waren im 1. Militärbereich (an der Grenze zu Nordvietnam) sowie im 3. und 4. Bereich (in der Nähe von Saigon) konzentriert. Auf dem weiträumigen Kriegsschauplatz des Zentralplateaus befanden sich nur zwei Divisionen.

Das Politbüro der Partei der Werktätigen Vietnams (heute KP Vietnams) beschloß im Januar 1975, da die innere und internationale Situation günstig war, eine Generaloffensive der Volksbefreiungskräfte in engem Zusammenwirken mit dem allgemeinen Aufstand der südvietnamesischen Bevölkerung zu entfalten. Diese Operation sollte im Raum Zentralplateau anlaufen.



Am 10. März führten die Befreiungskräfte Schläge gegen Ban Me Thuot, das Verwaltungszentrum der Provinz Darlac. Die Stadt liegt mitten auf dem Zentralplateau, umgeben von dünnbesiedelten Gebieten, über die das Saigoner Regime praktisch keine Kontrolle ausübte. Am 11. März besetzte die Befreiungsarmee die wichtigsten militärischen Objekte in Ban Me Thuot.

Thieu befürchtete, daß es den Garnisonen in Pleiku und Kontum, zwei weiteren Städten auf dem Zentralplateau, ebenso ergehen würde, und befahl den Rückzug. Heute sehen viele westliche Militärexperten diesen Befehl als einen Fehler an, der zum Verlust ganz Südvietnams geführt habe. Doch konnte das Marionettenregime dem Zusammenbruch sowieso nicht entgehen. Der Verlust dreier Städte auf einmal war ein empfindlicher Schlag für das Saigoner Regime. Am 21. März, als auf dem Zentralplateau noch gekämpft wurde, begannen die Operationen zur Befreiung von Hué und Da Nang. Am 25. März wehte die Siegesfahne über der alten Kaiserburg in Hué.

Der Hafen Da Nang, wohin sich die Überreste der Saigoner Truppen vom Zentralplateau, aus Hué und anderen Küstenstädten geflüchtet hatten, war eingeschlossen. Trotz der unzähligen Militärstützpunkte, die die Amerikaner um Da Nang angelegt hatten, trotz tausender Geschütze, Panzer und Flugzeuge war die Saigoner Armee nicht in der Lage, diese letzte Bastion im Norden Südvietnams zu halten.

Ich kann mich an Da Nang gleich nach der Befreiung noch gut erinnern. Helme, Maschinenpistolen und Munitionstaschen lagen auf den Straßen herum. Die Brise bewegte die Tarnmäntel, die sich im Stacheldraht verfangen hatten. Auf dem hellen Sandstrand wirkten die Panzer, Schützenpanzerwagen und Geschütze wie vorsintflutliche Ungeheuer. Die Saigoner Kämpen flohen in Richtung Küste, wo sie von Landungsschiffen mitgenommen zu werden hofften. Nicht viele schafften es.

Indessen versuchten Washington und Saigon noch, das Marionettenregime zu retten. Saigon war schon umzingelt, als letzte Hoffnung blieb der äußere Verteidigungsring, der im Osten durch Xuan Loc führte. Dort begannen erbitterte Kämpfe, bei denen Elitekräfte der Saigoner Armee eingesetzt wurden. Aber wie hart die gepanzerte „Nuß" Xuan Loc auch war, die Stadt wurde vom gleichen Los ereilt wie Ban Me Thuot, Hué und Da Nang. Die hysterischen Befehle Thieus, „sich bis zum letzten Soldaten zu halten", schoben das Ende nur wenig hinaus.

Am 26. April um 17 Uhr begann auf Befehl des Politbüros die historische Operation „Ho chi Minh". Die Befreiungsarmee stand im Vorfeld von Saigon und war nicht mehr aufzuhalten.

Die „Nhan Dan" schrieb: „Als ... die Hauptkräfte der Befreiungsarmee dicht vor Saigon standen und zum letzten Angriff ausholten, wußten wir, daß in einigen Hauptstädten, darunter in Peking, diverse Pläne geschmiedet wurden, die eine Vereinigung Vietnams unmöglich machen sollten. Das veranlaßte uns, noch entschlossener und stürmischer vorzugehen."

Die mechanisierten Stoßkolonnen der patriotischen Truppen strebten den fünf Hauptobjekten von Saigon zu. Auf der operativen Karte von Armeegeneral Van Tien Dung, der die Operation „Ho chi Minh" befehligte, erschienen gleichsam fünf noch geschlossene Lotosblüten. Von den fünf Stützpunkten dehnten die Truppen ihre Kontrolle auf die benachbarten Bezirke aus, und die „Lotosblüten" brachen auf. Diesmal waren die von den Vietnamesen so geliebten Blüten nicht schneeweiß, sondern rot: Ganz Saigon prangte im Schmuck roter Fahnen.

Erkämpftes Glück

„In unserem Bezirk begannen wir die Vorbereitung zum Aufstand am 13. April: Wir druckten Flugblätter, nähten Fahnen und stellten Listen der Personen auf, denen Waffen anvertraut werden sollten", erzählt Pham Thi Su, eine Revolutionärin, die fast 30 Jahre im Untergrund kämpfte.

„Am 23. April, eine Woche vor dem Sieg, wurde ich zum vierten Mal verhaftet. Unter den Agenten der Geheimpolizei waren auch ‚alte Bekannte'. Sie wollten von mir die Adressen der anderen leitenden Funktionäre des Bezirks- und des Stadtkomitees der Partei sowie die Treffs. Von bloßem Zureden gingen sie bald zu Folterungen über. Was mich frappierte, waren aber nicht die Folterungen selbst, sondern die Augen dieser Leute: Sie verrieten hoffnungslose Verzweiflung. Ich sah, daß sie meine Kameraden und mich fürchteten. Am Mittag des 29. April kam der Chef der Wache zu mir. Er sagte: ‚Präsident Minh hat befohlen, alle freizulassen.' Ich wartete, bis es dunkel wurde, dann ging ich zu dem Haus, in dem sich das illegale Bezirkskomitee der Partei befand.

Wie erstaunt war ich, über der Tür des Hauses eine rote Fahne zu sehen! Am Morgen des nächsten Tages begrüßten wir die Schützenpanzerwagen der Volkbefreiungsarmee. Am 1. Mai marschierte ich schon zusammen mit Tausenden Menschen bei der ersten Demonstration.

Dieser Tag war der glücklichste meines Lebens", fährt Pham Thi Su fort. „Erstmals nach mehr als 20 Jahren sah ich meine Angehörigen wieder. Mein Mann ist ebenfalls Kommunist, und es traf sich fast immer so: Wenn ich gerade nicht im Gefängnis war, saß er dort, und umgekehrt. 1954 schickte ich meine kleinen Söhne zu meiner Mutter nach Haiphong im Norden. Seitdem hatte ich weder meine Mutter noch die Söhne gesehen. Erst später erfuhr ich, daß der Jüngere 1972 in den Kämpfen für die Befreiung des Südens gefallen war. Der Große studierte in der UdSSR Physik, wurde Diplomingenieur, später meldete er sich zur Armee.

Meinen Mann traf ich gleich nach der Befreiung Saigons, in der Nähe des Gefängnisses. Aber die freudigste Begegnung erlebte ich ein paar Tage später. Mein alter Kamerad Mai Chi Tho, heute der Bürgermeister von Ho-chi-Minh-Stadt, lud mich ins Stadtkomitee ein. Neben ihm saß ein Offizier der Befreiungsarmee, den ich kaum beachtete. Er wandte sich zu mir und strahlte: Ich erkannte meinen Sohn Hung. Als wir uns getrennt hatten, war er 7 Jahre alt. Am 30. April marschierte er in die Stadt mit der ersten Panzerkolonne ein und begann sofort die Suche nach mir. Die ganze Nacht weinte ich vor Glück..."

Der Frühling ist da, in Vietnam blühen wieder die Lotosblumen. Sie sind ebenso rein und schön wie der große Sieg im Frühjahr 1975.

Hanoi, im April.

FORTSCHRITT À LA PENTAGON

Wladislaw BOIKOW



Auf einem Friedenskongreß erklärte Victor Hugo 1849 in Paris: „Der Tag wird kommen, da man die Kanonen in den Museen zeigen wird, ebenso wie heute Folterwerkzeuge, und die Menschen werden sich wundern, daß solches Barbarentum möglich war." Anderthalb Jahrhunderte später brachte das US-Nachrichtenmagazin „Time" das Foto eines wissenschaftlichen Museums, in dem das Modell der auf Nagasaki abgeworfenen Atombombe exponiert ist — doch nicht als Beispiel eines barbarischen US-Geschenks für die Menschheit. Die Bombe wird vielmehr als eine Leistung des wissenschaftlichen und technischen „Fortschritts" der Vereinigten Staaten im militärischen Bereich gezeigt.

„Bald wird über New Mexico das modifizierte Flugzeug KC 135 aufsteigen... An ihm vorbei fliegt mit einigen tausend Meilen die Stunde eine Luft-Luft-Rakete. Plötzlich wird die glatte metallene Außenhaut der Rakete dunkelrot — sie fängt an zu brennen. Sie explodiert oder beginnt Drehbewegungen zu vollführen und verbreitet Rauchschwaden... Die Rakete wird von einem Laserstrahl aus der KC 135 vernichtet."

Das entnahmen wir nicht einem Science-Fiktion-Roman, sondern der „Los Angeles Times". Sie berichtete kürzlich über Tests, die auf dem Versuchsgelände White Sands im US-Staat New Mexico geplant sind.

Die USA arbeiten schon seit vielen Jahren an der Entwicklung von Laserwaffen. In einem geheimen Regierungsbericht, in dessen Besitz die „New York Times" gelangte, heißt es, daß die USA ca. 2 Md. Dollar für Experimente mit Todesstrahlen ausgegeben haben. 1980 wurden hierfür weitere 200 Mio Dollar bereitgestellt. Das Pentagon soll sich schon für dieses Jahrzehnt vorgenommen haben, Prototypen von Laserwaffen zu entwickeln, die Panzer, Flugzeuge, Raketen und Schiffe vernichten können.

Pentagonexperten schlagen vor, Laserwaffen der ersten Generation auf Berggipfeln zu stationieren und sie gegen Satelliten einzusetzen. An Plänen, die Todesstrahlen unmittelbar in den Weltraum zu richten und mit ihnen ballistische Interkontinentalraketen (ICBM) über der Erdatmosphäre zu zerstören, wird gearbeitet. So schlägt Senator Wallop vor, 30 mit Laserwaffen bestückte Orbitalstationen in den Weltraum zu schicken. Wozu? „Jedes Land, das an die 30 solcher Stationen mit Laserwaffen der ersten Generation im Weltraum stationiert, kann entweder den Raketen eines anderen Staates das Recht auf Nutzung des Weltraums gewähren oder aber dieses Recht verweigern", sagte der Senator. Wenn das gelänge, könne „das strategische Gleichgewicht geändert werden..."

Neben den Laserwaffen wollen sich die USA auch andere Arten „ausgefallener" Waffen zulegen. Jetzt entwickelt das Pentagon einen ganzen Komplex von Programmen für die Kriegführung im Weltraum. Die Arbeiten an der mehrfach einsetzbaren Weltraumfähre Space Shuttle gehen ihrem Abschluß entgegen. Jeder vierte Flug der Raumfähre soll militärischen Zwecken dienen. Mit Space Schuttle sollen Spionage- und Nachrichtensatelliten in eine Erdumlaufbahn gebracht, Laseranlagen und andere technische Kampfmittel getestet werden, um nachrichtendienstliche Informationen zu sammeln und Satelliten zu zerstören...

Allen, Stabschef der US-Luftwaffe, meint, die Vereinigten Staaten würden noch vor Ende des Jahrhunderts eine Flotte mit zweisitzigen Raumschiffen schaffen, die von gewöhnlichen Flughäfen aus starten und, falls erforderlich, Kampfhandlungen im Weltraum ausführen können.

In der heutigen Etappe will Washington vor allem eine „Abfangrakete mit einer Kleinstanlage entwikkeln, die einen Satelliten treffen kann", wird in einem Bericht des stellvertretenden US-Verteidigungsministers Perry konstatiert. Gemeint ist die Antisatellitenrakete MHV von der Firma Vought. Diese Rakete soll von einer F 15 in einer Höhe von 20—30 km abgefeuert werden.

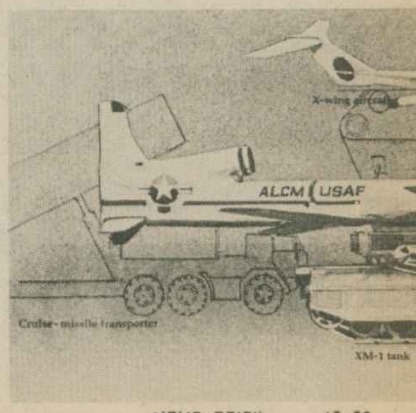
Die Konzerne Hughes, Boeing und Thiokal arbeiten an der Entwicklung einer entsprechenden Antisatellitenwaffe, die mit einer Minuteman-Rakete in den Weltraum befördert wird. Einige US-Konzerne wollen eine „kosmische Mine schaffen, die sich auf Kommando von der Erde dem Ziel nähert und es vernichtet".

Einigen Angaben zufolge haben die USA für militärische Projekte mehr als 50 Md. Dollar verausgabt — und das ist erst der Anfang. Es ist schwer vorstellbar, was die Entwicklung selbst eines kleinen Potentials für die Kriegführung im erdnahen Raum kosten wird. Klar ist nur, daß das Wettrüsten im Weltraum um ein Vielfaches teurer kommen wird als auf der Erde.

Doch die Militarisierung des Weltraums verschlingt nicht nur riesige Summen. Eine solche Entwicklung würde, wie es der ehemalige US-Außenminister Cyrus Vance sagte, „die Sicherheit nicht nur anderer Länder, sondern auch unsere eigene untergraben". Warum leitet Washington dann eine kosmische Runde des Wettrüstens ein? Die US-Zeitschrift „Business week" antwortete so: „Wer sich die Kontrolle über den Weltraum, den Hauptschauplatz künftiger Kriege, verschaffen kann, wird das Kräfteverhältnis entscheidend verändern können, und das wird gleichbedeutend sein mit der Errichtung der Weltherrschaft."

Nachdem die USA die „Pax Americana" auf Erden nicht zustande gebracht haben, wollen sie also riskieren, ihr Ziel aus dem Weltraum zu erreichen.

Das Pentagon vergißt bei der Entwicklung kosmischer Waffen auch seine „irdischen Sorgen" nicht.



Vor einem Jahr erklärte Präsident Carter: „Jedes unserer relativ unangreifbaren U-Boote mit Poseidon-Raketen, die knapp 2% unserer ... Streitkräfte ausmachen, führen Sprengköpfe in ausreichender Menge, um alle großen und mittelgroßen Städte der UdSSR zu vernichten." Die Äußerung zeigt, wie wahr die Feststellung ist, daß bereits gigantische Waffenarsenale bestehen. In letzter Zeit beklagt man sich in Washington immer häufiger darüber, das US-Kernwaffenpotential sei „nicht vollwertig". Das Pentagon sucht der Öffentlichkeit weiszumachen, die U-Boote des Poseidon-Systems seien veraltet und die ballistischen Interkontinentalraketen vom Minuteman-Typ taugten nicht mehr.

Die Poseidons sollen bald von riesigen Unterseebooten des Typs Trident, die fast zweieinhalbmal so groß wie ihre Vorgänger sind, abgelöst werden. Das erste Schiff dieses Typs — Länge 171 m, ca. 19 000 BRT — wurde vor einem Jahr übergeben. Es hat die Größe eines Kreuzers. Während im U-Boot-System Poseidon 16 ballistische Raketen installiert waren, sind es bei Trident 24 (jede mit acht Sprengköpfen von je 100 kt).

In diesem Jahrzehnt sollen 14 derartige U-Raketenkreuzer gebaut werden, was die Steuerzahler 30 Md. Dollar kosten wird.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre soll ein Teil der Minuteman-Raketen durch das Raketensystem MX ersetzt werden.

Die MX wird die größte ICBM und das teuerste Waffensystem aller Zeiten sein. 1979 erklärte das Pentagon, dieses Projekt werde 33 Md. Dollar kosten — und das war eine Rekordsumme. Kürzlich nannte US-Verteidigungsminister Brown den Betrag von 56 Milliarden. Und wie teuer wird die MX endgültig zu stehen kommen?

Mit einem Gewicht von 95 t kann die MX 10 Sprengköpfe von je 300—500 kt tragen. Zum Vergleich: Die Nagasaki-Bombe hatte 20 kt. Doch der „Hauptvorzug", den das Pentagon in dem neuen System sieht, ist seine „Unverwundbarkeit", die durch die Mobilität und die Art der Stationierung erreicht werden soll. Jede der 200 Raketen dieses Typs wird auf einem speziellen 20 km langen ellipsenförmigen Abschnitt hin und her transportiert werden. Entlang der Strecke sollen 23 Betonbunker entstehen, in die eine Transport- und Starteinrichtung von Zeit zu Zeit hineinfahren wird, um eine Rakete abzusetzen, eine andere mitzunehmen und falls erforderlich zu starten.

Washingtons Streben, eine „Unverwundbarkeit" seiner bodengestützten ICBM einseitig zu erreichen, bedeutet, daß es sich einen einseitigen Vorteil verschaffen will, denn US-Raketen, die einem Gegenschlag entzogen würden, wären eine zusätzliche Gefahr für die andere Seite. Das erklärte Senator Hatfield ganz offen: Das MX-Programm werde die auch „ohnedies enorme Zerstörungskraft unserer ICBM um mehr als 400% vergrößern und den USA einen Überraschungsangriff ermöglichen ...".

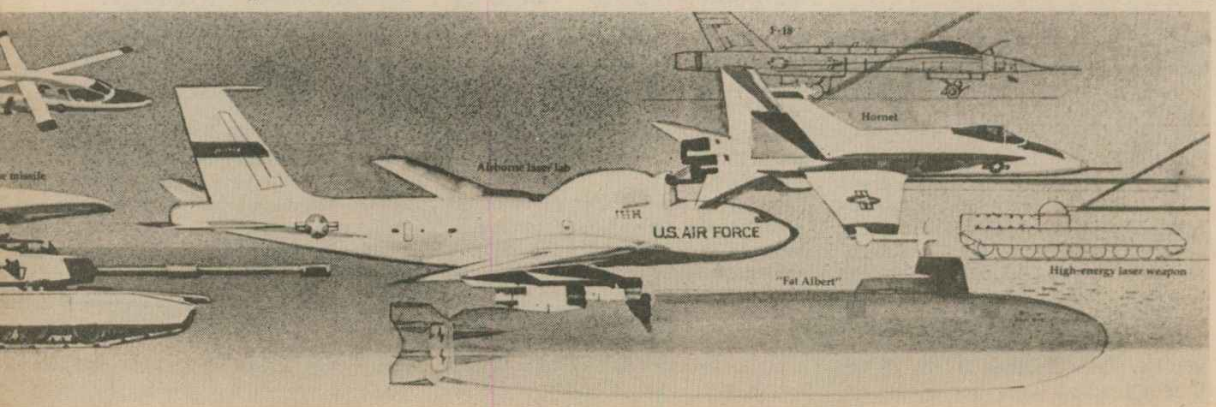
Die Cruise Missiles sind das dritte bedeutende neue Element des strategischen US-Arsenals. Wir haben bereits über diese hinterhältige Waffe berichtet. Auf einer Pressekonferenz gestand US-Luftwaffenminister Mark kürzlich ein, daß eine Einführung dieser Raketen „zweifelsohne sehr großen Einfluß auf das Kräftegleichgewicht haben" werde.

Für die geplanten Rüstungsprogramme müssen die USA in den 80er Jahren ca. 725 Md. Dollar aufbringen.

Paradox — während die UNO die 80er Jahre zur zweiten Dekade der Abrüstung erklärt, leitet Washington ein weiteres Jahrzehnt intensiver Aufrüstung ein.

Das Pentagon sucht die Einführung neuer Typen von Massenvernichtungswaffen damit zu erklären und zu rechtfertigen, dies sei ja nur die Folge der militärischen Rivalität, die „erforderliche Antwort" auf die Vervollkommnung sowjetischer Waffensysteme. Doch wenn Washington tatsächlich einen Überraschungsangriff seitens der UdSSR befürchtet — warum weigert es sich dann hartnäckig, den sowjetischen Vorschlag für ein Verbot der Entwicklung neuer Mittel und Systeme von Massenvernichtungswaffen anzunehmen? Warum werden auch viele andere Initiativen der UdSSR zur Zügelung des Wettrüstens zurückgewiesen?

Natürlich handelt es sich hier nicht um eine Reaktion der USA. Washington versucht ein weiteres Mal, die andere Seite militärisch „auszustechen". Doch sind derartige Kalkulationen realistisch? Nach dem zweiten Weltkrieg haben die USA als erste an die 30 Großsysteme von Offensivwaffen entwickelt, und doch haben sie trotz allem die militärische Überlegenheit nicht erzielen können. „Das ergebnislose Streben nach militärischer Überlegenheit hat seit 1945 die amerikanischen Steuerzahler bereits mehr als 2,2 Billionen Dollar gekostet und unsere Sicherheit nur verringert", heißt es in einer Ende 1979 veröffentlichten Erklärung von sechs demokratischen Senatoren. Leider hat diese Wahrheit bislang nicht den Weg zur Washingtoner Führung gefunden. ■



Amerikanische Waffen der 80er Jahre
Aus „Fortune" (USA)



BERLINER FINALE

Lew BESYMENSKI

Mit der Einnahme von Berlin durch die Sowjetarmee endete die Zerschmetterung des Nazismus: Am 30. April wurde auf dem Reichstag die rote Fahne gehißt, am 2. Mai kapitulierte die Berliner Garnison, und in der Nacht zum 9. Mai streckte die ganze Wehrmacht die Waffen.

Über die Schlacht um Berlin gibt es zahlreiche Schriften von Historikern, Memoiren von Politikern und Feldherren und eine Unmenge von Publikationen in Zeitungen und Zeitschriften. Manche sind aber unter dem unmittelbaren Einfluß des ideologischen Krieges verfaßt, den die Kräfte des Antikommunismus geführt haben und noch jetzt führen. Der Zweck ist unschwer durchschaubar: Sie sollen die Rolle, die die UdSSR bei der Niederschlagung des Faschismus spielte, die Bedeutung der Schlußoperationen der Sowjetarmee bagatellisieren.

Dabei strengen sich die Fälscher aus Leibeskräften an. Bald behaupten sie, eine Schlacht um Berlin habe eigentlich gar nicht stattgefunden, es habe keine Mühe gekostet, die Stadt zu nehmen. Bald wieder erkennen sie die Wichtigkeit der Berliner Operation an, sagen aber, Berlin hätten die Truppen Großbritanniens und der USA nehmen können und sollen. Diese Behauptung ist besonders hintergründig, sie entstellt das militärische Zusammenwirken der USA, Englands und der UdSSR in der Schlußphase des Krieges und soll die Stellung der UdSSR zwielichtig erscheinen lassen.

Deshalb halten wir es für angebracht, zum 35. Jahrestag des großen Sieges auf militärische und internationale Geschehnisse vom Frühjahr 1945 zurückzukommen. Darüber bringen wir hier einen Dokumentarbericht unseres politischen Kommentators Lew Besymenski.

Frühjahr 1945

Der 16. April 1945 sollte mit goldenen Lettern in die Annalen des 20. Jahrhunderts eingehen. An jenem Tag um 5 Uhr früh Moskauer Zeit gingen die sowjetischen Truppen an der Oder zum Angriff über, und damit begann die Berliner Operation.

Rekapitulieren wir kurz die Lage an den Fronten des zweiten Weltkriegs im Frühjahr 1945. Die Sowjetarmee hatte glänzende Siege über die Wehrmacht davongetragen und ihr Land befreit (mit Ausnahme eines Teils der Lettischen SSR, wo Hitlers Kurlandarmee eingekesselt war). Befreit waren schon Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und ein großer Teil Jugoslawiens. Die Kämpfe um die Befreiung Österreichs und der Tschechoslowakei waren im Gange. In Deutschland selbst hatten die sowjetischen Truppen die Linie von der Pommerschen Bucht an der Ostsee bis zur Oder und Neiße erreicht. Der Kern der 1. Belorussischen Front unter Marschall der Sowjetunion Georgi Shukow stand 60—70 km von der Nazihauptstadt entfernt, der rechte Flügel der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Iwan Konew 140—150 km.

Im Westen überschritten die britischen und amerikanischen Truppen unter General Dwight Eisenhower nach dem Verpuffen der Nazioffensive in den Ardennen den Rhein, kesselten die Wehrmachttruppen im Ruhrgebiet ein und begannen die weitere Offensive. In Norditalien führten sie an der Linie nördlich von Ravenna und Florenz einen Stellungskrieg.

Hitler hatte keine Verbündeten mehr, sein Reich war umzingelt. Deshalb hatten er und seine Komplicen die Waffen aber nicht gestreckt. Ilja Ehrenburg schrieb treffend: „Kriege brechen fast immer plötzlich aus, kommen aber langsam zu Ende." Anfang 1945 zählte die ganze Wehrmacht noch über 9 Millionen Mann, und im Felde waren 5,4 Millionen Soldaten und Offiziere, 295 Divisionen und 30 Brigaden, davon 169 Divisionen und 20 Brigaden an der sowjetisch-deutschen Front und leisteten heftigen Widerstand. Vieles deutete darauf hin, daß das OKW noch immer auf einen Umschwung hoffte: die Gegenoffensive in den Ardennen von Dezember 1944—Januar 1945, die geplante Gegenoffensive in Pommern gegen Marschall Shukows Truppen, die Verlegung der 6. SS-Panzerarmee an den Balatonsee. Die außenpolitischen Agenten des Nazireichs entwickelten eine hektische Betriebsamkeit, um die große Koalition zu spalten.

Im Hauptquartier des Oberbefehlshabers der sowjetischen Streitkräfte war man sich darüber einig, daß Berlin genommen werden mußte und konnte. Der Plan für die Berliner Operation wurde schon während der sowjetischen Winteroffensive aufgestellt. Seine endgültige Fassung wurde Anfang April 1945 in einer erweiterten Sitzung des Hauptquartiers bestätigt, an der die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU (B) sowie die des Staatlichen Verteidigungskomitees und die Befehlshaber der 1. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front teilnahmen.

Der Weg nach Berlin

Jetzt gibt es im Westen Historiker, die die Schlußphase des Krieges damit zu analysieren beginnen, daß sie vergleichen, wie weit wer von Berlin entfernt war: die sowjetischen Truppen 60—150 km, die britischen und amerikanischen 100—300 km. Absichtlich aber lassen sie unerwähnt, wie weit der Weg war, den jede dieser Truppen im Frühjahr 1945 bis dorthin zurückgelegt hatte.

Der Weg der sowjetischen Truppen war so dornenvoll und weit gewesen, wie ihn Truppen in keinem Krieg der Vergangenheit und Gegenwart je gegangen waren. Sie traten ihn am 22. Juni 1941 an und in einer Situation, in der ihnen im Westen kaum jemand eine Chance gab, dem tückischen Überraschungsangriff der gutgeschmierten Kriegsmaschine Hitlers standhalten zu können. Denken wir auch nur an folgendes Memorandum des amerikanischen Kriegsministers Henry Stimson vom Juni 1941 an Präsident Roosevelt:

„In den letzten 30 Stunden habe ich kaum etwas anderes getan, als über den deutsch-russischen Krieg ... nachzudenken. Um mir selbst klarzuwerden, habe ich heute mit dem Stabschef und den Herren vom Kriegsplanungsdezernat des Generalstabs konferiert... Sie beurtei-

len die ausschlaggebenden Faktoren folgendermaßen:

1. Deutschland wird mindestens einen und möglicherweise höchstens drei Monate schwer damit beschäftigt sein, Rußland zu schlagen."

Dieser Meinung war nicht nur Stimson. Dem amerikanischen Historiker James MacGregor Burns zufolge hat US-Marineminister Frank Knox folgendes gesagt:

„Hitler wird zwischen sechs Wochen und zwei Monaten dazu brauchen, mit Rußland fertig zu werden."

Am 25. September 1941 stellte der Stab der US Army etwa die gleiche Prognose, er hielt es für möglich, „daß die Russen westlich der Linie Weißes Meer—Moskau geschlagen werden".

In London waren die Militärs nicht minder pessimistisch:

„Wahrscheinlich wird die erste Phase einschließlich der Besetzung der Ukraine und der Einnahme Moskaus mindestens drei, höchstens sechs oder mehr Wochen in Anspruch nehmen."

Der Chef des Empiregeneralstabs, Sir John Dill, sagte seinerseits voraus, daß

„die Deutschen wie ein heißes Messer durch Butter" (durch die Sowjetarmee) „gehen werden".

Es vergingen sechs Wochen, drei Monate — und nichts. Deutschland hatte die Sowjetunion nicht schlagen können, ja sein „Blitzkrieg" scheiterte. Vor Moskau, von dem der britische Generalstab geglaubt hatte, es werde „in drei, höchstens sechs Wochen" fallen, erlitt Hitler im Winter 1941/42 eine vernichtende Niederlage.

Im Sommer 1942 kamen die Pessimisten im Westen wieder zum Wort. So erklärte der US-Armeestabschef George Marshall, die Lage am Südabschnitt der sowjetisch-deutschen Front drohe „mit einem völligen Zusammenbruch" der Sowjetarmee, und im Weißen Haus erinnerte man sich der Voraussage Churchills, daß Hitler

„bis ans Kaspische Meer vorstoßen und bis vor die Tore Indiens gelangen kann".

Erst 1943, nach der Schlacht von Stalingrad und der Niederlage der Wehrmacht bei Kursk und in der Ukraine linksseits des Dneprs, erkannten die westlichen Politiker den Umschwung im Krieg. Im Jahre 1944 trug die Sowjetarmee neue Siege davon: Sie befreite fast das ganze besetzt gewesene Landesgebiet, kam nach Polen und den Ländern Südosteuropas und brachte deren Völkern die Befreiung. Im Winter 1944/45 erreichten die sowjetischen Divisionen nach der glänzenden Operation an Weichsel und Oder das direkte Vorgelände von Berlin. Von Stalingrad hatten sie Tausende Kilometer zurückgelegt.

Den Erfolgen der sowjetischen Truppen entsprachen die Arbeitsleistungen im Hinterland. Ein Wunder des 20. Jahrhunderts werden Historiker einmal das Heldentum nennen, mit dem die sowjetischen Werktätigen unter unglaublich schweren Verhältnissen die wirtschaftliche Grundlage für den Sieg geschaffen haben. Der zeitweiligen Überlegenheit Hitlerdeutschlands an Panzern, Geschützen und Flugzeugen setzten sie ihren Siegeswillen und die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft entgegen. Hier ein paar Zahlen von vielen: Der Industrieausstoß war 1944 um 15,3% größer als 1943 und um 4% größer als im Vorkriegsjahr 1940. Im ersten Halbjahr von 1945 wurden erzeugt: 62 000 Geschütze aller Art, über 15 000 Panzer und Selbstfahrlafetten, über 20 000 Flugzeuge und 100 Mio Geschosse und Minen. Und dabei hatten viele Tausend höchstwichtige und komplizierte Betriebe nach dem Osten verlegt und dort wieder angelassen werden müssen.

Der Weg von Westen

Und wie kamen die Truppen der USA und Englands nach Deutschland? Um das zu beantworten, muß man sich an die langwierige und verworrene Geschichte eines militärisch-politischen Phänomens erinnern, das die zweite Front hieß. Ganz wollen wir diese Geschichte nicht rekapitulieren, sondern nur einige ihrer Schwerpunkte ins Gedächtnis rufen, vor allen Dingen, um die völlige Unhaltbarkeit der Behauptung mancher westlicher Historiker und Publizisten festzunageln, daß die westlichen Alliierten Berlin „nehmen konnten, aber nicht wollten".

Die Eröffnung einer zweiten Front kam fast gleich nach dem Einfall Hitlerdeutschlands in der UdSSR zur Sprache. Schon am 24. Juni 1941 erklärte ein Abgeordneter im britischen Unterhaus, daß das geschehen müsse. Ähnliches wurde auch in den USA laut.

Das Sowjetvolk zweifelte nicht daran, daß Hitlerdeutschland durch Schläge von Osten und Westen her zu dem Zweifrontenkrieg gezwungen werden mußte, den die deutschen Strategen so fürchteten. Am 18. Juli 1941 enthielt ein Schreiben Stalins an den britischen Premierminister folgenden konkreten Vorschlag:

„Mir scheint..., daß die militärische Lage der Sowjetunion und gleichermaßen Großbritanniens wesentlich besser werden würde, wenn man gegen Hitler eine Front im Westen (in Nordfrankreich) und Norden (in der Arktis) eröffnen würde. Eine Front in Nordfrankreich würde, außer daß sie Hitlers Streitkräfte vom Osten abziehen könnte, einen Einfall Hitlers in England unmöglich machen."

Churchill lehnte damals diese Aufforderung ab, weil die Verteidigung der Wehrmacht im Westen unüberwindlich (was keineswegs stimmte) und England unvorbereitet sei. Jetzt weiß man aus Archivakten und Memoiren, daß Churchill ganz andere Beweggründe hatte. In einer Rede von Anfang Januar 1942 sprach er Besorgnis aus. Worüber? Nicht über die Lage an der Front und auch nicht über ein (angebliches) Unvorbereitetsein Englands zu Gefechten, sondern — über das Kräfteverhältnis, wie es nach dem Krieg sein würde. Er sagte:



Die Lage an den Fronten des zweiten Weltkrieges, Anfang 1945 (die Linie der sowjetisch-deutschen Front mit dem Stand vom 8.—12. Februar 1945, an der Westfront vom 8. Februar, in Norditalien und Jugoslawien vom 1. Januar 1945).

„Hätten wir der vor drei, vier Monaten so nachdrücklich gestellten Forderung nachgegeben und in Europa eine zweite Front eröffnet, so hätte das unsere Positionen schwer erschüttert."

Die aus Übersee unterstützte Stellung Englands konnte solche nicht zufriedenstellen, denen es aufrichtig um die Zurückwerfung der Horden Hitlers ging. Im Herbst 1941 erklärte der Unterhausabgeordnete Clement Davies:

„Das Haus ist soeben nach den Ferien wieder zusammengetreten, und ich bin fest davon überzeugt, daß die verehrten Mitglieder des Hauses mit ihren Wählern zusammengetroffen sind. Ich wette mit jedem Mitglied des Hauses, daß die erste Frage an uns unleugbar die war: ‚Was beabsichtigen wir zu tun, um Rußland zu helfen?'"

Mit diesem Druck der Massen ist es zu erklären, warum die USA und England im Mai und Juni 1942 gezwungen waren, die Eröffnung der zweiten Front zu versprechen. Am 3. April 1942 schrieb Roosevelt an Churchill:

„Ihr und mein Volk verlangt die zweite Front, damit die Russen entlastet werden. Unseren Völkern kann es nicht entgehen, daß die Russen mehr Deutsche töten und mehr feindliches Heeresgut vernichten als die USA und Großbritannien zusammengenommen."

Damals hielten die Spitzenpolitiker der USA ein enges Bündnis mit unserem Land für eminent wichtig. So heißt es in einem Schriftstück auf den Namen Harry Hopkins', des Beraters von Roosevelt:

„Wir brauchen Rußland nicht nur als mächtigen Kriegsverbündeten, um Deutschland zu schlagen, wir werden es in dieser Rolle auch brauchen, um Japan zu schlagen. Und schließlich brauchen wir es als wirklichen Freund und Kunden in der Nachkriegszeit."

Es ist wichtig festzustellen, daß damals viele Amerikaner die Notwendigkeit einsahen, die Beziehungen zur UdSSR langfristig zu gestalten. In dem genannten Schriftstück heißt es weiter:

„Wenn die Alliierten siegen, wird Rußland eins der drei mächtigsten Länder der Welt sein. Für den zukünftigen Weltfrieden müssen wir wirklich Freundschaft halten, damit wir helfen können, das Weltgeschehen so zu gestalten, daß Sicherheit und Prosperität gewährleistet sind."

Die zweite Front wurde aber weder 1942 noch 1943 eröffnet. Mehr noch, 1942, während der für uns schwersten Monate der Kämpfe an Don und Wolga, wurde die Ablehnung wiederholt. Als Winston Churchill und US-Botschafter Averell Harriman Stalin davon in Kenntnis setzten, erklärte er nach einer amerikanischen Aufzeichnung, daß



Eine Zeichnung des bekannten englischen Karikaturisten Low: Churchill streicht in dem Aufruf „Die zweite Front sofort" das „sofort" durch und schreibt: „Im richtigen Moment" hin

„man keinen Krieg gewinnen kann, wenn man vor den Deutschen Angst hat und nichts riskieren will. Er schloß dieses Stadium der Diskussion abrupt, aber voll Würde, er sehe unsere Argumente zwar nicht ein, könne uns aber nicht zum Handeln zwingen."

Auch 1943 hielten die Alliierten ihr Versprechen nicht. Es lohnt nicht, darüber zu streiten, ob daran vor allem die Engländer schuld waren, die Europa von seinem „weichen Unterleib", dem Balkan, aus erstürmt sehen wollten, oder die USA, die ihre Reserven absichtlich nicht für Europa, sondern für den Pazifik und für Nahost zusammenzogen.

Im englisch-amerikanischen Lager wußte man genau, welche Tragweite die Verweigerung der zweiten Front hatte. Nicht von ungefähr heißt es in einem Aktenstück des US-Amts für strategische Dienste, sie werde so aufgefaßt, daß man

„die ganze Stärke, die Deutschland noch hat, gegen die Sowjetunion losläßt".

Charakteristisch für die Einstellung führender Persönlichkeiten des Westens war es, daß manche Feldherren die Eröffnung der zweiten Front bewußt hinauszogen, weil sie damit rechneten, daß die westlichen Alliierten Hilfe von der Wehrmacht(!) bekommen würden. Auf einer britisch-amerikanischen Konferenz in Quebec vom August 1943 fragte z. B. General Marshall:

„Würden die Deutschen z. B. im Fall eines überwältigenden russischen Erfolges unseren Einmarsch nach Deutschland erleichtern, um die Russen aufzuhalten?"

Die zweite Front wurde erst im Juni 1944 eröffnet, als, wie allgemein anerkannt, die Aussicht bestand, daß die Sowjetarmee allein Deutschland besiegen und das besetzte Europa befreien wird. Nicht umsonst schrieb der südafrikanische Ministerpräsident Feldmarschall Smuts, den man kaum einen Freund der UdSSR nennen kann, am 31. August 1943 an Churchill:

„Unsere Leistung zu Land ist, an Rußland gemessen, unbedeutend und das Tempo völlig unbefriedigend. Wir rühmen uns laut und beständig unserer Kriegsmaterialproduktion, besonders der amerikanischen. Auch dürften nach nunmehr fast zwei Jahren die amerikanischen Kampfverbände enorm stark sein. Aber immer noch schlagen sich einzig die Russen mit der großen Hauptmacht der deutschen Armeen."

Was muß Smuts daraus schließen? Lesen wir:

„Unsere Leistung läßt sich bestimmt so verbessern, daß der Vergleich mit Rußland nicht gar so übel ausfiele. Die große Öffentlichkeit muß das Gefühl haben, daß der Krieg von Rußland gewonnen wird. Wenn dieser Eindruck bestehenbleibt, wie wird sich dann nach dem Krieg unsere Stellung Rußland gegenüber gestalten? Unsere Position in der Welt mag sich völlig verschieben und so Rußland zur diplomatischen Vormacht der Welt werden... Wenn wir nicht als ebenbürtige Partner aus diesem Krieg hervorgehen, werden wir uns in einer unbequemen, ja gefährlichen Lage befinden."

Wir wir sehen, ging es vielen Spitzenpolitikern des Westens nicht um Einhaltung der Bündnisverpflichtungen, für die die Sowjetarmee kolossale Opfer brachte, nicht darum, den Nazismus auszumerzen. Der Weg nach Berlin war für sie nur ein Weg zur Verstärkung ihrer Nachkriegspositionen.

Hinter den Kulissen

Die Geschichte der zweiten Front oder vielmehr ihrer Verhinderung hat ein Kapitel, das oft unerwähnt bleibt. Warum? Weil daraus ersichtlich wird, wie scheinheilig die offiziellen Beteuerungen der USA und Englands waren, daß sie ihren Verpflichtungen aus der Antihitlerkoalition getreulich nachkämen.

Die Sache schien klar: Im sowjetisch-englischen Abkommen von 1941 „Über gemeinsame Aktionen im Krieg gegen Deutschland" heißt es klipp und klar, daß alle Separatverhandlungen mit dem Aggressor zu unterbleiben haben. Das Prinzip der

bedingungslosen Kapitulation, das jede Möglichkeit von Verhandlungen mit den Nazis ausschließt, wurde 1944 von Vertretern der drei Mächte in der Europäischen Konsultativkommission bestätigt. Trotzdem erfährt man jedes Jahr von neuen Dokumenten, aus denen hervorgeht, wie unlauter die USA und England in dieser Hinsicht gehandelt haben.

In einer Chronik der abschließenden Kriegsphase ist der bekannte Vorfall erwähnt, wie die Fäden der Geheimdiplomatie plötzlich vor der Weltöffentlichkeit in ein grelles Licht gesetzt wurden. Gemeint sind die Verhandlungen, die die Amerikaner in Person des Chefs des Europabüros des OSS (Strategischen Nachrichtendienstes), Allen Dulles, mit Obergruppenführer der SS Karl Wolff von Februar bis April 1945 in der Schweiz führten. Ihretwegen fand ein schroffer Briefwechsel zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill statt. Zunächst die Vorgeschichte, die von den westlichen Spitzenpolitikern erst recht verschwiegen wurde, als sie sich vor der UdSSR rechtfertigten. Sie ist nicht nur an sich bezeichnend, sondern hat direkt auch etwas mit dem Verhalten der USA und Englands zu den Berlin betreffenden Operationen zu tun.

Die Zusammenkunft von Dulles mit Wolff war keineswegs sein erstes Treffen mit Abgesandten Himmlers. In den Archiven der SS lagen — zum großen Leidwesen von Dulles — Aktenstücke, die den künftigen CIA-Chef entlarvten. Es sind die ausführlichen Protokolle von Verhandlungen, die Dulles 1943 mit Bevollmächtigten der SS führte. Diese sind unter den Decknamen Pauls und Bauer erwähnt. Wir hatten die Protokolle schon veröffentlicht (s. Heft 27/60).

Der Geheimdienst der USA versuchte, den guten Ruf seines Chefs zu retten. Ein „offizieller Vertreter" der CIA bedeutete dem amerikanischen Verfasser eines Buchs über die OSS, R. Smith, die sowjetische Wochenschrift habe den Wortlaut der Protokolle willkürlich „geändert". Um sich vom Gegenteil zu überzeugen, braucht man nur erbeutete deutsche Aktenstücke zu kennen, die ebenfalls in Washington aufbewahrt werden. Die fraglichen Protokolle liegen dort in der Akte T-175 und sind mit dem von uns veröffentlichten Wortlaut genau identisch.

Was stand in den Protokollen von 1943? Daß die Amerikaner das Prinzip einer bedingungslosen Kapitulation faktisch ablehnten und deutschen Abgesandten zu verstehen gaben, daß sie zum Verhandeln bereit seien, um Deutschland als „Faktor der Ordnung" in Europa und als „Brückenkopf gegen den Bolschewismus" bestehen zu lassen. Dulles bedauerte es offenkundig, daß Hitler sich in einen Waffenkonflikt eingelassen hatte, er hätte vom Westen friedlich alles haben können, was er wollte. In den Gesprächen wurde ein erzreaktionärer Plan für einen Nachkriegsumbau Europas entwickelt und wurden namentlich Maßnahmen gegen die antifaschistische Bewegung und gegen das zunehmende Ansehen der UdSSR erörtert.

Der Schreiber dieser Zeilen hat vor einiger Zeit noch mehr Angaben über die Verhandlungen von 1943 gefunden und sogar einen Augenzeugen gesprochen, Herrn Reinhard Spitzy, der jetzt in Österreich wohnhaft ist. Er nahm unter dem Decknamen Bauer an den Zusammenkünften mit Dulles und seinem Mitarbeiter Royall Tyler teil. Den Decknamen Pauls führte Prinz Maximilian Egon zu Hohenlohe-Langenburg, ein alter Freund Spitzys. Dieser hat erstens bestätigt, daß es bei den Verhandlungen um eine Separatabmachung mit den USA und England gegen die UdSSR ging. Dahingehende Anweisungen hatten Hohenlohe und Spitzy von SS-Spionage-Chef Schellenberg vor dem Treffen in der Schweiz bekommen.

Die Initiative dazu war von den Amerikanern ausgegangen. Hohenlohe stand schon vor dem Krieg mit Dulles und Tyler in Verbindung (sie wußten, daß er schon damals versucht hatte, einen Kompromiß mit England zu finden). Tyler war es, der Hohenlohe im Dezember 1942 in die Schweiz einlud.

Spitzy hat das Archiv von Hohenlohe. Es enthält interessante Zusätze zu den SS-Protokollen. Der Prinz schrieb z. B. folgende Aussprüche seiner amerikanischen Gesprächspartner nieder:

„Deutschland könnte für USA neben England großer Ordnungsstaat sein als seriöser Partner und Damm gegen Überschwemmung Europas mit russischer Ideologie und Produktion. Daher solide deutsche Ordnungsmacht nicht zu entbehren..."

„Hitler und sein Regime seien wohl gleichgültig; selbst Himmler wäre als Ordnungsfaktor für sie akzeptabler..."

Der haarsträubende Zynismus von Dulles und Tyler bedarf keines Kommentars. Das waren aber keineswegs Zufallsäußerungen. Das war die Auffassung einflußreicher Kreise der USA und Englands, die den Interessen der Antihitlerkoalition zuwiderhandelten.

Meldungen von V-Mann 144/7957

Wie weit die Absichten der Antikommunisten gingen, zeigt noch ein Aktenstück aus SS-Archiven. Es wurde der SS-Führung am 30. April 1943 vom Vertrauensmann Nr. 144/7957 aus der Schweiz zugeleitet. Er hatte Kontakt zu Dulles aufgenommen und sich nach dessen außenpolitischen Ideen erkundigt. Dulles gab ihm seine Prognose, laut der „selbstverständlich der nächste Weltkrieg zwischen den beiden mächtigsten Staaten, den USA und der Sowjetunion, zu befürchten sei".

Aber nicht nur das, Dulles fragte sein Gegenüber nach „nihilistischen und anarchistischen Möglichkeiten im deutschen Bürgertum und vor allem in der deutschen Arbeiterschaft".

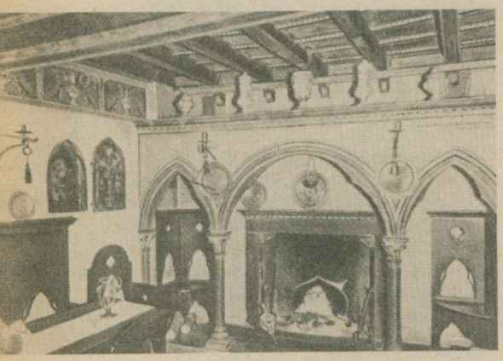
Auch äußerte er die Befürchtung, nach Deutschlands Niederlage könne es dort zum Bürgerkrieg kommen. Man müsse ihn „durch Luftlandetruppen der Alliierten

Nach der Weichsel-Oder-Operation stehen die sowjetischen Truppen unmittelbar vor Berlin



verhindern..., denn so könne er sich vorstellen, daß eine politische Radikalisierung vor allem in den Städten vermieden werden könne".

Merken wir uns die Luftlandetruppen und konstatieren wir die panische Angst vor einer Radikalisierung



In diesem Haus im schweizerischen Lugano trafen sich im März 1945 Geheimemissäre Hitlers mit amerikanischen Vertretern.

Deutschlands. Ebenso wie seine Gesinnungsbrüder in Washington fürchtete auch Dulles nichts so sehr wie eine demokratische Entwicklung in Deutschland und Europa, ein Anwachsen der antifaschistischen Kräfte. Diese Angst spricht aus vielen politischen Dokumenten der USA und Englands. So wurde bei einer Zusammenkunft Roosevelts mit Hull und Eden, den Außenministern der beiden Länder, vom 17. März 1943 folgendes geäußert:

„Wenn wir nicht prompt und sicher handeln, kann eins von zwei Dingen geschehen: Entweder wird Deutschland kommunistisch, oder eine völlige Anarchie ergreift dort Platz."

Auf solche Stimmungen gingen einige konkrete Pläne des amerikanischen Geheimdienstes zurück. Ein namhafter deutscher Emigrant in der Schweiz, der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, schreibt in seinen Erinnerungen, als Dulles Kontakt zur sogenannten Generalsopposition aufnahm, habe er gehofft,

„daß durch einen Sturz Hitlers der Krieg beendet würde, bevor die Sowjetrussen in Berlin wären. Ein rascher Friedensschluß ... hätte das verhindert."

Hoegner erinnert sich (und hat mir das voriges Jahr gesprächsweise bestätigt), daß Dulles über das Fehlschlagen des Attentats vom 20. Juli 1944 bestürzt ausgerufen habe, nun sei alles verloren. Aber auch damit heuchelte der spätere Chef des amerikanischen Geheimdienstes. Bis zum letzten Augenblick des Krieges gab er den Gedanken nicht auf, die Linken in Deutschland niederzuwerfen und einen Siegeszug der sowjetischen Truppen zu verhindern. Anfang 1945 kam sein Hauptinformant Fritz Kolbe (Decknamen: George Wood) aus Berlin zu ihm nach Bern. Sie besprachen einen Plan für eine Truppenlandung mit Fallschirmen in Berlin, die den Einmarsch der sowjetischen Truppen verhindern sollte.

Wie der schon erwähnte OSS-Historiker Smith bezeugt, leitete Dulles den Vorschlag nach Washington weiter. Aber kein führender Politiker oder Militär der USA wagte es, die Verantwortung für ein solches Husarenstück zu übernehmen, das sowohl politisch als auch militärisch keiner Kritik standhalten konnte und folglich abgelehnt wurde. Erörtert hatte man den Plan aber dennoch, und im März 1945 erhielt das 18. Luftlandekorps Auftrag, im Falle eines „plötzlichen Zusammenbruchs" Deutschlands Fallschirmjäger für Polizeifunktionen in Berlin abzusetzen. Erst im April widerrief man die Weisung als unreal.

Ein Triumphzug!

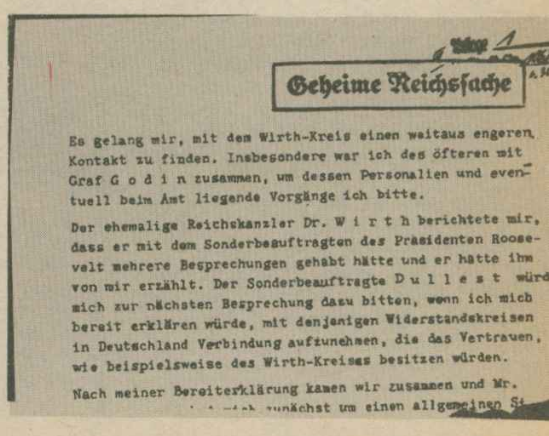
Jetzt kommen wir auf das Frühjahr 1945 zurück, als der Sieg schon im Anzuge war. Die führenden Militärs der UdSSR, der USA und Englands standen vor der Aufgabe, die Niederwerfung Hitlerdeutschlands und seiner Streitkräfte zum Abschluß zu bringen, was infolge des erbitterten Widerstandes des Naziregimes schwer genug war. Wir fügen hinzu, daß auch die andere Aufgabe — die Gewährleistung friedlicher Verhältnisse für die befreiten Völker Europas — erschwert war, u. zw. dadurch, daß in den USA und England in der Schlußphase des Krieges diejenigen politischen Gruppen merklich stärker geworden waren, die, nachdem sie der UdSSR und der Antihitlerkoalition das Höchste, die Rettung ihrer Länder vor der braunen Pest, zu verdanken hatten, Eile hatten, die Koalition zu sprengen.

Von ebendiesen politischen Gruppen ging die Absicht aus, die letzten Gefechte nicht als gemeinsame Operation zu betrachten, sondern als ein Tauziehen um günstige Nachkriegspositionen. Der UdSSR lag so etwas fern. Das zeigte sie auch auf der Konferenz der drei Mächte in Jalta von Anfang 1945 und überhaupt in der genauen Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen. Wie aber Aktenstücke aus den Archiven erkennen lassen, gewann bei den führenden westlichen Politikern und Militärs eine eigennützige und sogar zynische Einstellung die Oberhand.

Konflikte im westlichen Lager selbst äußerten sich hinsichtlich der Schlußoperationen des zweiten Weltkriegs, konkret im Hinblick auf Berlin als Objekt dieser Operationen. Später ereignete sich ein Kuriosum: Als man sich in den Nachkriegsjahren mit diesem Problem beschäftigte, machten die kalten Krieger unter Churchill Berlin fast zum Schwerpunkt dieser Differenzen. Gemeinsam mit Feldmarschall Montgomery, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der britischen Truppen, brachte Churchill die Lesart in Umlauf, die Westmächte hätten die Schlacht um Berlin verloren und die Chance, die sie angeblich hatten, versäumt.

So paradox das auch klingt, war der Oberbefehlshaber der alliierten Expeditionstruppen, General Eisenhower, vor allem die Zielscheibe der Anwürfe. Darauf brauchte hier nicht weiter eingegangen zu werden, wenn es sich nur um Ehrgeiz oder persönliche Rachegelüste gehandelt hätte. Dahinter steckten jedoch Versuche Churchills, der die unheilvolle Fultoner Rede hielt, und seines Anhangs, sein Verhalten in der letzten Kriegsphase rückwirkend zu rechtfertigen, ein Verhalten, das dem Erfolg der Koalition nicht förderlich, sondern hinderlich war.

Was sagen die Dokumente? Tatsächlich debattierte das Vereinigte Oberkommando der Alliierten im



Geheime Reichssache

Es gelang mir, mit dem Wirth-Kreis einen weitaus engeren Kontakt zu finden. Insbesondere war ich des öfteren mit Graf G o d i n zusammen, um dessen Personalien und eventuell beim Amt liegende Vorgänge ich bitte.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. W i r t h berichtete mir, dass er mit dem Sonderbeauftragten des Präsidenten Roosevelt mehrere Besprechungen gehabt hätte und er hätte ihm von mir erzählt. Der Sonderbeauftragte D u l l e s t würde mich zur nächsten Besprechung dazu bitten, wenn ich mich bereit erklären würde, mit denjenigen Widerstandskreisen in Deutschland Verbindung aufzunehmen, die das Vertrauen, wie beispielsweise des Wirth-Kreises besitzen würden.

Nach meiner Bereiterklärung kamen wir zusammen und Mr. [illegible] zunächst um einen allgemeinen St[illegible]

Herbst 1944 über eine Ausdehnung der Operationen in Westeuropa. Am 15. September 1944 fragte Eisenhower Montgomery in einem Schreiben an, worauf die Schläge nach der Einnahme des Ruhrgebiets und des Saarlands gezielt werden sollen. Er betonte, man müsse sich

„Möglichkeiten schaffen, mit den letzten Resten der deutschen Streitkräfte im Westen kräftig aufzuräumen, weitere Schlüsselstellungen zu besetzen und die Bevölkerung Deutschlands immer mehr in die Enge zu treiben".

Aber wie? Eisenhower sah drei Möglichkeiten vor:

„a) mit Teilen beider Armeegruppen nach Berlin vorzustoßen. . .

b) Sollten die Russen vor uns nach Berlin kommen, würde die nördliche Armeegruppe das Gebiet um Hannover und Hamburg mit den Häfen besetzen und die mittlere Gruppe das Gebiet um Leipzig—Dresden oder Teile davon, je nachdem, wie weit die Russen vorstoßen.

c) In jedem Falle würde die südliche Armeegruppe das Gebiet Augsburg—München besetzen."

Eisenhower faßte zusammen:

„Kurz zusammengefaßt, es ist mein Wunsch, auf dem direktesten und schnellsten Wege auf Berlin vorzustoßen, wobei die vereinigten amerikanisch-englischen Streitkräfte von den anderen noch verfügbaren Kräften unterstützt werden . . . — alle in einer gemeinsamen, aufeinander abgestimmten Operation."

Montgomery, der die an der Nordflanke operierende und Eisenhower unterstellte 21. Armeegruppe befehligte, war mit seinem Vorgesetzten nicht einverstanden. Am 18. September antwortete er ihm, er sei nicht für

„eine gemeinsame Operation, bei der alle verfügbaren Armeen durch Deutschland vorrücken".

Einwände machte er auch gegen den Vorstoß auf München, Nürnberg und Augsburg, denn

„Für das beste Ziel halte ich das Ruhrgebiet und von dort weiter nach Berlin auf dem nördlichen Wege."

Montgomery wollte, daß seine Armeegruppe, die aus englischen und kanadischen Truppen bestand und einige amerikanische Divisionen als Verstärkungen bekommen hatte, den Auftrag bekommt.

Hinter Montgomerys ehrgeizigen Erklärungen steckte eine bestimmte Absicht. Auch Churchills Traum war eine Einnahme Berlins um jeden Preis. Ein amerikanischer Historiker schreibt, britische Militärs hätten 1944 den Ausbau der Operationen als

„Triumphzug über den Ärmelkanal schnurstracks nach Berlin" dargestellt.

Bemerkenswerterweise hatte Eisenhower grundsätzlich keine Einwände, er antwortete, er glaube nicht, „daß irgendein größerer Unterschied zwischen unseren Auffassungen besteht". Er setzte aber dem ehrgeizigen britischen Feldmarschall höflich auseinander, daß es nicht ratsam wäre, den anderen (d. h. den amerikanischen) Truppen eine passive Rolle anzuweisen und sie zu lassen, wo sie standen.

Die weiteren Gefechte an der Westfront zeigten, was Montgomerys Vorschläge wert waren. Er hatte gut von einem Triumphzug reden, doch die raue Wahrheit des Krieges zwang die 21. Heeresgruppe zu hartnäckigen Kämpfen. Der „legendäre Monty", den die britische Propaganda nicht genug verherrlichen konnte, stand an einer nachhinkenden Flanke der alliierten Truppen. Am erfolgreichsten waren die Kämpfe im Westen gerade dort, wo Montgomery zu operieren abgeraten hatte, nämlich an der Südflanke.

(Schluß folgt)

USA

AUF FREMDEM BODEN

Prof. Nikolai JAKOWLEW



Vor 15 Jahren, am 24. April 1965, kam es in der Dominikanischen Republik zu einem Aufstand, dessen Teilnehmer den 1962 gewählten und ein Jahr danach von einer Militärjunta gestürzten Präsidenten Juan Bosch wieder zur Macht bringen wollten. Es waren die ersten freien Wahlen seit 38 Jahren gewesen, von denen 31 Jahre die blutige Diktatur Trujillos geherrscht hatte, und deshalb war das Wahlergebnis jedem Demokraten teuer. Um es kurz zu sagen, machte das Volk im April 1965 sein Recht geltend, selbst über sein Geschick zu bestimmen.

Für die US-Regierung Johnson kam das gar nicht in Frage. Er sagte im Nationalen Sicherheitsrat der USA: „Bei Gott, ich werde vorstoßen, und dem Allmächtigen sei Dank, daß ich Männer habe, die mitgehen werden, angefangen von McNamara" (dem Verteidigungsminister) „bis hinunter zum letzten Soldaten mit dem Gewehr". Auf ein Alarmsignal hin machte sich Marineinfanterie auf einen Weg, den sie schon kannte, denn von 1916 bis 1924 hatte sie die Dominikanische Republik schon besetzt gehalten. Die Söhne traten in die Fußtapfen der Väter.

Johnson glaubte, dem amerikanischen Volk eine ausreichende Erklärung gegeben zu haben, warum der Koloß USA über die winzige Republik herfiel. Er sagte: „Ich wußte eins: Jetzt ist keine Zeit zur Unentschlossenheit. Als kleiner Junge lernte ich in der Schule ein paar Sätze aufsagen. Ich weiß nicht mehr alle, aber einige sind jetzt sehr angebracht. Sie lauten ungefähr so: 'Ich sah große Kunst- und Bauwerke. Ich sah den Sonnenaufgang auf dem Montblanc, aber der schönste Anblick, der sich meinen Augen darbot, war die Flagge meines Landes in einem fremden Land.'" Die 22 000 Ledernacken kostete es nicht viel Mühe, dem Präsidenten diesen Genuß zu bereiten und das Sternenbanner in der Dominikanischen Republik aufzupflanzen.

Viel schwerer ließ es sich erklären, mit welchem Recht und wozu sie das getan hatten. Auf der westlichen Halbkugel besteht die Organisation der Amerikanischen Staaten, nach deren 1948 beschlossenen Satzung eine Einmischung in die Angelegenheiten

eines anderen Landes nur im Falle einer Aggression oder einer Bedrohung des Friedens zulässig ist. Und natürlich nach einer Beratung. Der Exekutivsekretär der Organisation (OAS) erfuhr jedoch aus einer TV-Sendung von der Intervention. Vom Standpunkt des US-Präsidenten aus war nichts Außergewöhnliches vorgefallen. Über die Möglichkeiten der OAS äußerte er sich so: „Die kriegt es fertig, Pisse aus dem Stiefel zu gießen, um Instruktionen zu lesen, die doch auf dem Absatz geschrieben stehen."

Bei dieser Meinung konnte er nicht bleiben, denn die Intervention löste Massenproteste aus. Abgesandte der USA mußten sich auf den Weg machen, darunter auch Averell Harriman, um in den Ländern Lateinamerikas Erklärungen abzugeben. Arthur Schlesinger schrieb später: „Bis über die Ohren mit Informationen der CIA vollgestopft und dumm genug, deren absurde Berichte zu glauben, willigte ich ein, loszufahren.." Im letzten Augenblick blieb er aber doch zu Haus. Dazu hatte er seine Gründe.

Die im Weißen Haus und bei der CIA eiligst erfundenen „Greuel" in der Dominikanischen Republik platzten wie Seifenblasen. Präsident Johnson persönlich hatte am 17. Juni 1965 auf einer Pressekonferenz erklärt: „Etwa 1500 unschuldige Menschen wurden erschossen, ihnen wurden die Köpfe abgehackt, und sechs lateinamerikanische Botschaften wurden überfallen und beschossen, und das alles in den vier letzten Tagen vor unserem Einmarsch. Als wir mit unserem Botschafter sprachen, um uns bestätigen zu lassen, daß die Schrecken und die Tragödie wirklich vorgekommen waren und daß wirklich auf Amerikaner und auf die US-Botschaft geschossen worden war, sprach er mit uns telefonisch, unter dem Schreibtisch sitzend, weil Kugeln durch die Fenster hereingeflogen kamen und weil die im Hotel versammelten 1000 amerikanischen Männer, Frauen und Kinder flehten, ihr Präsident möge ihnen das Leben retten."

Später schrieb ein Berater Johnsons, Prof. Eric Goldman, über diesen Ausspruch in seinem Buch „Lyndon Johnsons Tragödie" (1969): „Die meisten nordamerikanischen Korrespondenten meldeten, daß keine einzige Botschaft beschossen, daß niemandem der Kopf abgehackt worden sei und daß man nichts davon merke, daß viele Menschen den Tod gefunden hätten. Auch sei man keinem einzigen US-Bürger zu nahe getreten. Da wurden in der US-Botschaft in Santo Domingo unter Journalisten Fotos von angeblichen Kommunisten verteilt, die den Aufruhr angeführt hätten. Gewissenhafte Presseleute prüften die Sache nach, und Dan Kurzman von der „Washington Post" sowie Ted Szulc von der „New York Times" berichteten im Fernsehen:

„Kurzman: ‚Einer entpuppte sich als stockkonservativ, ein anderer als Marineoffizier, der als Konservativer bekannt ist, noch einer...'

Szulc: ‚Einer von ihnen war zehn Jahre alt.'

Kurzman: ‚Wir wollen doch nicht zu dick auftragen, er war 15.' "

Und so ging es weiter. Woher hatte der Präsident die Greuelmeldungen? Natürlich von der CIA. Prof. Schlesinger, der damals bei der Washingtoner Elite aus und ein ging, schrieb viele Jahre danach (natürlich möglichst „taktvoll"): ‚Ein unerfahrener CIA-Direktor, der erst sieben Stunden im Amt war, gab in seinem Eifer, sich als Antikommunist auszuweisen, ungeprüfte Meldungen von Geheimagenten aus Santo Domingo über Enthauptungen in den Straßen weiter und lieferte zweifelhafte Listen dominikanischer Kommunisten, die das Heft in der Hand hätten."

Ein Historiker der CIA, Thomas Powers, bestätigte 1979 tatsächlich, daß der damalige CIA-Chef, Admiral William Raborn, schädlichen Übereifer gezeigt habe. Er habe auf einen Knopf der Sprechanlage gedrückt und zu Drexel Godfrey, dem Chef des Büros für laufende Erkundungen, gesagt:

„‚Wie stehen wir in der Dominikanischen Republik da?'

Godfrey wußte nicht, was er sagen sollte.

‚Was melden unsere Agenten?' ließ Raborn nicht locker.

‚Herr Admiral, ich glaube, Sie sind falsch verbunden. Hier ist nicht die Operationsabteilung.'

‚Ach so, entschuldigen Sie. Hier sind so viele Knöpfe, daß ich nicht weiß, auf welchen ich drücken soll.' "

Aber das war es nicht. Auf die Knöpfe der Sprechanlage beim CIA-Chef kommt es nicht an.

Die Vorgänge von 1965 in der Dominikanischen Republik zeigen unmißverständlich, daß der US-Imperialismus mit dem Kopf durch die Wand geht, wenn er den Willen von Völkern brechen will. Eine beliebige Aktion gegen das, was Washington als die „Interessen der USA" bezeichnet, hat sofort deren Einmischung und, wenn möglich, ein schonungsloses Strafgericht zur Folge. So war es immer, und so ist es jetzt. Da sind die provokatorischen militärischen Umtriebe in der Karibik, die kriegslüsternen Pläne gegen den Iran, die unverhohlene Unterstützung des reaktionären Regimes von El Salvador usw. Imperialismus und Gewalt sind nicht voneinander zu trennen.

Ein krasses Beispiel dafür, wie eine imperialistische Einmischung gerechtfertigt wird, ist die Washingtoner „Erläuterung" der Intervention in der Dominikanischen Republik. ■

BIOGRAPHISCHES



DER KANADISCHE AUSSENMINISTER MARC MACGUIGAN

Marc MacGuigan wurde am 17.2.1931 in Charlottetown (Prince Edward-Insel) geboren. Studierte an der St. Dunstan-Universität in Charlottetown, in Toronto und an der Columbia-Universität.

1960—1968 war er Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Toronto, dann Dekan der juristischen Fakultät der Windsor-Universität, 1967/68 Experte im Verfassungsrat. Er ist Mitglied von Juristenverbänden, -gesellschaften und -klubs. Bei den Wahlen zum Bundesparlament 1963 kandidierte er erstmals für die Liberale Partei, kam aber nicht durch.

1968, dann 1972, 1974, 1979 und 1980 ins Parlament gewählt.

1972—1974 war MacGuigan parlamentarischer Sekretär des Ministers für Arbeitskräfte und Einwanderer. 1974—1975 parlamentarischer Sektetär des Arbeitsministers. 1968 bis 1979 befaßte er sich in den Trudeau-Regierungen mit Rechtsfragen.

DISKUSSION MIT DEM LESER

In Ihrem Heft 14/80 habe ich einen Artikel über die raffgierigen Multis gelesen. Vielleicht haben Sie mit der Behauptung recht, daß sie die dritte Welt in ihrer Entwicklung behindern. Aber ganz anders ist es bei entwickelten Ländern wie Italien. Ich bin Ökonom und wage zu behaupten: Wem das Wirken von US-Firmen auf dem Apennin in erster Linie etwas einbringt, steht noch nicht fest.

Giorgio CINCOTTI
Mailand



Es diskutiert

NZ-Kommentator

Lew

MAKAREWITSCH

Wenn ich Sie richtig verstehe, bringt das Wirken der Multis auch Italien etwas ein.

Ohne Zweifel hatten und haben die US-Konzerne und ihre Investitionen einen gewissen Anteil daran, daß in Italien neue Produktionsformen, firmeneigene Prognostizierung, Reklame und Marketing eingeführt werden konnten. In den 60er und 70er Jahren stellten viele italienische Firmen Leitung und Produktion nach amerikanischem Muster um, und das machte sie konkurrenzfähiger, Produktion und Absatz effektiver. Zanussi und IRE konnten auf dem italienischen Markt sogar den US-Giganten General Electric übertrumpfen und bei elektrischen Haushaltsgeräten führend bleiben.

Das ist die eine Seite, Signore Cincotti, und die andere?

Sie werden wohl kaum bestreiten, daß in Finanzen, technischem Niveau und Technologie die US-Konzerne den italienischen überlegen sind. Der Erfolg von Zanussi und IRE ist eine der seltenen Ausnahmen. Elektronik, Pharmazeutik und andere italienische Branchen sind von den US-Firmen völlig beherrscht.

Über sie hat das Land die Kontrolle praktisch verloren. Über Bewegung der Kapitalinvestitionen, Standortverteilung der Produktion und des Absatznetzes, Beschäftigung und andere wichtige Fragen entscheiden US-Firmen oft ohne Wissen der italienischen Regierung. Das kommt Italien teuer zu stehen. Viele Wirtschaftsprogramme scheitern. Die Zweig- und Territorialdisproportionen werden größer, die Arbeitslosigkeit steigt, die Finanzkrise verschärft sich.

Nehmen wir als Beispiel das vor einigen Jahren formulierte Programm für die Industrialisierung Süditaliens mit Hilfe ausländischen, u. a. US-Kapitals. Den ausländischen Geldgebern waren sogar viele finanzielle Vorzugsrechte eingeräumt worden. Doch hat sich seither dort etwas verändert?

So gut wie nichts. Reichlich vier Fünftel aller US-Firmen in Italien haben ihren Sitz im Norden, im Süden nur etwa ein Siebentel. Warum? Weil es den Multis viel zu schade um das Geld ist. Im Süden gibt es zum Unterschied vom Norden keine entwickelte Produktionsinfrastruktur und nicht ausreichend qualifizierte und dabei billige Arbeitskräfte.

Zum Beschäftigungsproblem im Süden schrieb ein Kollege von Ihnen in „Consigli": „Die Milliarden, die internationalen Monopolen" (darunter auch amerikanischen) „geschenkt worden sind, haben nur unsichere Arbeitsplätze geschaffen, eindeutig zu wenig, um die starke Emigration aufzuhalten, ja ... sie haben die Arbeitslosigkeit sogar vergrößert."

Ich weiß nicht, wieviel Sie verdienen, Signore Cincotti, aber sicherlich hat sich die Inflation in Ihrem Haushalt wiederholt bemerkbar gemacht. Mit einer Inflationsrate von 20% im Jahr ist Italien unter den EG-Ländern führend.

Die US-Monopole haben an der Zuspitzung der Finanzkrise in Italien viel Schuld. Ein Grund für die Schwächung der Lira und das wachsende Defizit in der Zahlungsbilanz sind die Profite, die US-Konzerne aus Italien herausholen und die viel größer sind als der US-Kapitalimport. Selbst nach zu niedrigen Angaben lagen sie z. B. 1975 etwa um 250 Mio Dollar darüber. Um die Löcher in seinem Budget zu stopfen, muß Italien andere Staaten um Hilfe bitten. Dadurch vergrößern sich nicht nur die Auslandsschulden (u. a. bei US-Banken), die über 20 Md. Dollar betragen, sondern auch die Abhängigkeit: die finanzökonomische wie die politische, vor allem von den USA.

An diese Abhängigkeit hat Washington Ihre Landsleute wiederholt erinnert, wenn ihm die politische Entwicklung auf der Apenninenhalbinsel nicht paßte. Denken wir nur an die aufsehenerregende Erklärung des USA-Departments und die Äußerung des US-Botschafters in Rom, Gardner, Washington wolle die IKP nicht in der Regierung wissen. Die USA und ihre Monopole wissen demokratische Veränderungen mit erprobten Mitteln zu unterbinden. Sie reichen von „schwarzen Gewerkschaften" und Diskriminierung der Anhänger von Linksparteien unter den Werktätigen bis zur Bestechung von Politikern und Finanzierung reaktionärer Verschwörungen. Ist das nicht ein zu hoher Preis für das Schalten und Walten des US-Kapitals in Italien?

Berichten Sie bitte etwas über den Fremdenverkehr in Bulgarien.

A. IWLEW
Odessa, UdSSR

Der Fremdenverkehr ist in Bulgarien ein Wirtschaftszweig, der sich rasch entwickelt. Unter der Volksmacht sind so weltbekannte Schwarzmeerkurorte wie Drushba, Goldene Nehrung, Sonnenstrand und Albena, im Gebirge die Komplexe Aleko, Pamporowo und Borowez entstanden.

Das Staatliche Komitee der VRB für Tourismus hält für den Fremdenverkehr fast 220 000 Plätze in Hotels, Bungalows und Privatquartieren und fast 74 000 auf Zeltplätzen bereit. Der Generalvertreter des Komitees in Moskau, Sh. Staikow, gab an: Während Bulgarien 1960 von wenig mehr als 200 000 Touristen besucht wurde, waren es 1970 schon mehr als 2,5 und 1979 5,12 Millionen.

Mit jedem Jahr wächst der Touristenstrom aus der Sowjetunion. Hier werden über 30 Reiserouten angeboten, darunter zwei neue zu Stätten, an denen russische Soldaten und bulgarischer Landsturm für Bulgariens Befreiung vom Türkenjoch kämpften.

PS

Das klappt ja



Am 2. April berieten der portugiesische Ministerpräsident Sa Carneiro und General Soares Carneiro unter vier Augen über dessen Kandidatur bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Anderntags gab ein Agent der CIA, Beamter der US-Botschaft in Lissabon, wie die Wochenschrift „Espresso" mitteilt, einem bekannten portugiesischen Politiker, das Gespräch fast wörtlich wieder und sagte dem betroffenen Portugiesen, nach dem Gespräch sei aus Washington schon durchgegeben worden, wen man dort als portugiesischen Staatschef sehen möchte.

Unter seiner Würde

Der Ausrufung der Republik Simbabwe in der Nacht zum 18. April wohnten fast alle namhaften Politiker dieses Landes, sogar ehemalige, bei. Ex-Ministerpräsident, Chef der früheren Marionettenregierung Muzorewa saß auf der Haupttribüne ganz hinten und bemühte sich, nicht gesehen zu werden. Sein Chef, der ehemalige weiße Machthaber Rhodesiens, Ian Smith, boykottierte die Feier. Er ging für diese Tage nach der RSA und hielt dort Vorträge, wahrscheinlich darüber, wie man die Agonie des rassistischen Regimes verlängern könne.

„Hallo! Hier Sadat."

Der Dame Sadat, die ihren Gatten nach Washington begleitete, wurde feierlich ein Fernsprechapparat in Form einer Pyramide überreicht. Gerührt versprach sie, ihre amerikanischen Bekannten täglich anzurufen. Man spottet, Sadat werde den Apparat öfter gebrauchen: für Beschwerden bei Carter über die Unnachgiebigkeit Israels.

Eine nackte Sensation

Die Stadtbehörde des Seebads Brighton hat erstmalig in der Geschichte Englands einen Strand für die FKK freigegeben. Tausende Engländer vergaßen ihre britische Zugeknöpftheit und fanden sich, mit Ferngläsern und Kameras bewaffnet, am anstoßenden Kai ein. Die Associated Press hat errechnet, daß auf jeden Nacktbadenden bis zu 700 Gaffer gekommen seien. Bei den Geschäften und Gaststätten der Gegend ist Hochbetrieb. Der Barbesitzer Bonny Manzi kreierte sofort einen Nacktcocktail, einen klaren Wodka mit einer einsam darin schwimmenden Kirsche.

Unverbesserlich



Die Kirchenbehörde von Nordjütland (Dänemark) enthob den Pastor von Hune, Tom Möller Jensen, seines geistlichen Amtes, weil sich Mitglieder der Gemeinde beschwert hatten, er trinke, lästere, wenn er betrunken sei, sogar von der Kanzel und nenne den Kirchenrat einen „Haufen eingebildeter Affen". Statt für die Gemeinde da zu sein, drücke er sich in den Dorfschenken herum. Das Kirchenministerium setzte ihn nach einem halben Jahr wieder ein, aber er denkt nicht daran zu bereuen, sondern sagt, er werde es genau so halten wie bisher.

Eine Goldgrube war es nicht

Gleich nachdem Carter 1976 zum Präsidenten gewählt worden war, kauften kanadische Geschäftsleute für 325 000 Dollar ein großes Grundstück, 300 m von Carter Haus in Plains (Georgia) entfernt. Darauf wollten sie Cottages für Touristen, eine rustikale Gaststätte, einen Sportplatz und ein Haus der „amerikanisch-kanadischen Freundschaft" bauen lassen und versprachen sich großen Gewinn davon. Einen Teich auf dem Grundstück nannten sie nach Carters Tochter den Amy-See. Die Walfahrten zu Carters Haus blieben aber aus, und mit Carters Ansehen sinkt auch der Preis des Grundstücks. Jetzt werden dafür nur 225 000 Dollar geboten.

Also wessen Opfer?

Als die Friseuse Elke Kolbow in Hamburg morgens zur Arbeit kam, prallten die Kollegen wie vor einem Gespenst zurück. Sie hatten gerade in Springers „Bild-Zeitung" gelesen, Elke sei ermordet worden, „wahrscheinlich von einem Freund aus Eifersucht". Auf eine Rückfrage der DPA bekam sie von einem Redaktionsangestellten der „Bild-Zeitung" den Bescheid, eine Namensverwechslung sei vorgekommen, und die Redaktion habe sich bei dem „Opfer ihres Freundes" bereits entschuldigt.

Nützlich? Vielleicht, angenehm bestimmt

Mitglieder des US-Kongresses wollten auch Ostern nicht müßig sein. Um „Informationen einzuholen", reisten 12 „Volksvertreter" nach den Azoren, drei nach den Jungferninseln und zwei nach Barbados, natürlich für Geld der Steuerzahler. Diese fragen sich, warum wohl keiner nach „Informationen" in die Antarktis geflogen sei.

Wozu einen Elefanten?



In Pasto (Kolumbien) befragen Polizisten die Passanten, ob sie nicht einen Elefanten gesehen haben. Die Befragten lachen, aber der Polizei ist nicht zum Lachen. Bei einem vor einigen Tagen in der Stadt angekommenen Zirkus ist ein Elefant gestohlen worden. Der Besitzer hat bei der Polizei Anzeige erstattet, und jetzt fragen sich alle, wer denn den Dickhäuter gebraucht hat und wozu. Ja, wozu?

Was zuviel ist...



John Pawlec, der Küchenchef des 1509 gegründeten Brasenose College an der Universität Oxford, konnte den Vorwurf nicht ertragen, daß er nicht richtig Eier kochen könne, und er zertrümmerte die ganze Kücheneinrichtung. Dafür bekam er eine Freiheitsstrafe. Aber auch die Studenten sind die Leidtragenden, sie bekommen zum Frühstück keine Eier, was am College Tradition ist.

Zeichnungen: W. Tschakiridis

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ

AEROFLOT
FÜR IHRE FRACHT

Aeroflot, die größte Fluggesellschaft der Erde, transportiert jährlich Hunderttausende Tonnen Fracht.

Kunden in allen Ländern nehmen ihre Dienste in Anspruch.

Der Frachttransport erfolgt mit allen Linienflugzeugen und mit Frachtcharterflügen.

Ausführliche Informationen über den Frachtverkehr erhalten Sie in jeder Vertretung von Aeroflot sowie in der Zentralen internationalen Agentur von Aeroflot (Moskau, Frunsenskaja nabereshnaja 4, Telex — 7222, Code — SITA MOWFRSU).

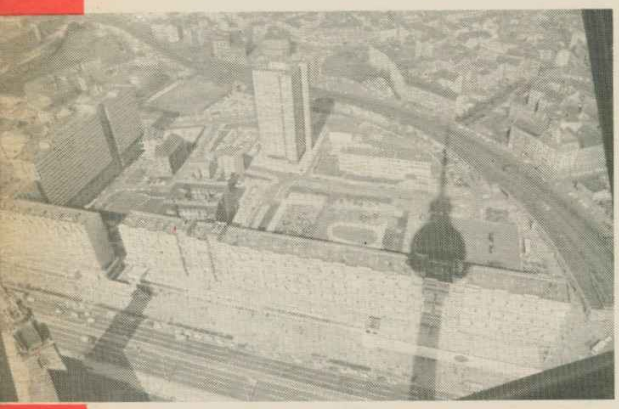


OFFICIAL OLYMPIC CARRIER

АЭРОФЛОТ

Soviet airlines

Im Objektiv: Die DDR



Neue Wohnviertel Berlins.

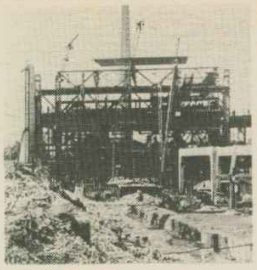
Am 8. Mai begehen die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik den Tag der Befreiung vom Faschismus. Vor 35 Jahren hat die Sowjetarmee dem deutschen Volk Freiheit und Unabhängigkeit gebracht.

Schon seit langem sind die vom Krieg zerstörten Fabriken wieder aus Ruinen auferstanden, neue Städte schossen empor, alte Städte wurden restauriert. Von Jahr zu Jahr wird es in der DDR schöner, wird ihre Leistungskraft größer. Und alles wurde von den Werktätigen und für sie vollbracht.

Die DDR ist heute einer der 10 wichtigsten Industriestaaten der Welt. Eine hochproduktive Landwirtschaft wurde geschaffen. Die Republik ist ein bedeutender Exporteur von Industrieerzeugnissen, von Konsumgütern und anderen Waren.

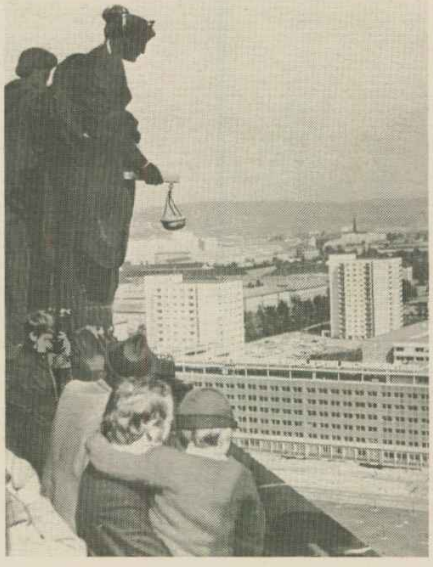
Die DDR arbeitet eng mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und des Warschauer Vertrages zusammen. Die Errungenschaften der Republik in Wissenschaft, Kultur und Sport sind weltbekannt.

Der erste Arbeiter-und-Bauernstaat auf deutschem Boden ist zu einem wichtigen Faktor des Friedens und der Stabilität in Europa geworden. Die wirtschaftlichen und politischen Erfolge der DDR, ihr beharrlicher Kampf für Frieden und Sicherheit fördern das internationale Ansehen der Republik.





Brandenburg, 1945: Bevor das Walzstahlwerk gebaut wurde. 1980: In einer Halle des Kombinats, des größten Stahlerzeugers der Republik.





Dresden lag 1945 in Schutt und Asche. Heute ist das „Elbflorenz" eine der schönsten Städte der Republik. Mehr als 78 000 Wohnungen entstanden hier.





Eine Landschule in den ersten Jahren der Volksmacht
Studenten der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht" (Potsdam) beim Unterricht im Sprachkabinett

Fotos: TASS